Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

Kommunistische Volkszeitung

Zentralorgan des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Ausgabe Nord

4. Mai 1981 Nr. 19 Preis 1 DM D 21060 C



1. Mai – Wo stehen die Gewerkschaften?

ped. Hunderttausende nahmen an den diesjährigen Mai-Demonstrationen und Kundgebungen des DGB teil. Mal waren es mehr, mal war die Beteiligung geringer als im Vorjahr, auf alle Fälle fanden die Demonstrationen und Kundgebungen auf einer breiteren Ebene als im Vorjahr statt: In vielen kleineren Orten fanden erneut – wie schon im Vorjahr – seit Jahren erstmals wieder Demonstrationen und Kundgebungen statt. Eine Erscheinung, die der jetzt im wesentlichen beendeten Streikbewegung in der Metallindustrie entspricht. Neue Teile der Lohnabhängigen werden in die Aktionen einbezogen.

Die offiziellen Maireden richteten sich gegen die Angriffe der Kapitalistenklasse und ihrer Regierung auf die sozialen Interessen der Arbeiter und der Volksmassen, wie gegen die zügigen Kriegsvorbereitungen der beiden militärischen Blöcke der Supermächte. Je nach Couleur oder Temperament der sozialdemokratischen Redner wurde an die Vernunft der Gegenseite appelliert, nicht den sozialen Frieden und damit die freiheitlich demokratische Grundordnung zu gefährden, oder mehr oder weniger wilde Kampfesdrohungen, wie vage auch immer ausgerufen. Beides machte die offiziellen Kundgebungen etwas zahnlos. Dabei präsentiert die Arbeiterbewegung sich weniger zahnlos den je.

Kurz vor dem 1. Mai gelang es der IG Metall für Baden-Württemberg die Metallkapitalisten dieses Landes aus der Front von Gesamtmetall herauszubrechen und eine Lohnerhöhung durchzusetzen, die dafür, daß sie ohne Flächenstreik erreicht wurde, so schlecht nicht ist. 4,9% von April 81 bis zum 31. Januar 82 sowie für Februar und März 81 jeweils eine Pauschalzahlung von 160 DM für alle, was

Ebene als im Vorjahr statt: In vielen kleineren Orten fanden erneut – wie schon im Vorjahr – seit Jahren erstmals wieder Demonstrationen und Kundgebungen statt. Eine Erscheinung, die der jetzt im wesentlichen beendeten Streikbewegung in der Metallindustrie entspricht. Neue Teile der Lohnabhängigen werden in die Aktionen einbezogen.

Die offiziellen Maireden richteten sich gegen die Angriffe der Kapitalistenklasse und ihrer Regierung auf die sozialen Interessen der Arbeiter und der Volksmassen, wie gegen die zügigen Kriegsvorbereitungen der beiden militärischen Blöcke der Supermächte. Je nach Couleur oder Temperament der sozialdemokratischen Redner wurde an die Vernunft der Gegenseite appelliert, nicht den sozialen Frieden und damit die freiheitlich demokratische Grundordnung zu gefährden, oder mehr oder weniger wilde Kampfesdrohungen, wie vage auch immer ausgerufen. Beides machte die offiziellen Kundgebungen etwas zahnlos. Dabei präsentiert die Arbeiterbewegung sich weniger zahnlos den je.

Kurz vor dem 1. Mai gelang es der IG Metall für Baden-Württemberg die Metallkapitalisten dieses Landes aus der Front von Gesamtmetall herauszubrechen und eine Lohnerhöhung durchzusetzen, die dafür, daß sie ohne Flächenstreik erreicht wurde, so schlecht nicht ist. 4,9% von April 81 bis zum 31. Januar 82 sowie für Februar und März 81 jeweils eine Pauschalzahlung von 160 DM für alle, was

auf die 12 Monate hochgerechnet eine prozentuale Erhöhung von rund 6% für die untersten Lohngruppen, bis 5,3% für die höchsten ausmacht.

Die bürgerliche Presse ist einhelliger Auffassung: ,,Beendet wird die Runde mit einem Erfolg der Gewerkschaft. Der Versuch der Arbeitgeber, eine der Konjunktur entsprechende Wende in der Tarifpolitik herbeizuführen, also das Richtige zu tun, ist gescheitert.'' (Frankfurter Allgemeine Zeitung, 30.4.) ,,Die IG Metall hat sich mit ihrem Konzept durchgesetzt.'' (Handelsblatt, 30.4.) Die Kapitalisten haben gezahlt, weil ,,ein Streik kein niedrigeres Ergebnis gebracht hätte, eher mehr gekostet hätte'', wie das Handelsblatt die baden-württembergischen Metallindustriellen zitiert. Jetzt gibt es innerhalb von Gesamtmetall Streit über die Übernahme dieses Ergebnisses in allen anderen Tarifbezirken, was ihnen aber auch nicht viel nützen wird.

Die IG Metall hat den Flächenstreik nicht auszurufen brauchen, weil sie bereit war, ihn zu führen. Daß so die Streikkasse geschont blieb, ist auch kein schlechtes Ergebnis und es entbehrt nicht der Ironie, daß die hohen Pauschalzahlungen für Februar und März die unbezahlten Streikaktionen der neuen Beweglichkeit mehr als ausgleichen. Subjektiv kann die IG Metall zufrieden sein.

Daß trotz eines erfolgreichen Kampfes die Lohnerhöhung am Ende des Jahres die Preissteigerungen nicht ausgleichen wird, hat andere Ursachen, tiefere. Die Arbeitskraft ist eine Ware. Gleich jeder anderen Ware bestimmt sich ihr Preis nach den Kosten, die ihre Reproduktion macht und unterliegt den Schwankungen von Angebot und Nachfrage. Überschießt die Nachfrage das Angebot, kann ihr Preis steigen und dies war bis in die 70er Jahre hinein der Fall, was den Schein bestärkt, die Arbeitskraft wäre keine Ware, sondern gleichberechtigter Produktionsfaktor wie das Kapital, gleichberechtigt in der wachsenden Teilhabe an dem wachsenden Produktionsergebnis. Seit 1975 übersteigt das Angebot an Arbeitskräften die Nachfrage und der Reallohn stieg selbst in der Aufschwungphase nur noch schwach, sank bereits das ganze vergangene Jahr über und diese Wirkung wird sich mit Dauer und Tiefe der gegenwärtigen Wirtschaftskrise noch verstärken.

Mit Beginn eines neuen Wirtschaftszyklus wird sich Angebot und Nachfrage noch weiter auseinanderentwickeln, wenn man sieht, daß etwa VW diesen Aufschwung mit einem 13 Mrd. Investitionsprogramm bewerkstelligen will, was die relative Verringerung der Arbeitskräfte bei forcierter Überarbeit andeutet. Karl Marx analysierte diese progressive Überzähligmachung von Arbeitern, die als industrielle Reservearmee auf die Beschäftigten drücken, als Folge des Anwachsens des Kapitals, als das allgemeine Gesetz der kapitalistischen Akkumulation. Es läßt sich heute bereits empirisch erfassen. Seine Wirkung wird durch die Sozialversicherungen der Lohnabhängigen eingeschränkt, weshalb sie gesprengt werden sollen, woran fleißig gestrickt wird.

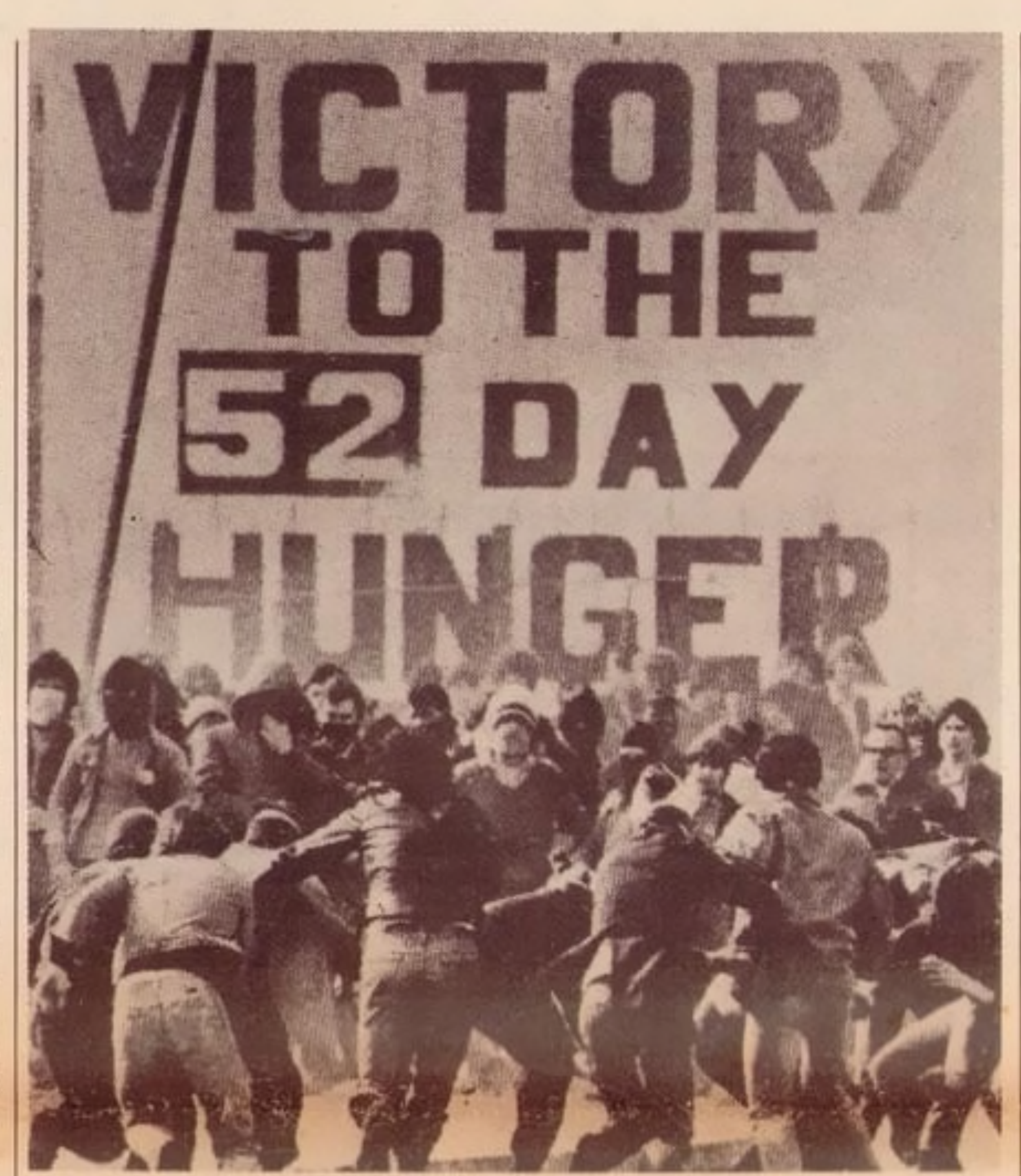
Das Zutagetreten aller allgemeinen Tendenzen des Kapitalismus deutet einen qualitativen Umschlag in der Entwicklung des Kapitalismus an. Weltweit sind die kapitalistischen Produktionsverhältnisse erneut zu eng für die Produktivkräfte geworden. Im Inneren greift die westdeutsche Bourgeoisie die Positionen der Arbeiterklasse an, wie

tigt in der wachsenden Teilhabe an dem wachsenden Produktionsergebnis. Seit 1975 übersteigt das Angebot an Arbeitskräften die Nachfrage und der Reallohn stieg selbst in der Aufschwungphase nur noch schwach, sank bereits das ganze vergangene Jahr über und diese Wirkung wird sich mit Dauer und Tiefe der gegenwärtigen Wirtschaftskrise noch verstärken.

Mit Beginn eines neuen Wirtschaftszyklus wird sich Angebot und Nachfrage noch weiter auseinanderentwickeln, wenn man sieht, daß etwa VW diesen Aufschwung mit einem 13 Mrd. Investitionsprogramm bewerkstelligen will, was die relative Verringerung der Arbeitskräfte bei forcierter Überarbeit andeutet. Karl Marx analysierte diese progressive Überzähligmachung von Arbeitern, die als industrielle Reservearmee auf die Beschäftigten drücken, als Folge des Anwachsens des Kapitals, als das allgemeine Gesetz der kapitalistischen Akkumulation. Es läßt sich heute bereits empirisch erfassen. Seine Wirkung wird durch die Sozialversicherungen der Lohnabhängigen eingeschränkt, weshalb sie gesprengt werden sollen, woran fleißig gestrickt wird.

Das Zutagetreten aller allgemeinen Tendenzen des Kapitalismus deutet einen qualitativen Umschlag in der Entwicklung des Kapitalismus an. Weltweit sind die kapitalistischen Produktionsverhältnisse erneut zu eng für die Produktivkräfte geworden. Im Inneren greift die westdeutsche Bourgeoisie die Positionen der Arbeiterklasse an, wie

sie nach außen im Bündnis an den Kriegsvorbereitungen der US-Supermacht teilnimmt. Gegen beides waren die Maidemonstrationen gerichtet. Der Wille, die sozialen Interessen zu verteidigen und den Krieg zu verhindern, war einhellig. Weg und Ziel aber unklar. Mit dem Beschluß des DGB-Bundesjugendausschußes zur Vorbereitung des Antikriegstages im September (vergl. letzte KVZ), der von Vertretern der Gewerkschaftsjugend verschiedentlich auf Maikundgebungen dargelegt wurde und dann viel Unterstützung fand, ist die Debatte in Gang gebracht. Die Lohnbewegung in der Metallindustrie wird ebenfalls die Debatte über die Grenzen des ökonomischen Kampfes der Arbeiterklasse und der Notwendigkeit des politischen Kampfes aufwerfen. Kann es etwa auf tariflichem Wege gelingen, den 7-Stunden-Tag zu erkämpfen, oder wird es nicht notwendig sein, diesen Kampf von vornherein politisch um eine gesetzliche Regelung zu führen. Muß es nicht statt ,,ein gerechter Lohn für ein gerechtes Tagewerk'' ,,nieder mit dem Lohnsystem'' heißen? Mit den Aktionen der IG Metall gegen die Einsargung der Montan-Mitbestimmung sind entsprechende Kampfformen im Ansatz erprobt worden, um politische Regelungen für die Arbeiterklasse zu erzwingen, statt hierzu, wie es ein Wehner vorschlägt, alles auf die Schaffung einer ausreichenden absoluten Mehrheit der SPD in Bundestag und -rat, d.h. seine Interessen auf den Stimmzettel zu konzentrieren und zu vertagen. Ihre eigenen Interessen aus der Hand zu geben, zu delegieren, sich auf den ökonomischen Kampf zu beschränken, dies entspricht der heutigen Arbeiterbewegung nicht mehr.



Sechzig Tage dauert schon der Hungerstreik des IRA-Kämpfers Bobby Sands. Große Solidaritätsdemonstrationen mit den Hungerstreikenden Gefangenen und gegen die britische Besatzung finden fast täglich in Nordirland statt.

Nicht viel mehr als eine Geste
Die 10. Tagung des ZK der PVAP

hku. Daß es für die ,,Partei der Arbeiterklasse'' eine Umwälzung bedeutet, zwei leibhaftige Arbeiter in das höchste Führungsgremium geholt zu haben, hat der PVAP Hohn und Spott genug eingebracht. Tatsächlich ist es ein offenes Eingeständnis, daß es gegenwärtig in der PVAP zwei große Strömungen

genwärtig offensichtlich von der Sowjetunion als die Männer ihres Vertrauens in der Parteispitze angesehen werden. Sie hatten vorige Woche demonstrativ Suslow bei seiner Interventionsreise in Warschau empfangen, und es ist sicher, daß Suslow ultimativ ihren Verbleib im Politbüro gefordert



Sechzig Tage dauert schon der Hungerstreik des IRA-Kämpfers Bobby Sands. Große Solidaritätsdemonstrationen mit den Hungerstreikenden Gefangenen und gegen die britische Besatzung finden fast täglich in Nordirland statt.

Nicht viel mehr als eine Geste
Die 10. Tagung des ZK der PVAP

hku. Daß es für die ,,Partei der Arbeiterklasse'' eine Umwälzung bedeutet, zwei leibhaftige Arbeiter in das höchste Führungsgremium geholt zu haben, hat der PVAP Hohn und Spott genug eingebracht. Tatsächlich ist es ein offenes Eingeständnis, daß es gegenwärtig in der PVAP zwei große Strömungen

mit einer eigenen sozialen Basis gibt; daß der linke Flügel, der aus der arbeitenden Bevölkerung kommt und mit deren Bewegungen eng verbunden ist, bislang unterdrückt wurde. Die Wahl der Arbeiter in das Politbüro ist eine *Geste* an diesen Flügel, die Einheit noch *in* der Partei zu suchen. Auch bezeichnete Kania die Treffen von Parteiorganisationen quer zur versteinerten Hierarchie, vor allem das von Toruń, vorsichtig als ,,wesentliches Element der Vor-Kongreß-Diskussion'', während die Presse der Bruderländer bei ihrer Vor-ZK-Tagung-Kampagne nur vom ,,revisionistischen Spaltertreffen'' sprach. Der nunmehr für den 14.–18. Juli festgelegte a.o. Parteitag soll ein ,,Parteitag der Arbeiter'' werden.

Aber wird diese Geste genügen, den seit der 9. ZK-Tagung tiefer gewordenen Graben in der Partei zu überwinden und die Partei wieder handlungsfähig zu machen? Nach den bisher vorliegenden Nachrichten scheinen die Statutänderungen und die Thesen für den Parteitag auch auf dieser ZK-Sitzung nicht definitiv verabschiedet worden zu sein. Fest steht nur, daß die Zahl der Delegierten erhöht wird. Der stürmisch geforderten Abrechnung mit den Verantwortlichen für die ,,Fehler und Versäumnisse'' der Vergangenheit ist mit der Einsetzung einer Kommission entsprochen worden; das ist für die PVAP wohl auch günstiger als die öffentlichen Abrechnungen, die durch die Arbeiterbewegung bisher schon *erzwungen* worden sind.

Die beiden Funktionäre, die für die Arbeiter den Sitz im Politbüro räumen mußten, waren ohne Gewicht. *Geblieben* sind Olszowski und Grabski, Exponenten eines harten Kurses, die ge-

genwärtig offensichtlich von der Sowjetunion als die Männer ihres Vertrauens in der Parteispitze angesehen werden. Sie hatten vorige Woche demonstrativ Suslow bei seiner Interventionsreise in Warschau empfangen, und es ist sicher, daß Suslow ultimativ ihren Verbleib im Politbüro gefordert

hat. Und weitere Garantien. Durch sein betontes Verständnis für die ,,tiefe Sorge der Bruderländer und ihre Beunruhigung über die in Polen wachsenden Tendenzen und Prozesse'' hat Kania vor dem ZK an äußere Schranken erinnert. Und hat klargestellt, die Partei werde bei allen Änderungen in der Kaderpolitik nicht ihren Einfluß bei der Besetzung von Schlüsselpositionen aufgeben (Nomenklatur), noch werde sie auf ,,ihr Recht auf Kontrolle und Inspiration der Propaganda- und Informationsmedien'' verzichten.

Die Zerrissenheit und Lähmung der PVAP ist mit den Beschlüssen des ZK nicht überwunden; und es ist noch nicht recht abzusehen, wie die Parteiführung eine sichere Regie des nun terminierten Parteitages gewährleisten will. Unterdessen versucht die Regierung Jaruzelski, selbständig in die Initiative zu kommen, indem sie dort, wo die unabhängige Gewerkschaftsbewegung grundsätzliche Zugeständnisse nun einmal erzwungen hat, jetzt auch zügig die Regelung dieser Fragen anstrebt. Die zwischen Regierung und Solidarność vereinbarten sieben Kommissionen haben ihre Arbeit aufgenommen; die Voraussetzungen zur Registrierung der Bauerngewerkschaft sind geschaffen; weitere Vereinbarungen, u.a. zur Durchführung der Arbeitszeitverkürzung und zum Zugang der Gewerkschaft zu den Massenmedien getroffen.

Der 1. Mai wurde in Polen von beiden Seiten zurückhaltend begangen. Die PVAP-Führung ging an der Spitze des Demonstrationszuges in Warschau, der wie die anderen Feiern im Land die nationale Einheit und Unabhängigkeit hervorhob.

Schmidt in Riad

lup. Zugeständnisse an die Position der saudi-arabischen Regierung hat Helmut Schmidt bei seinem Besuch in Riad machen müssen, wenn auch nicht in der Frage der Waffenlieferungen. Einen Hauptpunkt in den Gesprächen, so heißt es, habe das Palästina-Problem eingenommen. Dabei habe Schmidt das Recht des palästinensischen Volkes und die Notwendigkeit der Beteiligung der PLO an Friedensverhandlungen anerkannt. Zusätzlich erklärte Schmidt: ,,Für mich gehört dazu auch das Recht der Palästinenser, sich staatlich zu organisieren.'' Die ersten beiden Punkte waren bereits in der Erklärung enthalten, die die EG zum Nahen Osten auf ihrem Gipfeltreffen in Venedig am 13. Juni 1980 abgegeben hatte, die Anerkennung des Rechts des palästinensischen Volkes auf Bildung eines eigenen Staates war in dieser Erklärung nicht enthalten. Sie wurde damals fallengelassen, vor allem auf Druck der USA. Die Forderungen der USA aber hatte sich innerhalb der EG vor allem die BRD zu eigen gemacht.

Einsatz des Erdöls als Waffe zur Verteidigung der nationalen Interessen der arabischen Völker ist eine der Errungenschaften des Zusammenschlusses der 3. Welt. Das saudi-arabische Regime spielt hierbei eine wichtige Rolle. Die soziale und politische Ordnung in Saudi-Arabien ist zweifellos von großer Rückständigkeit gekennzeichnet. In vielen internationalen Fragen spielt Saudi-Arabien gleichwohl eine fortschrittliche Rolle, und das gilt insbesondere für die Palästina-Frage. Hauptsächlich aus diesem Grund ist die Bundesregierung gegen Waffenlieferungen an Saudi-Arabien. Gegen die Entsendung von Angehörigen der GSG 9 zwecks Unterstützung des Aufbaus

der Beteiligung der PLO an Friedensverhandlungen anerkannt. Zusätzlich erklärte Schmidt: ,,Für mich gehört dazu auch das Recht der Palästinenser, sich staatlich zu organisieren.'' Die ersten beiden Punkte waren bereits in der Erklärung enthalten, die die EG zum Nahen Osten auf ihrem Gipfeltreffen in Venedig am 13. Juni 1980 abgegeben hatte, die Anerkennung des Rechts des palästinensischen Volkes auf Bildung eines eigenen Staates war in dieser Erklärung nicht enthalten. Sie wurde damals fallengelassen, vor allem auf Druck der USA. Die Forderungen der USA aber hatte sich innerhalb der EG vor allem die BRD zu eigen gemacht.

Einsatz des Erdöls als Waffe zur Verteidigung der nationalen Interessen der arabischen Völker ist eine der Errungenschaften des Zusammenschlusses der 3. Welt. Das saudi-arabische Regime spielt hierbei eine wichtige Rolle. Die soziale und politische Ordnung in Saudi-Arabien ist zweifellos von großer Rückständigkeit gekennzeichnet. In vielen internationalen Fragen spielt Saudi-Arabien gleichwohl eine fortschrittliche Rolle, und das gilt insbesondere für die Palästina-Frage. Hauptsächlich aus diesem Grund ist die Bundesregierung gegen Waffenlieferungen an Saudi-Arabien. Gegen die Entsendung von Angehörigen der GSG 9 zwecks Unterstützung des Aufbaus

des saudi-arabischen Sicherheitsdienstes hatte sie demgegenüber keinerlei Bedenken. Gerade das aber stärkt die reaktionäre Seite des saudischen Regimes.

Die saudische Regierung hat zu den Waffenexporten der BRD erklärt, sie hätte keine Wünsche geäußert. Wenn die BRD Waffen liefern wolle, sei ihr das recht.

Die öffentliche Debatte über Rüstungsexporte, soweit sie sich in der Presse widerspiegelt, konzentriert sich gegenwärtig auf die Lieferung des Leopard an Saudi-Arabien. Es ist vernünftig, prinzipiell für das Verbot von Waffenexporten einzutreten. Es spricht aber nichts dafür, diese prinzipielle Auseinandersetzung vor allem am Beispiel Saudi-Arabiens auszutragen, um dann womöglich den Kräften das Wort zu reden, die dem palästinensischen Volk das Recht bestreiten, seine nationale Befreiung zu erkämpfen, auch durch das Mittel des bewaffneten Kampfes.

Nur für Ecklöhne zuständig

vol. Den Metallabschluß hat ÖTV-Vorsitzender Kluncker zur Erhöhung des Tempos in den Verhandlungen des Öffentlichen Dienstes genutzt. Baum konnte nur durch die Zusage eines neuen ,,verhandlungsfähigen Angebots'' für den 8. Mai eine Erklärung über das Scheitern der Verhandlungen verhindern. Diese war mit der Absicht verbunden, von seiten der Gewerkschaft nicht die Schlichtung anzurufen, um die Friedenspflicht nicht erneut um 6 Wochen zu verlängern.

Als Revanche für die Hetze gegen die Lohnabhängigen in den öffentlichen Diensten hat Kluncker seine letzte Pressekonferenz mit einer Besichtigung der Arbeit in der Kölner Kanalisation und auf einer Autobahnmeisterei verbunden. Dann hat er seine Abschlußformel unterstrichen: die Erhöhungen im öffentlichen Dienst müßten den Erhöhungen in der gewerblichen Wirtschaft *entsprechen*, und zwar nicht in Prozenten, sondern in Mark und Pfennig. Wird ein solches Angebot nicht am 8. Mai vorgelegt, wollen die Gewerkschaften im öffentlichen Dienst mit Schwerpunktstreiks den erforderlichen Abschluß erkämpfen.

Das Bundeswirtschaftsministerium hat zur Vereinheitlichung der Regierung ein Papier erarbeitet, mit dem bewiesen werden soll, daß schon die Reallohnsicherung für die Lohnabhängigen ihnen größere Vorteile verschaffe als den Kapitalisten bzw. der Regierung. Damit würden insbesondere bei den öffentlichen Finanzen die Investitionen gefährdet. Falls sich die Gewerkschaften auf den Reallohnabbau nicht einließen, seien sie für alle negativen Konsequenzen verantwortlich. Kluncker hat dagegen seinen Standpunkt wiederholt, daß er für die Einkommenserhöhung der Lohnabhängigen verantwortlich sei, nicht für die öffentlichen Finanzen.

Unsicherheit innerhalb der Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes gibt es um die Frage, welche Abschlüsse zum Vergleich herangezogen werden sollen. Der Metallabschluß liegt bei 46 Pfg./h, der Bau bei 53 Pfg./h, ersteres wäre in Prozenten bei der ÖTV 4,2% bzw. 5,0% (ausgehend von Lohngruppe 5, Arbeiter der Gemeinden in der 2. Dienstaltersstufe). Letzteres könnte man akzeptieren, was aber kaum ohne Urabstimmung zu erreichen sein wird.

,,Strenge Linie'' beim Ausländerstopp

Bundesregierung schränkt Familiennachzug bei jungen Türken ein

vip. Während die faschistisch angehauchte ,,Bürgerinitiative Ausländerstopp'' noch Unterschriften sammelt und auffordert, zu ,,handeln, bevor es zu spät ist'', während die Ausländerbeauftragte der Bundesregierung, die Funcke, die wachsende Ausländerfeindlichkeit triefend beklagt, hat die Bundesregierung schon Maßnahmen getroffen, der Forderung nach Ausländerstopp gerecht zu werden.

Die erste Maßnahme betrifft die 14- bis 18jährigen türkischen Jugendlichen, die aus der Türkei zur Familie nachziehen wollen. Ihnen soll der Zugang zu den berufsvorbereitenden Kursen durch Errichtung einer ,,Sprachbarriere'' verwehrt werden. Praktisch wird das so gehen, daß der Berufsberater beim Arbeitsamt im Gespräch mit dem Jugendlichen feststellt, ob er genügend deutsch kann. Ein ,,einfaches Gespräch in deutscher Sprache'' soll geführt werden können. So steht es im Entwurf eines Runderlasses der Bundesanstalt für Arbeit an alle Arbeitsämter. Per Rundschreiben vom 27. März ist der Inhalt der neuen Regelung den Arbeitämtern bereits mitgeteilt. Die Arbeitämter entscheiden über die Teilnahme am Kurs und finanzieren die Maßnahme zu 75%.

Gelingt es einem im Wege der Familienzusammenführung nachgereisten Jugendlichen nicht, in einen solchen Kurs der Berufsvorbereitung zu kommen, ist er mit nahezu absoluter Sicherheit zur Arbeitslosigkeit verdammt. Das soll abschrecken. Es soll die Sogwirkung beseitigt werden, die die Kurse auf die Familienangehörigen im Ausland ausgeübt hätten.

Die Bundesregierung liquidiert damit rechtzeitig zum einjährigen Bestehen den wesentlichen Teil ihrer Beschlüsse zur Weiterentwicklung der Ausländerpolitik vom März 1980, die noch eine Ausweitung dieser Kurse und ihre verstärkte finanzielle Förderung vorsahen. Gegenwärtig besuchen 15000 Jugendliche solche Kurse. Davon sind 95% Türken, woran man erkennt, daß sich die Maßnahme gezielt gegen Türken richtet. Für das Jahr 1981/82 war die Aufstockung auf 18000 und dann auf 20000 vorgesehen. Vor einem Jahr noch haben die Länder diese Ausweitung gutgeheißen.

Jetzt erklärt der zuständige Referent in der Bundesanstalt für Arbeit, Rosenmöller, ,, so wie bisher geht es nicht weiter'', man wolle ,,durchgreifen'' und eine ,,strenge Linie durchziehen'' (FR 24.4.).

Sowenig sich politische Flüchtlinge durch die Verhängung des *Arbeitsverbots* davon abhalten ließen, in die BRD zu flüchten, so wenig werden sich türkische Jugendliche durch die Streichung dieser Kurse vom Nachzug zu Eltern und Geschwistern abhalten lassen. Die Bundesregierung ahnt es und hat diese Maßnahme deshalb auch nur als eine erste angekündigt. Was folgen wird, hat der Berliner Innensenator Dahrendorf am 23. April auf einer Veranstaltung der Gewerkschaft der Polizei zum Thema Eingliederung ausländischer Arbeitnehmer ausgesprochen: Gesetzliche Senkung der Altersgrenze für den Familiennachzug von 18 auf 16 oder 14 Jahre. Einer FR-Meldung vom 25.4. zufolge soll sich Karl Schwab vom Bundesvorstand des DGB dieser Forderung angeschlossen haben. Der Bundesjustizminister Schmude hat ihr nicht widersprochen.

Das muß hellhörig machen. Denn die Bundesregierung würde mit einer solcher Regelung bislang unangetastete Grundsätze über Bord werfen: Die uneingeschränkte Geltung des Art. 6 Grundgesetz – Schutz von Ehe und Familie – auch für Ausländer. Art. 6 ist nicht Bürger-, sondern Menschenrecht; das Bundesverfassungsgericht hat es ausdrücklich bestätigt. Und es hat festgestellt: Art. 6 ,,stellt Ehe und Familie als die Keimzelle jeder menschlichen Gemeinschaft ... unter den besonderen Schutz staatlicher Ordnung ... In Abkehr von der Allstaatlichkeit des Nationalsozialismus bekennt sich das Grundgesetz auch für diesen Lebensbereich zur Eigenständigkeit und Selbstverantwortlichkeit des Menschen''.

Nun soll also dieser müde Abglanz von heiligen grundgesetzlichen Schauern für die ausländischen Proletarier nicht mehr gelten. Wenn die Regierung den Art. 6 anknackst, dann ist es vom *Ausländerstopp* zum behördlichen *Ausländer raus!* nicht mehr weit.

,,Leichtfertige, mit sozialdemokratischer Politik unvereinbare Äußerungen''

lup. ,,Politische Organisationen, die ihre außenpolitischen Vorstellungen bruchlos der wechselnden Außenpolitik einer der beiden Supermächte unterordnen, sind kein glaubwürdiger Partner in der Entspannungspolitik. Dies gilt für die DKP und die Mehrheit der FDP.'' Dies steht in einem neuen Beschluß gegen die Stationierung von US-Mittelstreckenraketen, den der Bundesauschuß der Jungsozialisten am 25. April gefaßt hat. An anderer Stelle wird der Aufruf der DGB-Gewerkschaftsjugend (s. KVZ 18, S. 11) begrüßt, ,,als wichtige inhaltliche und organisatorische Grundlage für eine breite Abrüstungsbewegung, die die friedenspolitischen Ziele unabhängig von den Interessen einer der beiden Supermächte formuliert.''

Die Jungsozialisten vertreten ferner die Auffassung, daß es ,,jedem Sozialdemokraten auch möglich (sei), auch Texte wie den Krefelder Appell zu unterschreiben, die sich nur auf die Frage der Mittelstreckenraketen konzentrieren und wesentliche andere Gesichtspunkte der Abrüstungspolitik außer acht lassen.'' Im übrigen habe auch Bastian, einer der Initiatoren des Krefelder Appells, erklärt, daß sich dieser ,,auch gegen die Stationierung der SS 20 richtet.'' Das entspricht allerdings nicht den Tatsachen. Der Krefelder Appell verliert kein kritisches Wort über die Stationierung von SS 20 Raketen durch die Sowjetunion, sondern versucht stattdessen, die Gefahr eines ,,neuen selbstmörderischen Rüstungswettlaufs'' einseitig aus der US-Politik zu erklären. Trotzdem ist zu begrüßen, wenn Bastian wie auch die Jusos sich von der Tendenz abgrenzen, den Kampf gegen die NATO-Beschlüsse mit allen möglichen Rechtfertigungen der Hegemonialpolitik der Sowjetunion zu verbinden.

Der SPD-Bundesgeschäftsführer Glotz hat die Juso-Erklärung postwendend mit einem geharnischten Brief beantwortet. Er verwahrt sich dagegen, daß ,,die Supermächte mit stolzer Schlichtheit über einen Kamm geschoren werden'' und beklagt, daß die Diskussion über die Beschlüsse ,,durch leichtfertige, mit sozialdemokratischer Politik in keiner Weise zu vereinbarende Äußerungen belastet wird.''

Es ist ein wichtiger, fortschrittlicher Zug der gegenwärtigen Friedensbewegung, daß sie an Eckpfeilern der Außenpolitik der westdeutschen Monopolbourgeoisie rüttelt. Zwar ist die Forderung nach Austritt aus der NATO nicht direkt Kampfforderung dieser Bewegung. Das kann sie wohl auch gegenwärtig nicht unmittelbar sein. Jeder große Kampf entwickelt sich über Teilforderungen. Aber in der Bewegung gegen die Stationierung der US-Mittelstreckenraketen wird die NATO-Mitgliedschaft der BRD, die Allianz der westdeutschen Monopolbourgeoisie mit der amerikanischen Supermacht unvermeidlich aufgeworfen. Und keineswegs in der Absicht, sich stattdessen an die andere Supermacht anzulehnen. Darüber können auch vorübergehend vielleicht erfolgreiche Versuche der DKP, mittels ,,Krefelder Appell'' in die Initiative zu kommen, nicht hinwegtäuschen.

Böse-Prozeß: Verteidigung fordert Freispruch

R. Böse plädiert: Im Zweifel für den Angeklagten

chs.Freiburg. Nach vier Jahren Untersuchungshaft steht seit dem 23.9.80 der Rheinfeldener Krankenpfleger R. Böse wieder vor dem Freiburger Landgericht. Er wurde am 19.9.79, einen Tag nach dem Urteil des Bundesgerichtshofes (BGH), das den Freispruch Böses aufhob und die ,,Anklage'' auf ,,7 Morde'' erweiterte, erneut inhaftiert. ,,Das nach 41 Stunden ohne Schlaf, mit Drohungen erpreßte ,,Geständnis'' müsse verwertet werden.'' Folgende Aussage, die Böse bei dem Verhör gemacht hatte wurde ihm jetzt zur Last gelegt: Er (Böse) habe der Patientin K. am 20.12.75 unverordnet Lanitop gespritzt ... Er habe nachts Beruhigungsmittel ohne ärztliche Anordnung gegeben ... Diese Behauptung des BGH und der Staatsanwaltschaft wies die Verteidigung in ihrem Plädoyer zurück und erklärte: ... daß die Verteidigung daran festhalte, daß der Inhalt jener nächtlichen Aussage nicht zu verwerten sei und die Vernehmungsmethoden unter den §136a StPO (Folterverbot!) fielen. Dem stimmten die Richter des ersten Prozesses erneut zu. Als ,,Beweise'' hatte die Staatsanwaltschaft am 15.4.81 angeführt: a. das ,,Geständnis'', b. die Anwesenheit Böses bei allen 7 Todesfällen und c. das Fehlen von 21 Ampullen Kombetin und 51 Ampullen Lanitop (zur Herzmuskelstärkung – das Fehlen dieser Medikamente konnte nicht aufgeklärt werden). Obwohl Böse die ,,Tat'' in dem jetzigen Verfahren genauso wenig nachgewiesen werden konnte, wie die Tatsache Aufklärung fand, daß Werte in den medizinischen Gutachten 60 und 100%ige Abweichungen aufwiesen, stellte die Staatsanwaltschaft fest: *Mord war es keiner, allerdings Totschlag* und ging auf *15 Jahre Haft, lebenslanges Berufsverbot und Aufrechterhaltung des Haftbefehls.* Von vornherein wurden 1975 mit der gegründeten Sonderkomission ,,Böse'', ,,Beweise und Tatmotive'' konstruiert. Böse habe immer eine Spritze in der Tasche herumgetragen – die Antwort auf diese vermeintliche ,,Todesspritze'' gab Böse in seinem Plädoyer: in der Schicht waren meist nur zwei Pflegekräfte und wenn bei mehreren Patienten Venenkatheter angelegt waren, konnten diese nur mangelhaft überwacht werden und die Katheter verstopften – mit Kochsalz wurde ein mögliches Gerinnsel entfernt.

Mehrere Anschuldigungen dieser Art konnten als Folge der mangelnden Ausbildung und Arbeitshetze zurückgewiesen werden.

Die Verteidigung stellte in ihrem Plädoyer den *Antrag auf Freispruch Böses, Aufhebung des Haftbefehls und Gewährung von Haftentschädigung.* Die beiden Verteidiger wiesen völlig richtig nach, daß es in Rheinfelden Behandlungsfehler gab, die von den Chefärzten Behrens und Boos zu verantworten wären und die ärztliche und pflegerische Versorgung der Patienten durch mangelnde und fehlende Planstellen (das Kreiskrankenhaus wurde im Herbst 75 eröffnet) nicht gewährleistet werden konnte. Böse griff in seinem Plädoyer Chefarzt Boos an, er würde ihn anklagen zu seiner eigenen Verteidigung, damit alles, was er verbrochen habe, nicht ans Tageslicht komme.

Die Tatsachen wurden vom Staatsanwalt Moers auf den Kopf gestellt. Bezweckt werden soll, daß die Ursachen, die zu den Todesfällen geführt haben (Ärzte und Schwestern ohne Fachausbildung, kein Narkosearzt im Rundumdienst, statt fünf oder sechs Pflegekräfte pro Schicht nur zwei usw.) in der Zusammenfassung ,,ausreichende Krankenversorgung'' für damals und heute für rechtens erklärt wird. Dagegen wehren sich die Beschäftigten der Krankenhäuser und Böse genießt bei vielen Ansehen und Sympathie.

scher Politik unvereinbare Äußerungen''

lup. ,,Politische Organisationen, die ihre außenpolitischen Vorstellungen bruchlos der wechselnden Außenpolitik einer der beiden Supermächte unterordnen, sind kein glaubwürdiger Partner in der Entspannungspolitik. Dies gilt für die DKP und die Mehrheit der FDP.'' Dies steht in einem neuen Beschluß gegen die Stationierung von US-Mittelstreckenraketen, den der Bundesauschuß der Jungsozialisten am 25. April gefaßt hat. An anderer Stelle wird der Aufruf der DGB-Gewerkschaftsjugend (s. KVZ 18, S. 11) begrüßt, ,,als wichtige inhaltliche und organisatorische Grundlage für eine breite Abrüstungsbewegung, die die friedenspolitischen Ziele unabhängig von den Interessen einer der beiden Supermächte formuliert.''

Die Jungsozialisten vertreten ferner die Auffassung, daß es ,,jedem Sozialdemokraten auch möglich (sei), auch Texte wie den Krefelder Appell zu unterschreiben, die sich nur auf die Frage der Mittelstreckenraketen konzentrieren und wesentliche andere Gesichtspunkte der Abrüstungspolitik außer acht lassen.'' Im übrigen habe auch Bastian, einer der Initiatoren des Krefelder Appells, erklärt, daß sich dieser ,,auch gegen die Stationierung der SS 20 richtet.'' Das entspricht allerdings

wenn Bastian wie auch die Jusos sich von der Tendenz abgrenzen, den Kampf gegen die NATO-Beschlüsse mit allen möglichen Rechtfertigungen der Hegemonialpolitik der Sowjetunion zu verbinden.

Der SPD-Bundesgeschäftsführer Glotz hat die Juso-Erklärung postwendend mit einem geharnischten Brief beantwortet. Er verwahrt sich dagegen, daß ,,die Supermächte mit stolzer Schlichtheit über einen Kamm geschoren werden'' und beklagt, daß die Diskussion über die Beschlüsse ,,durch leichtfertige, mit sozialdemokratischer Politik in keiner Weise zu vereinbarende Äußerungen belastet wird.''

Es ist ein wichtiger, fortschrittlicher Zug der gegenwärtigen Friedensbewegung, daß sie an Eckpfeilern der Außenpolitik der westdeutschen Monopolbourgeoisie rüttelt. Zwar ist die Forderung nach Austritt aus der NATO nicht direkt Kampfforderung dieser Bewegung. Das kann sie wohl auch gegenwärtig nicht unmittelbar sein. Jeder große Kampf entwickelt sich über Teilforderungen. Aber in der Bewegung gegen die Stationierung der US-Mittelstreckenraketen wird die NATO-Mitgliedschaft der BRD, die Allianz der westdeutschen Monopolbourgeoisie mit der amerikanischen Supermacht

lienzusammenführung nachgereisten Jugendlichen nicht, in einen solchen Kurs der Berufsvorbereitung zu kommen, ist er mit nahezu absoluter Sicherheit zur Arbeitslosigkeit verdammt. Das soll abschrecken. Es soll

Eltern und Geschwistern abhalten lassen. Die Bundesregierung ahnt es und hat diese Maßnahme deshalb auch nur als eine erste angekündigt. Was folgen wird, hat der Berliner Innensenator Dahrendorf am 23. April auf einer

von heiligen grundgesetzlichen Schauern für die ausländischen Proletarier nicht mehr gelten. Wenn die Regierung den Art. 6 anknackst, dann ist es vom *Ausländerstopp* zum behördlichen *Ausländer raus!* nicht mehr weit.

Böse-Prozeß: Verteidigung fordert Freispruch

R. Böse plädiert: Im Zweifel für den Angeklagten

chs.Freiburg. Nach vier Jahren Untersuchungshaft steht seit dem 23.9.80 der Rheinfeldener Krankenpfleger R. Böse wieder vor dem Freiburger Landgericht. Er wurde am 19.9.79, einen Tag nach dem Urteil des Bundesgerichtshofes (BGH), das den Freispruch Böses aufhob und die ,,Anklage'' auf ,,7 Morde'' erweiterte, erneut inhaftiert. ,,Das nach 41 Stunden ohne Schlaf, mit Drohungen erpreßte ,,Geständnis'' müsse verwertet werden.'' Folgende Aussage, die Böse bei dem Verhör gemacht hatte wurde ihm jetzt zur Last gelegt: Er (Böse) habe der Patientin K. am 20.12.75 unverordnet Lanitop gespritzt ... Er habe nachts Beruhigungsmittel ohne ärztliche Anordnung gegeben ... Diese Behauptung des BGH und der Staatsanwaltschaft wies die Verteidigung in ihrem Plädoyer zurück und erklärte: ... daß die Verteidigung daran festhalte, daß der Inhalt jener nächtlichen Aussage nicht zu verwerten sei und die Vernehmungsmethoden unter den §136a StPO (Folter-

muskelstärkung – das Fehlen dieser Medikamente konnte nicht aufgeklärt werden). Obwohl Böse die ,,Tat'' in dem jetzigen Verfahren genauso wenig nachgewiesen werden konnte, wie die Tatsache Aufklärung fand, daß Werte in den medizinischen Gutachten 60 und 100%ige Abweichungen aufwiesen, stellte die Staatsanwaltschaft fest: *Mord war es keiner, allerdings Totschlag* und ging auf *15 Jahre Haft, lebenslanges Berufsverbot und Aufrechterhaltung des Haftbefehls.* Von vornherein wurden 1975 mit der gegründeten Sonderkomission ,,Böse'', ,,Beweise und Tatmotive'' konstruiert. Böse habe immer eine Spritze in der Tasche herumgetragen – die Antwort auf diese vermeintliche ,,Todesspritze'' gab Böse in seinem Plädoyer: in der Schicht waren meist nur zwei Pflegekräfte und wenn bei mehreren Patienten Venenkatheter angelegt waren, konnten diese nur mangelhaft überwacht werden und die Katheter verstopften – mit Kochsalz wurde ein

Plädoyer den *Antrag auf Freispruch Böses, Aufhebung des Haftbefehls und Gewährung von Haftentschädigung.* Die beiden Verteidiger wiesen völlig richtig nach, daß es in Rheinfelden Behandlungsfehler gab, die von den Chefärzten Behrens und Boos zu verantworten wären und die ärztliche und pflegerische Versorgung der Patienten durch mangelnde und fehlende Planstellen (das Kreiskrankenhaus wurde im Herbst 75 eröffnet) nicht gewährleistet werden konnte. Böse griff in seinem Plädoyer Chefarzt Boos an, er würde ihn anklagen zu seiner eigenen Verteidigung, damit alles, was er verbrochen habe, nicht ans Tageslicht komme.

Die Tatsachen wurden vom Staatsanwalt Moers auf den Kopf gestellt. Bezweckt werden soll, daß die Ursachen, die zu den Todesfällen geführt haben (Ärzte und Schwestern ohne Fachausbildung, kein Narkosearzt im Rundumdienst, statt fünf oder sechs

Marsch gegen Folter und Ermordungen in der Türkei

gkr. Am 25.4. begann in Köln der Europa-Marsch des Komitees ,,Freiheit für die Türkei''. Ziel dieses Europa-Marsches, an dem sich 600 bis 800 Menschen beteiligten, ist der Europarat in Straßburg. Der Marsch richtet sich gegen die türkische Militärjunta, gegen die Verletzung der Menschenrechte, Folterungen und Ermordungen, und fordert vor allem den Ausschluß der Militärjunta aus dem Europarat. Konkret wird sich das Präsidium des Europarates am 13. und 14. Mai mit den Menschenrechtsverletzungen in der Türkei beschäftigen. Am 10.5. wollen die Teilnehmer in Kehl am Rhein an der deutsch-französischen Grenze sein und dort mit einem Hungerstreik erzwingen, daß sie von einer Delegation des Europarates empfangen werden. Getragen wird das Komitee sowohl von türkischen Organisationen, wie auch von verschiedenen deutschen Einzelpersonen, wie SPD-MdBs Thüsing und Hansen, dem Theologen Prof. Gollwitzer, aber auch Einzelgliederungen der Grünen, der Falken, der Jungdemokraten. Auf der 2. Etappe des Europa-Marsches kamen die Teilnehmer am 29.4. nach Frankfurt und nahmen dort auch an der Mai-Demonstration des DGB teil. Am 4.5. beginnt die 3. Etappe in Mannheim, die bis Karlsruhe (8.5.) führt.

F.D.P.: Zwei Anträge zu Außen- und Friedenspolitik

krg. Zwei Anträge werden dem FDP-Bundesparteitag Ende Mai zur Außenpolitik, vor allem zum NATO-Doppelbeschluß zur Stationierung von Mittelstreckenraketen, vorliegen. Zum einen der Leitantrag des Parteivorstandes unter dem Thema ,,Außenpolitik für Frieden und Sicherheit''. Verheugen betonte, der jetzt verabschiedete Antrag bestätige die ,,Übereinstimmung'' der Führung von SPD und FDP in der Sicherheitspolitik. Dagegen hat der FDP-Bundesfachausschuß für Außenpolitik in einer Abstimmung mit 15 gegen eine Stimme sich dafür ausgesprochen, einen Antrag seines Vorsitzenden Borm auf jeden Fall vorzulegen. In ihm heißt es: ,,Die erklärten Grundpositionen der FDP begründen somit den Vorrang der Verhandlungen vor dem Vollzug der Rüstung.''

,,Programmierte Geburt'', was darf ein Arzt entscheiden?

gkr. ,,Wenn eine programmierte Geburt ohne zwingende Notwendigkeit durchgeführt wird, ist der Arzt für dabei auftretende Schäden verantwortlich.'' Das sagte der Sachverständige Dr. Fischer vor dem OLG in Hamm. Im Prinzip schloß sich das Gericht dem in seinem Urteil an. Am 23. August 1978 war Sabine Boeck durch eine ,,programmierte Geburt'' in Dortmund zur Welt gekommen. Bei der Geburt waren Schädigungen eingetreten, die zu einer körperlichen und geistigen Schwerstbehinderung des Kindes führten. Arzt und Stadt Dortmund hatten dies als ,,schicksalhafte'' Schädigung des Kindes gewertet wissen wollen. Zwar sprach das OLG Arzt und Stadt schuldig, aber im Gegensatz zur 1. Instanz fällte es dabei keine Grundsatzentscheidung: Das Landgericht hatte wegen der Verletzung der Aufklärungspflicht verurteilt. Das hätte eine Umwälzung von Rechtsprechung und ärztlicher Praxis bedeutet. Denn im Gegensatz zu Krankheiten ist der Arzt nicht verpflichtet, über Vorteile und Risiken bestimmter Geburtsformen zu unterrichten, die Mutter hat kein Entscheidungsrecht. Der Arzt entscheidet auch, wie die Geburt am besten in den Organisationsplan paßt.

Verurteilung wegen Plakat der ,,Volksfront''

gkr. Am 24. März wurde das erste Verfahren wegen des Wahlkampfplakats der ,,Volksfront'' mit einer Verurteilung des presserechtlich Verantwortlichen der ,,Volksfront'' U. Leicht zu 1000 DM Geldstrafe abgeschlossen. Das Plakat unter der Überschrift ,,Stoppt Strauß! Gegen Reaktion, Faschismus und Krieg'' hatte Strauß als Stier gezeigt. Die Grenze des Zulässigen sei knapp überschritten, so das Gericht. Man müsse der Verwilderung der politischen Sitten entgegentreten. Noch etwa weitere 100 Verfahren laufen wegen dieses und anderer Plakate der ,,Volksfront''. – Ein anderer Kandidat der ,,Volksfront'' für die Bundestagswahlen, der ebenfalls wegen einer Karikatur gegen Strauß angeklagt war, mußte freigesprochen werden. Die Karikatur mit Strauß in Lederhose und mit einer MP in der Hand stelle keine Mißachtung dar.

CSU-Säuberung

gkr. Alfred Mechtersheimer, Friedensforscher und CSU-Mitglied, soll aus seiner Partei ausgeschlossen werden. Merchtersheimer gehört neben Bastian zu den ehehmaligen Offizieren der Bundeswehr, die heute den Kampf gegen die Stationierung von Mittelstreckenraketen in der BRD unterstützen. Insbesondere dies wird ihm, da er dabei auch Publikationsorgane nicht auswählt, seitens des CSU-Vorstandes seines Kreises vorgeworfen. Mechtersheimer, dessen erste Schrift zu Rüstungsfragen (1977) sich gegen den Tornado und dessen maßlose Verteuerung wandte, war aus der Bundeswehr ausgeschieden, um am Starnberger Max-Planck-Institut eine Forschungsarbeit über Friedenspolitik durchzuführen.

Redaktion der Kommunistischen Volkszeitung
Mainzer Landstraße 147
Postfach 119151
6000 Frankfurt / M. 2
Telefon: 0611 / 730235



Hamburg



1. Mai 1981





Hamburg





Kassel



Hamburg



Stuttgart



Duisburg

Geschichte und Programm der Alternativen Liste in Westberlin

Interview mit Klaus Jürgen Schmidt, Mitglied des geschäftsführenden Ausschuß der Alternativen Liste:

Wie ist die AL entstanden, und wie hat sie sich seitdem entwickelt?

Die Alternative Liste für Demokratie und Umweltschutz Berlin wurde am 5. Oktober 1978 gegründet. Unmittelbarer Anlass waren die im März 1979 bevorstehenden Abgeordnetenhauswahlen in Westberlin. Es ging damals darum, ein möglichst breites radikaldemokratisches Wahlbündnis für Demokratie und Umweltschutz aufzubauen; denn für viele Mitglieder von Bürger- und Basisinitiativen, von Leuten, die in Komitees gegen die Einschränkung demokratischer Rechte eintraten, für viele Linke war klar, daß die etablierten Parteien nicht wählbar waren, daß aber dem außerparlamentarischen Widerstand in dieser Stadt eine positive Alternative zu den Wahlen geboten werden muß – so verstanden wir auch die Losung ,,Jetzt wählen wir uns selbst.'' Die AL hatte damals etwa 1500 Mitglieder und erreichte, für uns überraschend, bei den Wahlen 3,7%, das sind über 50000 Stimmen, und zog mit insgesamt zehn Abgeordneten in vier Bezirksverordnetenversammlungen (Kreuzberg, Schöneberg, Tiergarten, Wilmersdorf) ein.

Die AL hat seitdem versucht, die in Berlin mannigfaltig vorhandenen Ansätze des außerparlamentarischen Widerstandes zu unterstützen und mit voranzutreiben. Viele unserer Mitglieder stammen aus Bürgerinitiativen wie etwa den zahlreichen Mieterinitiativen, Anti-AKW-Gruppen, Anti-Repressionsgruppen wie ,,Bürger beobachten die Polizei'', oder aus BIs, die an sehr zentralen Punkten der Auseinandersetzungen stehen, etwa der Bürgerinitiative Autobahn Tegel, die gegen den Bau einer Autobahn durch den Tegeler Forst kämpft, oder der BI-Energieplanung und Umweltschutz, die gegen den Bau eines überflüssigen neuen Spitzenlastkraftwerks auf den Ruhlebener Wiesen eintritt. Die AL unterstützt diese BIs uneingeschränkt, trotzdem ist sie mehr als eine Summierung von BIs. Im Gegenteil, wir wollen die BIs nicht vereinnahmen, sondern freundschaftlich zusammenarbeiten. Die AL hat inzwischen ein eigenes Selbstverständnis entwickelt, das über die Aufgabe ,,verlängerter Arm der Bürger- und Basisinitiativen'' zu sein, hinausgeht. Wir wollen versuchen, zu allen stadtpolitischen Fragen Antworten zu entwickeln und darüberhinaus auch zentrale politische Fragen von einem AL-Standpunkt her zu beantworten. Das betrifft z.B. die Friedens- und Berlinpolitik, aber auch den stadtpolitischen Be-

Losung ,,Jetzt wählen wir uns selbst.'' Die AL hatte damals etwa 1500 Mitglieder und erreichte, für uns überraschend, bei den Wahlen 3,7%, das sind über 50000 Stimmen, und zog mit insgesamt zehn Abgeordneten in vier Bezirksverordnetenversammlungen (Kreuzberg, Schöneberg, Tiergarten, Wilmersdorf) ein.

Die AL hat seitdem versucht, die in Berlin mannigfaltig vorhandenen Ansätze des außerparlamentarischen Widerstandes zu unterstützen und mit voranzutreiben. Viele unserer Mitglieder stammen aus Bürgerinitiativen wie etwa den zahlreichen Mieterinitiativen, Anti-AKW-Gruppen, Anti-Repressionsgruppen wie ,,Bürger beobachten die Polizei'', oder aus BIs, die an sehr zentralen Punkten der Auseinandersetzungen stehen, etwa der Bürgerinitiative Autobahn Tegel, die gegen den Bau einer Autobahn durch den Tegeler Forst kämpft, oder der BI-Energieplanung und Umweltschutz, die gegen den Bau eines überflüssigen neuen Spitzenlastkraftwerks auf den Ruhlebener Wiesen eintritt. Die AL unterstützt diese BIs uneingeschränkt, trotzdem ist sie mehr als eine Summierung von BIs. Im Gegenteil, wir wollen die BIs nicht vereinnahmen, sondern freundschaftlich zusammenarbeiten. Die AL hat inzwischen ein eigenes Selbstverständnis entwickelt, das über die Aufgabe ,,verlängerter Arm der Bürger- und Basisinitiativen'' zu sein, hinausgeht. Wir wollen versuchen, zu allen stadtpolitischen Fragen Antworten zu entwickeln und darüberhinaus auch zentrale politische Fragen von einem AL-Standpunkt her zu beantworten. Das betrifft z.B. die Friedens- und Berlinpolitik, aber auch den stadtpolitischen Be-

reich, sei es Umweltschutz oder die katastrophale Wohnsituation dieser Stadt.

Wie sieht die AL heute aus, worin besteht das AL-Selbstverständnis?

Wir haben heute etwa 2000 Mitglieder. Als im Dezember '80/Januar '81 die Krise des Stobbe-Senats immer deutlicher wurde, und als schließlich Mitte Januar klar wurde, daß dieser Senat stürzt, und wir ja auch ein Volksbegehren zur Auflösung des Abgeordnetenhauses, das Finger (AL) und Grunwald (WUB = Wählergemeinschaft Unabhängiger Bürger) beantragten, mittrugen und in einer Woche über 90000 Unterschriften sammelten, stieg die Mitgliederzahl der AL an, und viele, auch Linke, die sich bis dahin nicht auf die AL bezogen, haben ihren Frieden mit der AL gemacht und mitgearbeitet. Das betrifft etwa einige Genossen des SB, der Sozialistischen Initiative, einer Gruppe, die aus der SEW ausgeschlossen wurde, das betrifft eine Reihe von BIs, die uns '79 noch ablehnend gegenüberstanden, und nach meiner Ansicht auch die Genossen des KBW. Die AL hat stets ihren Bündnischarakter betont, und wir finden es gut, wenn Demokraten, Umweltschützer, Ökologen, Sozialisten und Kommunisten zusammenarbeiten in dieser Alternativen Liste. Das ist immer besser, als gegeneinander oder jeder für sich.

Klar ist auch, daß sich aus dieser heterogenen – von uns gewollten – Zusammensetzung der AL Probleme ergeben. Aber im Gegensatz zu den etablierten Parteien und auch den bisherigen Organisationsversuchen der neuen Linken verstehen wir uns als Bündnis verschiedener weltanschaulicher Auffassungen und Strömungen und führen unsere Auseinandersetzungen für jeden öffentlich und versuchen in unserem Politik-Verhalten und -Verständnis diesem Charakter der AL Rechnung zu tragen: So gibt es in der AL keinen Unvereinbarkeitsbeschluß (außer gegen Faschisten), bei uns kann jeder mitarbeiten und Mitglied sein, ob er Sozialdemokrat, Grüner, Kommunist, Anarchist oder sonstwo organisiert ist. Alle unsere Sitzungen sind öffentlich, und jeder kann mitreden. Dies betrifft den Delegiertenrat, das Entscheidungsgremium, in dem die Vertreter der Bezirks- und Bereichsgruppen und die Mitglieder des geschäftsführenden Ausschusses stimmberechtigt vertreten sind, ebenso wie die Sitzungen des geschäftsführenden Ausschusses, unsere Fraktionssitzungen in den vier BVVs (Bezirksverordnetenversammlungen) und die Treffen unserer 12 Bezirksgruppen und 15 Bereichsgruppen. Wir wollen auch in der AL keine Kampfabstimmungen durchführen, die zur Folge hätten, daß eine relevante Minderheit niedergestimmt wird. Stattdessen haben wir das Konsens-Prinzip: Wir versuchen, bei strittigen Fragen einen für alle akzeptablen Kompromiß zu finden, und falls dies nicht möglich ist, stellen wir die Entscheidung über diese strittige Frage zurück und sie wird erneut an der Basis diskutiert. Natürlich kann das auch Nachteile haben; so greift uns z.B. die SEW an, daß wir nicht immer mit einer Stimme sprechen würden, aber diese Kritik nehmen wir gerne in Kauf, weil das Konsens-Prizip eine ausführliche Diskussion der Mitgliederbasis ermöglicht und die Nichtausgrenzung von Minderheiten einen Fortschritt in der Entwicklung einer politischen Kultur innerhalb der linken und demokratischen Bewegung bedeutet.

Zu diesem AL-Selbstverständnis gehört auch das Doppelfunktionsverbot: Niemand, der ein Wahlmandat im Abgeordnetenhaus oder einer BVV hat, darf gleichzeitig ein AL-Amt (z.B. Mitglied des geschäftsführenden Ausschuß) innehaben; dies gilt entsprechend für die Büroangestellten. Außerdem kann man nur für zwei GA-Amtszeiten hintereinander kandidieren. Die Abgeordneten der AL sind an das imperative Mandat der Basis gebunden und nach zwei Jahren Abgeordnetenhaustätigkeit wird auf einer Mitgliedervollversammlung darüber diskutiert werden, wie wir eine Rotation unserer Fraktion durchführen. All diese Punkte ergeben sich aus dem basisdemokratischen Verständnis der AL. Es gibt ein tiefes Mißtrauen gegen das abgehobene Berufspolitikertum der etablierten Parteien. In der AL soll auch durch organisatorische Festlegungen so eine Entwicklung verhindert werden, wobei nach meiner Ansicht aber die politische Festigkeit das Entscheidende ist. Wenn jemand ,,abheben'' will, dann tut er das auch, wenn er weiß, er muß in zwei Jahren sein Mandat niederlegen.

Vielleicht sollte ich noch kurz erklären, wie wir eigentlich arbeiten, und wo: Die

haben; so greift uns z.B. die SEW an, daß wir nicht immer mit einer Stimme sprechen würden, aber diese Kritik nehmen wir gerne in Kauf, weil das Konsens-Prizip eine ausführliche Diskussion der Mitgliederbasis ermöglicht und die Nichtausgrenzung von Minderheiten einen Fortschritt in der Entwicklung einer politischen Kultur innerhalb der linken und demokratischen Bewegung bedeutet.

Zu diesem AL-Selbstverständnis gehört auch das Doppelfunktionsverbot: Niemand, der ein Wahlmandat im Abgeordnetenhaus oder einer BVV hat, darf gleichzeitig ein AL-Amt (z.B. Mitglied des geschäftsführenden Ausschuß) innehaben; dies gilt entsprechend für die Büroangestellten. Außerdem kann man nur für zwei GA-Amtszeiten hintereinander kandidieren. Die Abgeordneten der AL sind an das imperative Mandat der Basis gebunden und nach zwei Jahren Abgeordnetenhaustätigkeit wird auf einer Mitgliedervollversammlung darüber diskutiert werden, wie wir eine Rotation unserer Fraktion durchführen. All diese Punkte ergeben sich aus dem basisdemokratischen Verständnis der AL. Es gibt ein tiefes Mißtrauen gegen das abgehobene Berufspolitikertum der etablierten Parteien. In der AL soll auch durch organisatorische Festlegungen so eine Entwicklung verhindert werden, wobei nach meiner Ansicht aber die politische Festigkeit das Entscheidende ist. Wenn jemand ,,abheben'' will, dann tut er das auch, wenn er weiß, er muß in zwei Jahren sein Mandat niederlegen.

Vielleicht sollte ich noch kurz erklären, wie wir eigentlich arbeiten, und wo: Die

2000 Mitglieder der AL kommen aus verschiedenen politischen und Arbeitszusammenhängen. Sie arbeiten in zwölf Bezirksgruppen und Bereichsgruppen, wie Frieden, Frauen, Gesundheit, Berlin, Demokratische Rechte, Betrieb und Gewerkschaft, Naturschutz u.v.a. Eine große Mehrheit der Mitglieder der AL stammt aus sozialen Berufen, aus dem Angestelltenbereich, und aus Studenten. Der Bereich der Industriearbeiter ist in der AL leider eine Minderheit. Insofern hat auch die gewerkschaftliche Arbeit bei uns keine Priorität. Viele AL-Mitglieder, die arbeiten, haben ihren Schwerpunkt außerhalb der Gewerkschaft, und die Kollegen, die im AL-Bereich Betrieb & Gewerkschaft arbeiten, sind insgesamt eine kleine Minderheit. Dieses Problem ist aber, glaub ich, der AL bewußt, aber es wird sich sicherlich nicht kurzfristig eine stärkere Orientierung auf die Gewerkschaften durchsetzen.

Was sind die wichtigsten Punkte im Wahlprogramm der AL, und was fordert die AL in den Wahlen?

Der erste Teil der Frage ist gar nicht so einfach zu beantworten, denn es gibt ja keine offizielle Prioritätenliste in unserem Wahlprogramm, nach der man sagen kann, das ist wichtig und das ist weniger wichtig. Um das zu verdeutlichen: das Wahlprogramm umfaßt 79 eng beschriebene Seiten, auf denen zu 23 verschiedenen Themen Stellung genommen wird. Nach meiner Ansicht bilden aber unsere Aussagen zur Berlin- und Friedenspolitik, zur Wohn-/Mietsituation und zur Wirtschaftspolitik gewisse Schwerpunkte. Als wir das Programm auf vier Mitgliederversammlungen erarbeiteten, hatten wir uns neben den schon genannten Punkten noch auf folgende Schwerpunkte verständigt: Zur Situation der Frau, zur Verkehrspolitik und natürlich zum Natur- und Umweltschutz.

In unseren Aussagen zur Berlin- und Friedenspolitik, auf denen die etablierten Parteien im übrigen am meisten rumreiten, weil wir angeblich ein Unsicherheitsfaktor sind, haben wir versucht, konkrete Utopien zu entwickeln, langfristige Ziele anzugeben, die die unnatürliche Situation Berlins ändern können. Ein wichtiges Stichwort ist dabei die Frage der Paktfreiheit der beiden deutschen Staaten. Wir wollen raus aus der Blockkonfrontation in Mitteleuropa. Wir sind für den Austritt der BRD aus der NATO und der DDR aus dem Warschauer Pakt, weil die Einbindung der beiden deutschen Staaten in die Interessen der USA einerseits und der UdSSR andererseits jede tatsächliche Friedenspolitik unmöglich macht. Ich sehe das auch im Zusammenhang mit der Lage in ganz Europa. Paktfreiheit der beiden deutschen Staaten ist ja eingebettet in einen Prozeß zur Auflösung der beiden militärischen Blöcke, ohne die ja das Selbstbestimmungsrecht der Völker in Europa nicht durchsetzbar ist. Deshalb tritt die AL auch für die Auflösung von NATO und Warschauer Pakt ein, und sind wir gegen die Stationierung von fremden Truppen auf fremden Territorien. In diesem Prozeß kann sich auch die nationale Frage in Deutschland, die ja auch eine Frage Berlins ist, wieder neu stellen. Wir haben das im Programm so ausgedrückt, daß man zumindest die Diskussion dieser Frage offen halten muß. In diesem Zusammenhang steht auch die Rolle der Alliierten in Berlin. Wir meinen, Berlin kann nicht für immer Vier-Mächte-Stadt bleiben. Wir sind gegen Truppenparaden, sowohl in Westberlin als auch in Ostberlin, in Westberlin sollen die Alliierten Truppen auf symbolische Einheiten reduziert werden.

Auf zwei Stichpunkte möchte ich noch eingehen in diesem Zusammenhang: Erstens ist die AL für die Zurücknahme des NATO-,,Nachrüstungs''- beschlusses, auch als einseitige Maßnahme des Westens, zweitens sind wir gegen die Stationierung der SS 20 in der Sowjetunion, die AL tritt für eine atomwaffenfreie Zone in ganz Europa ein. Ein letzter Punkt, der in der AL auch sehr kontrovers diskutiert wurde, betrifft die Frage der alternativen Verteidigung. Es geht dabei darum, daß man eine Antwort finden muß auf die Frage ,,Wo ist unsere Alternative?'', wenn wir sagen, Bundeswehr und NATO können die Bundesrepublik und Westberlin nicht im Interesse der Bevölkerung verteidigen. Wir haben uns dabei darauf verständigt, daß wir zur alternativen Verteidigung kein fertiges Konzept haben, daß wir aber die verschiedenen Ansätze – sei es soziale Verteidigung, oder das jugoslawische Modell der Volksbewaffnung, oder ähnliche Ansätze wie sie in Österreich und in den skandinavischen Ländern diskutiert werden – offen diskutieren sollten und das Thema insgesamt nicht tabuisieren, sondern diskutieren wollen.

Kurz zur Wohnungs- und Mietpolitik. Das ist natürlich durch die skandalösen Wohnverhältnisse und durch die Instandbesetzungen als Notwehrmaßnahme der Betroffenen zu *dem* Wahlkampfthema geworden. Die AL tritt dabei unter anderem dafür ein, um die akutesten Mißstände zu beseitigen: Legalisierung der Instandbesetzungen. Entzug des Belegungsrechtes von Vermietern für Wohnungen, die länger als 3 Monate nicht vermietet werden. Sofortige Instandsetzung der 10000 leerstehenden Wohnungen. Die Mietpreisbindung – der schwarze Kreis in Berlin – muß Dauerrecht werden. Die senatseigenen Wohnungsbaugesellschaften, denen im übrigen 80% der leerstehenden Häuser gehören, sollen entflochten werden, die Mietorganisationen sollen dezentrale Kontrollfunktionen durchführen. Wir wissen, daß die Wohnsituation nicht geändert werden kann, solange Wohnraum eine Ware wie jede andere ist. In diesem Zusammenhang ist für uns auch das Eigentum von privaten Besitzern oder Gesellschaften an Grund und Boden keine Heilige Kuh.

Soweit zu einigen Schwerpunkten des AL-Programms, zum zweiten Teil der Frage: Die AL hat einen konkreten Forderungskatalog entwickelt, der die Punkte enthält, für deren Verwirklichung wir uns als allererstes einsetzen werden, falls wir in das Abgeordnetenhaus kommen. Das ist:

- Die generelle Amnestie für alle in den Auseinandersetzungen um die verfehlte Städtebaupolitik Verfolgten
- Kein Bau des Kraftwerkes Reuter West
- Rücknahme der zum 1. Juni geplanten Tariferhöhungen der BVG
- Kein Bau einer Autobahn oder Schnellstraße durch den Tegeler Forst
- Abschaffung des Hochsicherheitstraktes in Moabit
- Für ein 3. Frauenhaus und einen Nachbetreuungsladen in jedem Bezirk
- Kürzung der Abgeordnetendiäten auf die Hälfte, was einem durchschnittlichen Facharbeiterlohn entspricht

Soweit zu unserem Programm. Am Schluß möchte ich noch kurz sagen, daß jetzt, wenige Tage vor der Wahl, alle etablierten Parteien sehr nervös um sich und auf die AL schlagen. Die FDP besonders, sie versucht vor der AL-Wahl mit der Losung ,,Berlin darf nicht ausflippen'' (FDP-Spitzenkandidat Brunner) zu warnen, während SPD-Dialog-Chef Glotz meint, man darf uns nicht wählen, weil erstens sonst Berlin schwarz wird und zweitens die Politik- und Machtunfähigen ins Rathaus kommen, während für die CDU Chaoten und Feinde der Demokratie hinter der AL stecken. Wenn es also gegen die Stimme des außerparlamentarischen Widerstandes geht, sind sich SPD/CDU/FDP schnell einig. Aber was soll es, die Hunde bellen und die Karawane zieht weiter.

Noch einmal: Parlamentswahlen und Politik der Einheitsfront

sit. In der letzten Ausgabe der KVZ hat der Genosse löh an dieser Stelle anläßlich des Wahlergebnisses in Hessen einige Gedanken dargelegt zur Frage ,,Parlamentswahlen und Politik der Einheitsfront''. Bei den anstehenden Abgeordnetenhauswahlen in Westberlin waren wir von vornherein davon ausgegangen, daß die Frage der eigenständigen Kandidatur des KBW aufgrund der Analyse entschieden werden müsse und daß wir nicht einfach ein Wahlbündnis auf Grundlage der Forderungen der Oktoberresolution zustande bringen würden. Jedoch beschränkten wir uns in der Analyse auf die unmittelbaren Vorgänge, die zu *diesen* Neuwahlen geführt hatten, und begründeten den Verzicht auf eine eigenständige Kandidatur im wesentlichen damit, daß die AL diesmal eine echte Chance hatte, Sitze zu erobern und damit unmittelbaren Einfluß auf die Senatsbildung nehmen zu können. Verbunden war diese Einschätzung mit einer Kritik daran, *wie* wir 1979 kandidiert hatten, nämlich mit dem Anspruch, durch eine

ten reduziert werden.

Auf zwei Stichpunkte möchte ich noch eingehen in diesem Zusammenhang: Erstens ist die AL für die Zurücknahme des NATO-,,Nachrüstungs''- beschlusses, auch

Parteiangelegenheiten im engen Sinn. Im Gegenteil. Wenn es gegen diese Autobahn oder jenes Kraftwerk geht, spielt nicht die entschiedenen Rolle für welche Partei, sondern ob man gegen diese Autobahn oder jenes Kraftwerk ist. Nicht anders im Kampf gegen den imperialistischen Krieg.

Der Parteibildungsprozeß der Arbeiterklasse ist auch nicht nur nicht einfach identisch mit dem Aufbau der Organisation der Kommunisten, sondern auch die Partei der Arbeiterklasse, das Partei-Ergreifen der Arbeiterklasse, nimmt je nach Entwicklungsstand des Klassenkampfes ganz unterschiedliche Formen an, die aber verschieden sind von der Organisation der Kommunisten.

In den demokratischen Kämpfen bilden sich verschiedene Fronten heraus zwischen Teilen der Arbeiterklasse und des Volkes auf der einen und dem bürgerlichen Staatsapparat und Teilen der bürgerlichen Parteien auf der anderen Seite. In diesen Fronten

leerstehenden Häuser gehören, sollen entflochten werden, die Mietorganisationen sollen dezentrale Kontrollfunktionen durchführen. Wir wissen, daß die Wohnsituation nicht geändert werden kann, solange Wohnraum eine Ware wie jede andere

Sie ist weniger, weil sie sich aus dem gleichen Grund bestimmten legalistischen und parlamentarischen Formen zu beugen hat. Das ist aber keineswegs schlecht, solange sich in dieser Form der *Alternativen Liste* die Interessen der demokratischen Bewegung gegenüber den bürgerlichen Parteien politisch auszudrücken vermögen. Zugleich liegt aber auch die Beschränktheit der Alternativen Liste darin, daß sie im wesentlichen die Aktionseinheit der demokratischen Bewegung gegen die bürgerlichen Parteien verkörpert und in der Verbindung der demokratischen Bewegung mit der Arbeiterbewegung kein Fortschritt gelungen ist. Diese Verbindung muß aber vor allem in den wirklichen Kämpfen hergestellt werden, damit sich dies auch in den Wahlen niederschlagen kann.

Die Revolutionäre in Westdeutschland und Westberlin haben allen Grund, solche politischen Prozesse zu unterstützen. Es ergibt sich das nicht einfach daraus, daß von einer revolutionären Situation nicht die Re-

Feinde der Demokratie hinter der AL stecken. Wenn es also gegen die Stimme des außerparlamentarischen Widerstandes geht, sind sich SPD/CDU/FDP schnell einig. Aber was soll es, die Hunde bellen und die Karawane zieht weiter.

Noch einmal: Parlamentswahlen und Politik der Einheitsfront

sit. In der letzten Ausgabe der KVZ hat der Genosse löh an dieser Stelle anläßlich des Wahlergebnisses in Hessen einige Gedanken dargelegt zur Frage ,,Parlamentswahlen und Politik der Einheitsfront''. Bei den anstehenden Abgeordnetenhauswahlen in Westberlin waren wir von vornherein davon ausgegangen, daß die Frage der eigenständigen Kandidatur des KBW aufgrund der Analyse entschieden werden müsse und daß wir nicht einfach ein Wahlbündnis auf Grundlage der Forderungen der Oktoberresolution zustande bringen würden. Jedoch beschränkten wir uns in der Analyse auf die unmittelbaren Vorgänge, die zu *diesen* Neuwahlen geführt hatten, und begründeten den Verzicht auf eine eigenständige Kandidatur im wesentlichen damit, daß die AL diesmal eine echte Chance hatte, Sitze zu erobern und damit unmittelbaren Einfluß auf die Senatsbildung nehmen zu können. Verbunden war diese Einschätzung mit einer Kritik daran, *wie* wir 1979 kandidiert hatten, nämlich mit dem Anspruch, durch eine Kandidatur mit dem revolutionären Programm der Arbeiterklasse den Opportunismus zu vernichten, den wir in der AL verkörpert sahen. Über die AL trafen wir jetzt die Feststellung, daß sie große Teile der demokratische Bewegung repräsentiert und die Möglichkeit zu einem demokratischen Wahlbündnis bietet. Das ließ offen, ob es nicht schon in den Wahlen zuvor richtig gewesen wäre, die Politik der Aktionseinheit zu verfolgen, und, warum sich die Aktionseinheit der demokratischen Bewegung in Wahlen in Westberlin (und teilweise auch in Westdeutschland) gegenwärtig in Gestalt alternativer Listen herausbildet.

Aus den Wahlen zu bürgerlichen Parlamenten zieht die Bourgeoisie, solange sie nicht zu offen terroristischen Herrschaftsformen greift, einen wesentlichen Teil der politischen Legitimation ihrer Klassenherrschaft. Man lernt schon in der Schule, das Demokratische an der bürgerlichen Gesellschaft sei neben der Gewaltenteilung das Vorhandensein politischer Parteien und ihre freie Wahl ins Parlament. Mit den wirklichen demokratischen Kämpfen verschiedener Teile des Volkes, mit den wirklichen politischen Bewegungen des Volkes aber hat dieses Zur-Wahl-Stellen der Parteien ziemlich wenig zu tun. Die Inhalte der verschiedenen Kämpfe, sei es von Jugendlichen, Bürgerinitiativen oder auch die gewerkschaftlichen Kämpfe der Arbeiterklasse, erscheinen in den Wahlen nur noch ganz verkrüppelt in dem einen oder anderen politischen Versprechen dieser oder jener Partei. Die bürgerlichen Parteien erscheinen als Hauptmittel der politischen Herrschaft der Bourgeoisie, solange der Klassenkampf nicht breit in die Form des offenen Kampfes um die Macht herangereift ist. Die demokratischen Kämpfe der Arbeiterklasse und des Volkes entstehen und entwickeln sich aber ganz und gar nicht in Form von Parteiangelegenheiten im engen Sinn. Im Gegenteil. Wenn es gegen diese Autobahn oder jenes Kraftwerk geht, spielt nicht die entschiedenen Rolle für welche Partei, sondern ob man gegen diese Autobahn oder jenes Kraftwerk ist. Nicht anders im Kampf gegen den imperialistischen Krieg.

Der Parteibildungsprozeß der Arbeiterklasse ist auch nicht nur nicht einfach identisch mit dem Aufbau der Organisation der Kommunisten, sondern auch die Partei der Arbeiterklasse, das Partei-Ergreifen der Arbeiterklasse, nimmt je nach Entwicklungsstand des Klassenkampfes ganz unterschiedliche Formen an, die aber verschieden sind von der Organisation der Kommunisten.

In den demokratischen Kämpfen bilden sich verschiedene Fronten heraus zwischen Teilen der Arbeiterklasse und des Volkes auf der einen und dem bürgerlichen Staatsapparat und Teilen der bürgerlichen Parteien auf der anderen Seite. In diesen Fronten bilden sich gegenüber dem bürgerlichen Staatsapparat wiederum bestimmte demokratische Organisationsformen heraus, demokratische Frontorganisationen, wenn man so will, die organisatorischen Formen der Aktionseinheit. Mit zunehmender Entfaltung dieser einzelnen Kämpfe und mit ihrer zunehmenden Reife entwickelte sich in der demokratischen Bewegung in Westberlin notwendig das Bedürfnis, auch gegenüber den bürgerlichen Parteien in den parlamentarischen Wahlen Front zu machen. Es entwickelte sich das Bedürfnis seitens der demokratischen Bewegung, gegenüber den bürgerlichen Parteien eine Front in der Form herauszubilden, in der sich auch die wirklichen Kämpfe bewegen. Nicht zufällig nimmt die Organisationsform dieser Front die Gestalt alternativer *Listen* an, die sich allen bürgerlichen Parteien entgegenstellen, aber selbst nicht als *Partei* betrachtet werden wollen. Sie sind es auch nicht im engen Sinne. Ihre Existenz ist an die Existenz der Parlamentarismus und der bürgerlichen Parteien gebunden, aber als anti-parlamentarische Anti-Partei, eben *Alternative Liste*. Es ist einleuchtend, daß sich dieser Prozeß in den hochkonzentrierten Metropolen am deutlichsten und in Kommunal- und Landtagswahlen am ehsten ergibt.

Die Alternative Liste in Westberlin ist entstanden aus dem Versuch verschiedenster demokratischer Organisationen, Initiativen und Komitees, auch in den parlamentarischen Wahlen gegen die bürgerlichen Parteien Front zu machen und eine Organisationsform dafür zu finden. Aber sie ist zugleich mehr und weniger als die Summe aller dieser Bewegungen. Sie ist mehr, weil sie in das geheiligte Terrain des Parlamentarismus einzudringen versucht und damit in den Bereich, aus dem die Bourgeosie mittels der bürgerlichen Parteien zwar nicht ihre Macht, aber doch ihre Legitimation zieht. Sie ist weniger, weil sie sich aus dem gleichen Grund bestimmten legalistischen und parlamentarischen Formen zu beugen hat. Das ist aber keineswegs schlecht, solange sich in dieser Form der *Alternativen Liste* die Interessen der demokratischen Bewegung gegenüber den bürgerlichen Parteien politisch auszudrücken vermögen. Zugleich liegt aber auch die Beschränktheit der Alternativen Liste darin, daß sie im wesentlichen die Aktionseinheit der demokratischen Bewegung gegen die bürgerlichen Parteien verkörpert und in der Verbindung der demokratischen Bewegung mit der Arbeiterbewegung kein Fortschritt gelungen ist. Diese Verbindung muß aber vor allem in den wirklichen Kämpfen hergestellt werden, damit sich dies auch in den Wahlen niederschlagen kann.

Die Revolutionäre in Westdeutschland und Westberlin haben allen Grund, solche politischen Prozesse zu unterstützen. Es ergibt sich das nicht einfach daraus, daß von einer revolutionären Situation nicht die Rede sein kann oder aus der geringen Zahl der Leute, die heute für den Kommunismus eintreten. Die KPD der Weimarer Zeit war ungleich größer und einflußreicher. Dennoch ist es ihr nicht gelungen, gleichzeitig als Organisation der Revolutionäre und als Partei der Arbeiterklasse, als politische Führung und als Organisationsform der Aktionseinheit der Arbeiterklasse und des Volkes gegen die bürgerlichen Parteien zu dienen. Die Herausbildung einer demokratischen Front in den Wahlen birgt die Möglichkeit, von den bürgerlichen Parteien und insbesondere der Sozialdemokratie beeinflußte Teile der Arbeiterklasse und des Volkes zu gewinnen, ohne es mit einer Spaltung dieser Parteien versuchen zu müssen. Eine Spaltung der SPD diente gegenwärtig nur der Reaktion. Die Politik der Aktionseinheit ist auch in den Wahlen richtig.

Die Besonderheit der Wahlen in Westberlin besteht darin, daß die AL mit einem ziemlich umfassenden und weitreichenden demokratischen Programm zu den Wahlen antritt, in dem sie zu allen Fragen Stellung nimmt, zu denen auch die bürgerlichen Parteien Stellung nehmen. In programmatischer Abgrenzung zu den bürgerlichen Parteien, aber ohne jede organisatorische Unvereinbarkeit. Natürlich hat die AL politische Schwächen. Von denen wir insbesondere die kritisiert haben, daß sich die Bemühungen der Regierungssozialdemokraten, die Gewerkschaften von einer selbständigen politischen Position abzuhalten, trifft mit einer Haltung in der AL, die Gewerkschaften gering zu schätzen oder in den Gewerkschaften auf Opposition zu machen. Natürlich hätten wir als Kommunisten in dem Wahlprogramm manches anders formuliert. (Wir hatten ja auch einen entsprechenden Vorschlag gemacht) Aber das ist eine Frage der weiteren politischen Auseinandersetzung.

Mitterand und Giscard am 10. Mai im zweiten Wahlgang

pem. Ohne eine Pause einzulegen, hat Giscard sofort nach dem 1. Wahlgang seinen Wahlkampf fortgesetzt. Wie 1974 ist die Hauptparole, unter der er die gegenwärtige Regierungsmehrheit erhalten will, ,,Freiheit und Liberalismus oder Kollektivismus und Marxismus''. Die Aussichten dafür, daß ihm das gelingt, haben sich aber gegenüber 1974 verschlechtert. Zwar ging Giscard mit 28,21% der Stimmen als Sieger aus dem 1. Wahlgang hervor, doch sind dies immerhin 4% weniger als vor sieben Jahren. Sein Gegenkandidat aus dem Regierungslager Jacques Chirac, mit 17,95% an dritter Stelle plaziert, hat zwar erklärt, daß er persönlich am 10. Mai für Giscard stimmen werde, seine Wähler aber nicht ausdrücklich aufgerufen, ebenso zu stimmen, sondern ihnen die Entscheidung freigestellt. Verbunden hat er diese Stellungnahme mit einer erneuten Kritik an Giscard sowie der Prophezeiung, daß er, sofern er seine Politik nicht ändere, die Wahl verlieren würde. Mittlerweile haben einige gaullistische Politiker erklärt, daß sie nicht Giscard wählen würden.

Mitterand hat mit 25,90% der Stimmen die höchste Stimmenzahl der Sozialisten nach dem Kriege erzielt. Dies vor allem auf Kosten der PC, deren Kandidat Marchais mit 15,42% das schlechteste Ergebnis der PC seit 1936 erreichte. Dieses Ergebnis ist einerseits die Konsequenz aus der Politik der PC in den letzten Jahren (Billigung des Einmarsches der SU in Afghanistan, unentschiedene Haltung hinsichtlich Polen, ausländerfeindliche Politik, etc.), andererseits zurückzuführen auf die zuletzt heftige Kampagne der PS, bereits im 1. Wahlgang für Mitterand zu stimmen, da sonst die Gefahr bestünde, daß Mitterand im 2. Wahlgang nicht mehr präsent sei.

Angesichts dieser Niederlage hat Marchais dazu aufgerufen, nahezu ohne Vorbedingungen für Mitterand zu stimmen.

Nachdem mittlerweile sich alle bezüglich einer Wahlempfehlung für den 2. Wahlgang erklärt haben, käme danach Giscard auf 49,14% der Stimmen, Mitterand auf 46,94%. Bleiben die fast 4% des Kandidaten der Grünen, der keine Wahlempfehlung abgegeben hat, und die fast 20%, die sich beim 1. Wahlgang enthalten haben. 1974 waren es 400000 Stimmen, die Giscard zum Wahlsieg verholfen haben. Ähnlich knapp dürfte es auch diesmal werden. Wesentlich wird sein, ob die Wählerschichten von Chirac, vor allem Bauern und die traditionelle Kleinbourgeoisie, sich erneut für Giscard entscheiden werden, wie auch die Frage, ob die Wählerschaft Marchais' seinem Aufruf geschlossen folgt. Ein Wahlsieg Mitterands würde zwar keines der Probleme der Arbeiterbewegung lösen, die Durchsetzung wichtiger Forderungen, wie Anhebung des Mindestlohnes von 2600 FF auf 3300 FF oder Einführung der 35-Stunden-Woche, jedoch erheblich erleichtern.

El Salvador: FDR unter bestimmten Bedingungen bereit zu verhandeln

chm. Sprecher der FMLN (Frente Farabundo Marti) und der politischen Organisation FDR, die den Kampf in El Salvador führen, haben erklärt, daß sie unter bestimmten Bedingungen bereit seien, mit der Junta zu verhandeln. Der Sprecher der FMLN erklärte am 23.4. in Costa Rica, die FMLN sei bereit, für die Dauer von Gesprächen die bewaffneten Operationen auszusetzen. ,,Für die Revolutionäre sind Verhandlungen auch eine Schlacht. Wir wollen zur Befriedung der Region beitragen und verhindern, daß der Konflikt sich ausdehnt.'' (Le Monde, 25.4.) Der Sprecher des außenpolitischen Ausschusses der FDR präzisierte ebenfalls in Costa Rica die Bedingungen, unter denen seine Organisation bereit ist zu verhandeln:

- Aufhebung des Ausnahmezustandes
- Freilassung aller politischen Gefangenen
- Zugang zu den Medien

Ob die FDR das Zustandekommen von Verhandlungen immer noch von der Teilnahme der USA abhängig macht, wie ihre Vertreter vor kurzem gegenüber Repräsentanten der Sozialistischen Internationale betont haben, ist unklar.

Nach Bekanntwerden von Erklärungen der FDR und der FMLN haben sich Mexiko und Venezuela bereit erklärt, zwischen der Militärregierung und der FDR zu vermitteln. Mexiko wollte sich mit der FDR in Verbindung setzen, Venezuela mit der Militärregierung. Duarte, der christdemokratische Chef der Junta, soll allerdings jegliche Vorbedingungen abgelehnt haben.

Diese Verhandlungsbereitschaft der FDR findet statt auf dem Hintergrund einer bestehenden militärischen Pattsituation. Seit dem Scheitern der Großoffensive der revolutionären Kräfte im Januar ist es der salvadorianischen Armee nicht gelungen, entscheidende militärische Schläge gegen die befreiten Gebiete im Norden und Nordosten des Landes durchzuführen. Es ist der FDR und ihrem militärischen Arm, der FMLN, aber auch nicht gelungen, ihre Stellungen in den Städten zu stärken. Die Operationen gegen die Städte beschränken sich auf Anschläge gegen militärische und Versorgungseinrichtungen, so z.B. in der vergangenen Woche gegen das Elektrizitätswerk von El Salvador. Obwohl die von den USA an die Junta gelieferten Hubschrauber ihr ermöglichen, großangelegte Flächenbombardierungen gegen die Dörfer im Norden und Nordosten durchzuführen, gelingt es ihnen nicht, die FMLN dort zu besiegen.

In den USA wächst die Opposition gegen die Interventionsabsichten in El Salvador. Nach der massiven Kritik, die Teile des Kongresses an der Erhöhung der Militärhilfe geübt haben (KVZ 16/81), haben am Karfreitag acht kirchliche Organisationen in Washington gegen die US-Politik in El Salvador protestiert.

Israel ,,verteidigt'' Libanons Luftraum

Zwei syrische Hubschrauber abgeschossen / Luftangriffe auch nördlich von Beirut

chm. Israel werde nicht weiterhin tatenlos zusehen, wie Syrien den Libanon nach und nach vollständig zu erobern und dem syrischen Staatsverband einzugliedern trachte, erklärte Israels Ministerpräsident Begin nach dem Abschuß zweier syrischer Hubschrauber im zentralen Libanon. Anlaß für den Abschuß soll die Bombardierung des maronitischen Hafens Jounieh, nördlich von Beirut sein, über den die ,,Libanesische Front'' vor allem mit Waffen von Israel und den USA versorgt wird. Wer Jounieh angegriffen haben soll, ist umstritten in der Presse. Einmal heißt es, es seien palästinensische Einheiten gewesen, zum anderen werden auch die Mourabitoun genannt. (Bewaffnete Verbände einer Organisation, die zur Libanesischen Nationalen Bewegung gehört und sich als nasseristisch versteht.) Manchmal werden auch syrische Einheiten als Angreifer genannt. Offensichtlich war aber der Angriff ein willkommener Anlaß für Israel, sein Operationsgebiet *offiziell* auf den Norden des Libanon auszudehnen. Es beruft sich dabei auf die ,,Schutzgarantie'', die es den ,,Christen'' gegeben hätte, ihnen vor allem ihre wichtigste Nachschubbasis in Jounieh zu erhalten.

Der Abschuß der syrischen Maschinen geschah zu einem Zeitpunkt, als der libanesische Ministerpräsident Wazzan gerade seine Verhandlungen mit der syrischen Regierung in Damaskus abgeschlossen und sie als ,,nützlich und fruchtbar'' bezeichnet hatte. Zugleich war der syrische Außenminister Khaddam in Beirut eingetroffen, um mit den Führern der ,,Libanesischen Front'', Chamoun und Gemayel, die Lage zu besprechen, also mit den ,,Christen'', als deren Schutzmacht Israel die syrischen Hubschrauber abgeschossen hat. Es ist also weder spekulativ noch verfehlt zu sagen, mit der Berufung auf die ,,Schutzgarantie'' will Israel offensichtlich eine mögliche Verhandlungslösung, die eventuell zu einer Beruhigung der Lage führen könnte, torpedieren. Der status quo, den Israel im Libanon erhalten sehen will, ist der eines permanenten Kriegszustandes, der ihm als Vorwand dient, den südlichen Teil des Landes mit den wichtigsten palästinensischen Flüchtlingslagern und Stützpunkten der PLO ungehindert unter Beschuß zu nehmen und bei Bedarf den Aktionsradius seiner Luftwaffe über den ganzen Libanon auszudehnen. Die Spekulation, daß es sich dabei um einen Versuch der Regierung Begin handele, ihre Wahlchancen zu verbessern, ist von untergeordneter Bedeutung. Über das strategische Ziel der Säuberung des Südlibanon von den Palästinensern, was unter ,,Schutz der israelischen Norgrenze'' firmiert, sind sich Regierung und Opposition einig. Dazu ist es notwendig, jegliches Schwanken in den Reihen der ,,Libanesischen Front'', die Israels wichtigster Verbündeter außerhalb des schon von ihnen abgespaltenen südlichen Grenzstreifens, in dem Haddads Milizen wüten, massiv zu konterkarieren, eine Verhandlungslösung zwischen Syrien und der ,,Libanesischen Front'' um jeden Preis zu verhindern. So eine Lösung ist nicht abwegig. Immerhin ist Syrien 1976 auf Ersuchen der damals in den zwei Organisationen Phalange (Gemayel) und Nationalliberalen (Chamoun) getrennt operierenden Front in den Libanon einmarschiert!

Ob dieser libanesische Krieg taktisch im Interesse der USA ist, kann ich nicht schlüssig nachweisen. Die israelische Presse kann sich jedoch nicht darin genug tun, den angebrochenen Honigmond in den Beziehungen zwischen den USA und Israel zu schildern. Seitenlang zitiert die Jerusalem Post z.B. in ihrer Ausgabe vom 19. – 26. April israelische Politiker und amerikanische Senatoren, die von der Identität der Interessen zwischen Israel und der Reagan-Regierung sprechen. Einiges spricht dafür. So hat Haig auf seiner Antrittsreise durch den Nahen Osten Israel als den ,,ständigen Verbündeten'' der USA bezeichnet und weder die hektische Siedlungspolitik der Beginregierung, noch die damals schon eskalierenden Angriffe auf den Südlibanon mit einem Wort erwähnt. Zu den ersten Beschlüssen der Reagan-Regierung gehörte, eine diesjährige Militärhilfe von 1,2 Mrd. $ für Israel zu beschließen. Auch die Verlagerung des US-Interesses im Nahen Osten von der Palästinafrage auf die Golf Region kann nur im Interesse Israels liegen. Schließlich hat Ägypten die für Israel entscheidenden ökonomischen und politischen Zugeständnisse erbracht: Öllieferungen als ,,Ersatz'' für die Sinai-Ölfelder, die Normalisierung der Beziehungen zwischen beiden Staaten und die damit verbundene Schwächung der einheitlichen arabischen Kampffront auf der Seite des palästinensischen Volkes. Israel hat seine Truppen noch in dem strategisch wichtigen Teil der Sinai-Halbinsel stationiert und macht den vereinbarten vollständigen Abzug 1982 von der Stationierung von 4000 amerikanischen Soldaten dort abhängig.

Offensichtlich hat sowohl die Lage im Libanon als auch die Nahostpolitik der Reagan-Regierung der SU wieder verlorenen Spielraum eingebracht. Ein arabischer Politiker nach dem anderen gibt sich die Klinke in Moskau in die Hand: Der kuwaitische Außenminister und Libyens Gaddafi haben ihren Besuch diese Woche beendet. Erwartet werden König Hussein und der Staatspräsident der Arabischen Republik Jemen. Der sowjetische Botschafter in Beirut, Soldatow, hat erklärt, daß die Bekaa-Ebene und die Straße Damaskus-Beirut innerhalb der Sicherheitsgrenzen Syriens liegen, ihre Verletzung würde eine sowjetische Intervention gemäß den Bestimmungen des syrisch-sowjetischen Freundschaftsvertrages vom vergangenen Oktober zur Folge haben. Es sollen auch Kontakte zwischen der SU und den USA über die Lage im Libanon stattgefunden haben. Sicher ist, daß die SU langsam aus dem Abseits herauskriecht, in dem sie seit Camp David gesteckt hat. Breschnews Vorschlag auf dem 26. Parteitag der KPdSU zu einer umfassenden Nahostkonferenz, an der sowohl die PLO als auch Israel teilnehmen sollen, kam zu einem Zeitpunkt, als klar war, daß das Separatabkommen von Camp David in wesentlichen Punkten gescheitert war, daß es nicht zu einer Isolierung der PLO geführt hat, sondern ein Hemmschuh für die von den USA geplante ,,antisowjetische Front'' geworden ist.

Man muß aber diese progagandistischen Erfolge der SU genau anschauen: Der kuwaitische Außenminister hat zwar den Vorschlag Breschnews begrüßt, aber es ist unwahrscheinlich, daß Kuweit, dessen Politik eng mit der von Saudiarabien zusammenhängt, das auch auf der Islamischen Konferenz den sowjetischen Einmarsch in Afghanistan verurteilt hat, sich zu einem verläßlichen Stützpunkt der SU entwickelt. Was Gaddafi anbetrifft, so war der Besuch für die Kremlzaren an einem entscheidenden Punkte eine herbe Enttäuschung: Gaddafi hat die Unterschiede in der Haltung der SU und Libyens in der Palästinafrage betont und lediglich zugesagt, den sowjetischen Vorschlag zu überprüfen.



erreichte. Dieses Ergebnis ist einerseits die Konsequenz aus der Politik der PC in den letzten Jahren (Billigung des Einmarsches der SU in Afghanistan,
Forderungen, wie Anhebung des Mindestlohnes von 2600 FF auf 3300 FF oder Einführung der 35-Stunden-Woche, jedoch erheblich erleichtern.
El Salvador: FDR unter bestimmten Bedingungen bereit zu verhandeln
chm. Sprecher der FMLN (Frente Farabundo Marti) und der politischen Organisation FDR, die den Kampf in El Salvador führen, haben erklärt, daß sie unter bestimmten Bedingungen bereit seien, mit der Junta zu verhandeln. Der Sprecher der FMLN erklärte am 23.4. in Costa Rica, die FMLN sei bereit, für die Dauer von Gesprächen die bewaffneten Operationen auszusetzen. ,,Für die Revolutionäre sind Verhandlungen auch eine Schlacht. Wir wollen zur Befriedung der Region beitragen und verhindern, daß der Konflikt sich ausdehnt.'' (Le Monde, 25.4.) Der Sprecher des außenpolitischen Ausschusses der FDR präzisierte ebenfalls in Costa Rica die Bedingungen, unter denen seine Organisation bereit ist zu verhandeln:
- Aufhebung des Ausnahmezustandes
- Freilassung aller politischen Gefangenen
- Zugang zu den Medien
Ob die FDR das Zustandekommen von Verhandlungen immer noch von der Teilnahme der USA abhängig
setzen, Venezuela mit der Militärregierung. Duarte, der christdemokratische Chef der Junta, soll allerdings jegliche Vorbedingungen abgelehnt haben.
Diese Verhandlungsbereitschaft der FDR findet statt auf dem Hintergrund einer bestehenden militärischen Pattsituation. Seit dem Scheitern der Großoffensive der revolutionären Kräfte im Januar ist es der salvadorianischen Armee nicht gelungen, entscheidende militärische Schläge gegen die befreiten Gebiete im Norden und Nordosten des Landes durchzuführen. Es ist der FDR und ihrem militärischen Arm, der FMLN, aber auch nicht gelungen, ihre Stellungen in den Städten zu stärken. Die Operationen gegen die Städte beschränken sich auf Anschläge gegen militärische und Versorgungseinrichtungen, so z.B. in der vergangenen Woche gegen das Elektrizitätswerk von El Salvador. Obwohl die von den USA an die Junta gelieferten Hubschrauber ihr ermöglichen, großangelegte Flächenbombardierungen gegen die Dörfer im Norden und Nordosten durchzuführen, gelingt es ihnen nicht, die
nen geschah zu einem Zeitpunkt, als der libanesische Ministerpräsident Wazzan gerade seine Verhandlungen mit der syrischen Regierung in Damaskus abgeschlossen und sie als ,,nützlich und fruchtbar'' bezeichnet hatte. Zugleich war der syrische Außenminister Khaddam in Beirut eingetroffen, um mit den Führern der ,,Libanesischen Front'', Chamoun und Gemayel, die Lage zu besprechen, also mit den ,,Christen'', als deren Schutzmacht Israel die syrischen Hubschrauber abgeschossen hat. Es ist also weder spekulativ noch verfehlt zu sagen, mit der Berufung auf die ,,Schutzgarantie'' will Israel offensichtlich eine mögliche Verhandlungslösung, die eventuell zu einer Beruhigung der Lage führen könnte, torpedieren. Der status quo, den Israel im Libanon erhalten sehen will, ist der eines permanenten Kriegszustandes, der ihm als Vorwand dient, den südlichen Teil des Landes mit den wichtigsten palästinensischen Flüchtlingslagern und Stützpunkten der PLO ungehindert unter Beschuß zu nehmen und bei Bedarf den Aktionsradius seiner Luftwaffe über den ganzen Libanon auszudehnen. Die Spekulation, daß es sich dabei um einen Versuch der Regierung Begin handele, ihre Wahlchancen zu verbessern, ist von untergeordneter Bedeutung. Über das strategische Ziel der Säuberung des Südlibanon von den Palästinensern, was unter ,,Schutz der israelischen Norgrenze'' firmiert, sind sich Regierung und Opposition einig.
kann nur im Interesse Israels liegen. Schließlich hat Ägypten die für Israel entscheidenden ökonomischen und politischen Zugeständnisse erbracht: Öllieferungen als ,,Ersatz'' für die Sinai-Ölfelder, die Normalisierung der Beziehungen zwischen beiden Staaten und die damit verbundene Schwächung der einheitlichen arabischen Kampffront auf der Seite des palästinensischen Volkes. Israel hat seine Truppen noch in dem strategisch wichtigen Teil der Sinai-Halbinsel stationiert und macht den vereinbarten vollständigen Abzug 1982 von der Stationierung von 4000 amerikanischen Soldaten dort abhängig.
Offensichtlich hat sowohl die Lage im Libanon als auch die Nahostpolitik der Reagan-Regierung der SU wieder
,,antisowjetische Front'' geworden ist.
Man muß aber diese progagandistischen Erfolge der SU genau anschauen: Der kuwaitische Außenminister hat zwar den Vorschlag Breschnews begrüßt, aber es ist unwahrscheinlich, daß Kuweit, dessen Politik eng mit der von Saudiarabien zusammenhängt, das auch auf der Islamischen Konferenz den sowjetischen Einmarsch in Afghanistan verurteilt hat, sich zu einem verläßlichen Stützpunkt der SU entwickelt. Was Gaddafi anbetrifft, so war der Besuch für die Kremlzaren an einem entscheidenden Punkte eine herbe Enttäuschung: Gaddafi hat die Unterschiede in der Haltung der SU und Libyens in der Palästinafrage betont und lediglich zugesagt, den sowjetischen Vorschlag zu überprüfen.



Ein alter Mann verläßt sein Haus in Ostbeirut, um sich in Sicherheit zu bringen

Afghanistan: Kämpfe überall sowjetische Verstärkungen

gek. Noch geisterhafter als im Vorjahr fielen die ,,Revolutionsfeiern'' am 27. April in Kabul aus. Die Rebellengruppen sind überall im Land – in wenigstens 20 der 29 Provinzen – zu Angriffen auf die russischen Besatzungstruppen und ihnen verbliebenen Hilfstruppen übergegangen. Anfang April hat das sowjetische Expeditionskorps 20000 Mann Verstärkung erhalten. Teilweise handelt es sich um weitere Anti-Guerilla-Einheiten (,,Schwarze Berets''), teils um reguläre Truppen. Diese letzteren haben einen Großteil der um Kabul liegenden vier afghanischen Divisionen entsetzt, die nach Kandahar und Herat entsandt worden sind, den beiden größten Städten im Osten und Westen des Landes, in denen wieder offene Kämpfe aufgeflammt sind. In Kandahar sind Rebellengruppen am hellichten Tag bewaffnet auf den Straßen gesehen worden. Der Abzug der afghanischen Truppen um Kabul, wo es ebenfalls in letzter Zeit zu regelmäßigen Attentaten auf hohe Funktionäre des Regimes und russische Offiziere gekommen ist, wird teilweise auch im Zusammenhang mit der wachsenden Unzuverlässigkeit dieser Truppen gesehen. Mehrere hohe Regierungsfunktionäre sind in den letzten Wochen aus dem Land geflüchtet.

Kampuchea-Konferenz voraussichtlich Anfang Juli

lup. Die von der UNO-Generalversammlung geforderte Kampuchea-Konferenz soll jetzt voraussichtlich Anfang Juli stattfinden, erklärte UN-Generalsekretär Waldheim gegenüber dem thailändischen Außenminister Siddhi Sawetasila. Zweck dieser Konferenz ist der Abzug der vietnamesischen Truppen aus Kampuchea und die Durchführung allgemeiner Wahlen unter Aufsicht der UNO. Die Einberufung dieser Konferenz, die von der Regierung des Demokratischen Kampuchea unterstützt wird, war vor allem am hinhaltenden Widerstand Waldheims gescheitert, der eher bereit zu sein schien, vietnamesischen und sowjetischen Manövern nachzugeben. – Sihanouk hat am 29.4. während eines Besuchs in Beijing erklärt, er sei zur Zusammenarbeit mit anderen Widerstandskräften bereit. Die bei den Gesprächen mit Khieu Samphan erhobene Forderung, die Streitkräfte des Demokratischen Kampuchea müßten nach dem Abzug der Vietnamesen entwaffnet werden, hat Sihanouk inzwischen fallengelassen. Stattdessen hat er die Forderung nach Militärhilfe durch die USA und die VR China erhoben. Chinas Außenminister Huang Hua hat die Bereitschaft Chinas zu Waffenlieferungen an Sihanouk in bescheidenem Umfang unter der Voraussetzung erklärt, daß sich Sihanouk an einer Einheitsfront beteiligt und daß seine Truppen nicht gegen die Truppen des Demokratischen Kampuchea kämpfen.

Demonstration der Moudjahedin in Iran angegriffen

chm. Die sozialrevolutionäre islamische Organisation ,,Moudjahedin-e-Khalk'', Moudjahedin des Volkes, rief vergangene Woche zu einer Demonstration in Teheran auf als Protest gegen die Ermordung von fünf ihrer Mitglieder in der im Norden des Iran liegenden Stadt Isfahan. Dem Aufruf folgten etwa 200000 Menschen. In der Nähe der US-Botschaft wurde die Demonstration von Einheiten der Polizei und der Revolutionsgarden angegriffen. Es kam zu einer Schießerei, bei der mehrere Teilnehmer der Demonstration verwundet wurden. – Ebenfalls in der vergangenen Woche wurde wurde das Verbot gegen die Zeitschrift Mizan, die vom ehemaligen Ministerpräsidenten Bazargan herausgegeben wird, aufgehoben. Das Verbot bestand seit 14 Tagen.

Sozialisten und Kommunisten Spaniens fordern Referendum

chm. Die im spanischen Parlament vertretenen Abgeordneten der Sozialistischen Partei, PSOE, übten Kritik an Ministerpräsidenten Calvo Sotelo, weil er und die Regierungspartei die Entscheidungen über den Beitritt Spaniens zu NATO forcierten. Sie forderten eine öffentliche Diskussion über die Frage und einen Volksentscheid, oder aber die Verschiebung der Entscheidung bis nach den Parlamentswahlen im Jahre 1983. Die Kritik der PSOE bezieht sich ebenfalls auf die Unfähigkeit der Regierung, die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen, die Inflationsrate zu senken und die für den Putsch vom 23. Februar Verantwortlichen zur Rechenschaft zu ziehen. Bisher hatte die PSOE sich der Kritik an der Regierungspolitik enthalten, um ihr eine Chance zu geben, die von ihr verfolgte Politik umzusetzen. – Der Forderung nach einem Volksentscheid über den NATO-Beitritt hat sich auch die PCE, die Kommunistische Partei Spaniens, angeschlossen.

Botha gewinnt erwartungsgemäß ,,Wahlen'' in Südafrika

lup. Wie erwartet hat die Partei des bisherigen Regimechefs Botha die ,,Wahlen'' in Südafrika gewonnen, an denen sich nur die weiße Minderheit beteiligen konnte. Allerdings verlor die ,,Nationale Partei'' 6 Sitze an die reformistische Opposition. Die ultrarassistische ,,Herstige Nationale Partei'' (HNP) und die Partei des ehemaligen Informationsministers Mulder sind aufgrund des Mehrheitswahlrechts zwar nicht im neuen Parlament vertreten, allerdings errang die HNP ein Rekordergebnis von 14% der abgegebenen Stimmen.

Die schwierige Solidarität mit Solidarność

gek. Die Unterstützungsbewegung in Westdeutschland für die Arbeiter- und Volksbewegung in Polen entwickelt sich nur zögernd, und man muß sich fragen, woran das liegt. Die Sachlage ist die, daß der DGB und die Einzelgewerkschaften nach wie vor jede sichtbare Unterstützung von ,,Solidarność'' vermeiden. Eine Delegation der neuen, unabhängigen polnischen Gewerkschaft saß auf dem DGB-Programmkongreß unter den Gästen, neben einer Delegation der alten Staatsgewerkschaften. Aber das wurde nicht als größeres Ereignis behandelt, eher das Gegenteil. Der DGB-Vorsitzende Vetter hat Anfang Februar bestätigt, daß eine Einladung an die Führung der ,,Solidarność'' zu einem Besuch in der BRD ergangen sei. Eine Delegation des DGB habe keine Visa für einen Besuch in Polen erhalten, sagte er. Aber seither war nichts mehr zu hören. Ganz offenbar bemüht sich der DGB nicht besonders um die Herstellung fester und in beiden Richtungen nutzbarer Kontakte. Stattdessen wird zu verstehen gegeben, man schiebe ,,Solidarność'' via Schweden durch Vermittlung des IBFG den einen oder anderen Geldbetrag über den Tisch. Man mache halt ,,kein Aufhebens'' davon, hat Loderer im Februar vor den Betriebsräten und Funktionären von Hanomag in Hannover gesagt. Wir müßten ,,wegen der deutschen Vergangenheit mit unserer Hilfe vorsichtig sein''.

Darüber ließe sich ja diskutieren – ob es so ist, oder nicht umgekehrt. Aber ein Blick in die Gewerkschaftspresse der letzten Monate zeigt sowieso, daß seitens der Sozialdemokraten in den Gewerkschaften mehr dahinter steckt. Das einzige, was sich seit Jahresanfang überhaupt finden läßt, war ein Artikel in der ,,Welt der Arbeit'' vom Februar mit dem schon fast höhnischen Titel: ,,Volle Beutel, leere Taschen''. Und dann ein Artikel in der Mai-Nummer der ,,metall'', Titel: ,,Polen in Not''. Darin heißt es: ,,Nach mehr als acht Monaten ständiger Spannungen und Konflikte macht sich in Polen zusehends ein Zustand der allgemeinen Erschöpfung bemerkbar, ohne daß das Land freilich zur Ruhe kommen würde.'' Walesa wird zitiert, der vor Hitzköpfen in seiner Gewerkschaft warnt, und General Jaruzelski, der vom Sejm ein zweimonatiges ,,Streikverbot'' gefordert habe und sagte: ,,Welche Sicherheit gibt es, daß man nicht eines Tages hinabstürzt?'' Antwort des ,,metall''-Redakteurs: ,,Nun, in Polen gibt es diese Sicherheit schon lange nicht mehr, jeder weitere Konflikt bedeutet einen großen Schritt auf den Abgrund zu.'' Polen stehe vor einer ,,Hungersnot''.

Alle die großen Errungenschaften der sozialen und demokratischen Bewegung in Polen werden hier mit kaum verhülltem Mißvergnügen auf „acht Monate ständiger Spannungen und Konflikte'' reduziert (woraus resultieren denn die Spannungen und Konflikte?!). Und die Wirtschaftskrise wird den Kämpfen der Arbeiter angerechnet – als wären nicht umgekehrt diese Kämpfe entsprungen aus dem Bankrott des herrschenden Regimes, gerade auch dem Wirtschaftsbankrott.

Diese Linie für die sozialdemokratischen Gewerkschafter hat Willy Brandt in einem langen Interview in der ,,Frankfurter Rundschau'' am 19. Dezember ausgegeben, worin er sich zunächst ausführlich über die ,,Krise im Frühjahr'' in Polen verbreitet, die kommen müsse, weil: ,,Mir war schon bei Abschluß der Abkommen in Danzig schleierhaft, wie die polnische Regierung den materiellen Versprechungen gerecht werden wollte.'' Zur Solidarität mit der polnischen Arbeiterbewegung erklärt er dann: ,,Für mich ist der Angelpunkt das Verhältnis zwischen den beiden Weltmächten ... Ich möchte nicht, daß wir mit Worten anstelle von andern tapfer sind. Das ist eine schlechte Arbeitsteilung, wenn Leute in Polen den Buckel hinhalten, während wir dazu starke Worte machen. Um es konkreter zu sagen: wenn die amerikanische Gewerkschaft der ‚Solidarität' 25000 Dollar zukommen läßt, dann kann ich es vom Prinzip und von der Gesinnung her überhaupt nicht beanstanden. Ob das vernünftig ist, kann man sehr wohl bezweifeln ... Ich habe meinen Freunden in den Gewerkschaften, soweit sie mich gefragt haben, geraten, Rücksicht zu nehmen, daß man mit ungebetener, voreiliger, wahlloser Form von noch so wohlgemeinter Solidarität nicht hilft. Die moralische Unterstützung ist im Moment sehr viel mehr wert.'' – Die ,,moralische Unterstützung'' Brandts ist ein warmer Händedruck und folgendes Kompliment für die Führung von ,,Solidarność'': ,,Wo Polen liegt, das wissen sie, wo andere Länder liegen, das wissen sie auch. Was geht und was nicht geht, klingt deutlich durch bei dem, was sie sagen.''

Wenn man dieses Kompliment als *Aufforderung* an ,,Solidarność'' liest, dann hat man den Sinn dieser Politik wohl am richtigsten erfaßt. Brandt rät, auf gut deutsch gesagt, dazu, diese ganze Bewegung in Polen *nicht* zu ermutigen, angeblich, um sie in den Augen der Sowjetunion nicht zu kompromittieren. Dazu dient ihm das ganz unpassende Beispiel mit den lumpigen 25000 Dollar des AFL/CIO.

Die ganze Argumentation ist geprägt vom Schielen auf die Sowjetunion, von der Anerkennung ihrer Hegemonie über Polen, der sich auch die polnischen Arbeiter gefälligst zu fügen haben, um nicht die deutsch-russischen Geschäftsbeziehungen zu stören, wie natürlich auch die Geschäfte mit Polen selbst. Für Brandt ist eben ,,der Angelpunkt das Verhältnis zwischen den beiden Weltmächten'', und sowohl der westdeutschen wie der polnischen Arbeiterbewegung rät er, sich bestenfalls in den Konflikten der beiden Supermächten *durchzupissen*.

Von dieser Position des offenen Mißtrauens gegen die ganze Bewegung in Polen wird in den DGB-Gewerkschaften, im Zusammenwirken mit dem Teil des Funktionärskörpers, der der DKP nahesteht, die praktische Solidarität sabotiert. Und ziemlich wirksam, wobei im Mißtrauen gegen den angeblich nationalistisch-katholisch-rückständigen Charakter der Bewegung, mit dem die DKP hausiert, ein gutes Stück preußisch-deutscher Ressentiments gegen die Polen und ihre ,,polnische Wirtschaft'' mitschwingt, wie das in der DDR jetzt offen gepflegt wird. Etliche unserer Linken, denen Polen auch nicht ins Weltbild paßt, sehen das so ähnlich.

Jede Unterstützungsbewegung in den Gewerkschaften, an den Universitäten etc., kann sich also nur im Kampf mit solchen Auffassungen entwickeln. Sie muß über den zutiefst fortschrittlichen und demokratischen Charakter der Bewegung aufklären, und sie muß klarmachen, welche gewaltige Chance die Entwicklung in Polen für die Lage in Europa bildet: für die Einleitung einer Bewegung gegen die beiden Militärblöcke in Westeuropa *und* in Osteuropa.

Soweit sich eine Solidaritätsbewegung mit der polnischen Arbeiter- und Volksbewegung in den Gewerkschaften und auf örtlicher Ebene bisher entwickelt hat, liegt auch genau darin ihre Schwäche. Die größte Bedeutung in der westdeutschen Solidaritätsbewegung hat die Initiatvie, die von den früheren IGM-Funktionären Jakob Moneta, Heinz Brandt und einigen andern in Zusammenwirken mit der ,,Gruppe internationaler Marxisten'' unter der Losung ,,Solidarität mit Solidarność'' im November ergriffen wurde. Zu diesem 1. Mai ist der Aufruf noch einmal neu aufgelegt worden, mit einigen hundert Unterschriften von Gewerkschaftern und namentlich verantwortet und getragen von Ingeborg Drewitz, Westberlin; Jakob Moneta, Frankfurt; Peter von Oertzen, Hannover; Heinz Brandt, Frankfurt; und Willi Scherer, Gelsenkirchen. Darin heißt es:

,,Bis heute hat sich die überwältigende Mehrheit des polnischen Volkes dem Prozeß der Demokratisierung und Selbstbestimmung, der im August 1980 einsetzte, angeschlossen. Millionen Arbeiter, Bauern und Studenten sind heute Mitglieder in der neuen unabhängigen Gewerkschaft ‚Solidarität' (Solidarność) bzw. den mit dieser verbundenen Organisationen ‚Landsolidarität' und NSZ. – Wir halten es für dringend erforderlich, in dieser Situation und angesichts der ständigen Drohung mit einer sowjetischen Intervention dieses Prozesses Partei zu ergreifen – für Solidarność. Dies ist ein einfaches Gebot der internationalen Solidarität der Arbeiterbewegung; dem kommt jedoch auch eine besondere Bedeutung zu angesichts der deutsch-polnischen Geschichte. – Für die Solidaritätsarbeit ist insbesondere die Herstellung einer Solidarität der Arbeiterorganisationen und der Gewerkschaften erforderlich ... Kolleginnen und Kollegen, wir appellieren an Euch, diesen Aufruf zu verbreiten und zu unterstützen, in Betrieb, Büro und Gewerkschaften Öffentlichkeit und Solidarität für Solidarność herzustellen, uns die Organisierung weiterer materieller Spenden zu ermöglichen und direkt Kontakt mit den polnischen Kolleginnen und Kollegen aufzunehmen.''

Im Aufruf selbst wird Solidarność insbesondere auch als ein ,,Beispiel sozialistischer Demokratie'' gewürdigt. Er enthält eine Aufforderung an den DGB, offizielle Beziehungen herzustellen. Das Ziel der Geldsammlung sind, entsprechend mit ,,Solidarność'' getroffener Vereinbarungen: eine Druckausrüstung für NTO, die Zeitung der Gewerkschaftssektion der wissenschaftlichen, technischen und Kulturarbeiter in Warschau; ein IBM-Composer für das Regionalkomitee in Warschau; und ein Kopiergerät für das Regionalkomitee in Wroclaw.

Der Widerhall auf diesen Aufruf ist nicht gerade überwältigend. Es haben sich eine Reihe öffentlicher Komitees und Initiativen gebildet, so in Bremen, Hamburg, Westberlin, Hannover, Köln, Frankfurt, Saarbrücken. In einigen Fällen gab es auch davon unabhängige Initiativen; es gab und gibt, wie immer bei so etwas, ein wenig politische Geschäftemacherei. Darauf kommt es jetzt nicht an. Inzwischen sind die Mehrzahl der Initiativen unter einem Hut, es gibt ein gemeinsames Konto und im großen und ganzen eine gemeinsame Plattform, nämlich die oben zitierte. Freilich, der Spendenstand von nicht mehr als 6000 DM (wovon eine erste Druckmaschine für Warschau gekauft werden konnte), ist beschämend gering.

Ich zähle das allerdings auch zu den praktischen Versäumnissen unserer Politik. Wir sollten uns auf der Plattform der Solidaritätsarbeit, die es gibt, mit den vorhandenen Initiativen zusammenschließen, selbst Initiativen ergreifen. Und im Zuge dessen müssen wir beitragen, die politische Beschränktheit dieser Plattform zu überwinden, die dem unterschwelligen Mißtrauen gegenüber der polnischen Bewegung als ,,Störenfried'' im Blockgleichgewicht nicht ausreichend entgegenwirken kann. Unsere eigenen Veranstaltungen zu Polen (ich habe vor ca. 1500 Interessierten in 15 Orten gesprochen) und die Aufklärungsarbeit mit dem Buch ,,Freiheit, Unabhängigkeit und Brot'' bieten dafür eine gewisse Basis.

Spendenkonto: Frider Stichler
Volksbank Frankfurt, BLZ 50190000
Kto. Nr.: 00/75300–9, Stichwort: Solidarność

Adresse: Solidarität mit Solidarność
Postfach 119266, 6000 Frankfurt/M.

mah. Am Abend des 16. März besetzten in Neapel ca. 300 Arbeitslose das Gewerkschaftshaus; in der Nacht wurden die Besetzer unter brutalem Polizeieinsatz rausgeworfen; 196 wurden verhaftet. Arbeitslosenbewegung und Gewerkschaftsbewegung scheinen tief gespalten.

Warum eine Besetzung ausgerechnet des Gewerkschaftshauses? Kümmer-

hen gegeben, man schiebe ,,Solidarność'' via Schweden durch Vermittlung des IBFG den einen oder anderen Geldbetrag über den Tisch. Man mache halt ,,kein Aufhebens'' davon, hat Loderer im Februar vor den Betriebsräten und Funktionären von Hanomag in Hannover gesagt. Wir müßten ,,wegen der deutschen Vergangenheit mit unserer Hilfe vorsichtig sein''.

Darüber ließe sich ja diskutieren – ob es so ist, oder nicht umgekehrt. Aber ein Blick in die Gewerkschaftspresse der letzten Monate zeigt sowieso, daß seitens der Sozialdemokraten in den Gewerkschaften mehr dahinter steckt. Das einzige, was sich seit Jahresanfang überhaupt finden läßt, war ein Artikel in der ,,Welt der Arbeit'' vom Februar mit dem schon fast höhnischen Titel: ,,Volle Beutel, leere Taschen''. Und dann ein Artikel in der Mai-Nummer der ,,metall'', Titel:

Italiens Gewerkschaften für neue Strategie im Süden

Kämpfe der Arbeitslosen im Erdbebengebiet zeigen Mängel des bisherigen Konzepts

beauftragt sie – wie in der Region Campania – dieselben Bauspekulanten mit den Gutachten über die baulichen Schaden, die für die vom Erdbeben weggefegten Sandhäuser verant-

den Kämpfen der Arbeiter angerechnet – als wären nicht umgekehrt diese Kämpfe entsprungen aus dem Bankrott des herrschenden Regimes, gerade auch dem Wirtschaftsbankrott.

Diese Linie für die sozialdemokratischen Gewerkschafter hat Willy Brandt in einem langen Interview in der ,,Frankfurter Rundschau'' am 19. Dezember ausgegeben, worin er sich zunächst ausführlich über die ,,Krise im Frühjahr'' in Polen verbreitet, die kommen müsse, weil: ,,Mir war schon bei Abschluß der Abkommen in Danzig schleierhaft, wie die polnische Regierung den materiellen Versprechungen gerecht werden wollte.'' Zur Solidarität mit der polnischen Arbeiterbewegung erklärt er dann: ,,Für mich ist der Angelpunkt das Verhältnis zwischen den beiden Weltmächten ... Ich möchte nicht, daß wir mit Worten anstelle von andern tapfer sind. Das ist eine schlechte Arbeitsteilung, wenn

angeblich Schiebereien und Einfluß von persönlichen Beziehungen bei Einstellungen verhindern und dafür ,,objektive Kriterien'' bieten. Abgesehen davon, daß die Schiebereien nun da-

natürlich auch die Geschäfte mit Polen selbst. Für Brandt ist eben ,,der Angelpunkt das Verhältnis zwischen den beiden Weltmächten'', und sowohl der westdeutschen wie der polnischen Arbeiterbewegung rät er, sich bestenfalls in den Konflikten der beiden Supermächten *durchzupissen*.

Von dieser Position des offenen Mißtrauens gegen die ganze Bewegung in Polen wird in den DGB-Gewerkschaften, im Zusammenwirken mit dem Teil des Funktionärskörpers, der der DKP nahesteht, die praktische Solidarität sabotiert. Und ziemlich wirksam, wobei im Mißtrauen gegen den angeblich nationalistisch-katholisch-rückständigen Charakter der Bewegung, mit dem die DKP hausiert, ein gutes Stück preußisch-deutscher Ressentiments gegen die Polen und ihre ,,polnische Wirtschaft'' mitschwingt, wie das in der DDR jetzt offen gepflegt wird. Etliche unserer Linken, denen

Kapitalisten zu einer Industrialisierung des Südens verpflichten, trotz ungünstigerer Verwertungsbedingungen für das Kapital; Nutzung der natürlichen Ressourcen der südlichen Gebiete ins-

beiter, Bauern und Studenten sind heute Mitglieder in der neuen unabhängigen Gewerkschaft ‚Solidarität' (Solidarność) bzw. den mit dieser verbundenen Organisationen ‚Landsolidarität' und NSZ. – Wir halten es für dringend erforderlich, in dieser Situation und angesichts der ständigen Drohung mit einer sowjetischen Intervention dieses Prozesses Partei zu ergreifen – für Solidarność. Dies ist ein einfaches Gebot der internationalen Solidarität der Arbeiterbewegung; dem kommt jedoch auch eine besondere Bedeutung zu angesichts der deutsch-polnischen Geschichte. – Für die Solidaritätsarbeit ist insbesondere die Herstellung einer Solidarität der Arbeiterorganisationen und der Gewerkschaften erforderlich ... Kolleginnen und Kollegen, wir appellieren an Euch, diesen Aufruf zu verbreiten und zu unterstützen, in Betrieb, Büro und Gewerkschaften Öffentlichkeit und Solidarität

derungen, auch für Neapel, heute im wesentlichen übrig geblieben ist, ist die Forderung nach besserer Qualifikation



form der Solidaritätsarbeit, die es gibt, mit den vorhandenen Initiativen zusammenschließen, selbst Initiativen ergreifen. Und im Zuge dessen müssen wir beitragen, die politische Beschränktheit dieser Plattform zu überwinden, die dem unterschwelligen Mißtrauen gegenüber der polnischen Bewegung als ,,Störenfried'' im Blockgleichgewicht nicht ausreichend entgegenwirken kann. Unsere eigenen Veranstaltungen zu Polen (ich habe vor ca. 1500 Interessierten in 15 Orten gesprochen) und die Aufklärungsarbeit mit dem Buch ,,Freiheit, Unabhängigkeit und Brot'' bieten dafür eine gewisse Basis.

Spendenkonto: Frider Stichler
Volksbank Frankfurt, BLZ 50190000
Kto. Nr.: 00/75300–9, Stichwort: Solidarność

Adresse: Solidarität mit Solidarność
Postfach 119266, 6000 Frankfurt/M.

Italiens Gewerkschaften für neue Strategie im Süden

Kämpfe der Arbeitslosen im Erdbebengebiet zeigen Mängel des bisherigen Konzepts

mah. Am Abend des 16. März besetzten in Neapel ca. 300 Arbeitslose das Gewerkschaftshaus; in der Nacht wurden die Besetzer unter brutalem Polizeieinsatz rausgeworfen; 196 wurden verhaftet. Arbeitslosenbewegung und Gewerkschaftsbewegung scheinen tief gespalten.

Warum eine Besetzung ausgerechnet des Gewerkschaftshauses? Kümmerlich erscheint die Theorie einiger Gewerkschafts- und KPI-Funktionäre, die Arbeitslosen seien im wesentlichen willenloses Instrument von Mafia-Provokateuren und Faschisten, die gegen die Gewerkschaft und den KPI-Gemeinderat hetzen. Tatsächlich gibt es solche Kräfte innerhalb der Bewegung; von den 17 Arbeitslosenkomitees werden ein paar direkt von der DC und den Faschisten unterstützt. Die Wut der über 100000 Arbeitslosen auf die Regierung, aber auch auf die Gewerkschaften und die linken Parteien läßt sich damit nicht erklären und Selbstkritik macht sich inzwischen insbesondere in den Reihen der Gewerkschaften breit. Die im Gewerkschaftshaus verhafteten Arbeitslosen waren durchschnittlich 22–23 alt, proletarischer Herkunft, einige Mitglieder der KPI.

In Neapel konzentrierte sich schon vor dem Erdbeben 80% der Arbeitslosigkeit der Region Campania. Hatte das Erdbeben hier verhältnismäßig wenige Todesopfer gefordert, so hat es die Lage der neapolitanischen Bevölkerung bis ins Unerträgliche verschärft: die meisten Häuser sind beschädigt, viele Straßen in der Innenstadt noch gesperrt, die meisten Schulen geschlossen und von den Obdachlosen (in Neapel allein 100000) bewohnt; die kleinen Geschäftsleute, halblegale Kleinhändler und Gelegenheitsverkäufer – aus der Innenstadt vertrieben – vermehren die Reihen der Arbeitslosen. Die Regierung hat noch keinen Plan zum Wiederaufbau der Erdbebengebiete zustande gebracht; statt auf die Forderungen der Kommunen und der von der Bevölkerung gebildeten Wiederaufbaukomitees einzugehen, beauftragt sie – wie in der Region Campania – dieselben Bauspekulanten mit den Gutachten über die baulichen Schaden, die für die vom Erdbeben weggefegten Sandhäuser verantwortlich sind. Arbeitsminister Foschi hatte im Februar, unter dem Druck der Straßenkämpfe in Neapel, den Vertretern der Arbeitslosenkomitees Tausende von Umschulungskursen und bis Ende Mai ca. 10000 Arbeitsplätze versprochen. Nichts davon ist geschehen und kein Mensch glaubt tatsächlich daran, daß Foschi bis Ende Mai 10000 Arbeitsplätze herbeizaubern wird.

Stattdessen hat die Regierung als großartige ,,Reform die Einrichtung von offiziellen Arbeitslosenlisten bei den Arbeitsämtern beschlossen, nach deren Reihenfolge die Kapitalisten Neueinstellungen vornehmen müssen; das soll angeblich Schiebereien und Einfluß von persönlichen Beziehungen bei Einstellungen verhindern und dafür ,,objektive Kriterien'' bieten. Abgesehen davon, daß die Schiebereien nun darum gehen, wer nach oben in die Liste rutscht, ist eine solche Maßnahme kaum zur Abmilderung der Arbeitslosigkeit geeignet (die Kapitalisten in und um Neapel entlassen weiter, allein bei Ire-Philips und bei Remington stehen gerade 7000 Entlassungen an). Durchsetzen konnten die Komitees nur, daß die angemeldeten Arbeitslosen zwischen 18 und 29 Jahren – auch wenn sie noch nie gearbeitet haben – eine Arbeitslosenunterstützung von 6000 Lire (ca. 12 DM) pro Tag bis zum Ende des Jahres bekommen.



Die Arbeitslosen in Neapel fühlen sich von der Regierung betrogen und von den Gewerkschaften CGIL, CISL und UIL in Stich gelassen. Denn diese sind einerseits gegenüber den Forderungen der Arbeitslosen äußerst kritisch: die Forderung, nach der die in den Kampfkomitees organisierten Arbeitslosen Priorität bei Einstellungen gegenüber den anderen haben sollen, lehnen sie als spalterisch ab; in der Forderung nach einer staatlichen Arbeitslosenhilfe für alle Arbeitslosen – unabhängig von früheren Arbeitsverhältnissen – sehen sie einen ,,Sozialhilfeempfänger-Standpunkt'', der der Arbeiterbewegung fremd sei. Die Kritik ist sicher nicht aus der Luft gegriffen. Das Problem, das zunehmend auch in den Gewerkschaften gesehen wird, ist aber, daß weder sie noch die Parteien der Linken zu diesen Forderungen eine brauchbare Alternative erarbeitet haben.

Das gewerkschaftliche Konzept für den Süden, das Anfang der siebziger Jahre entwickelt wurde, lautete im wesentlichen: durch gewerkschaftliche Kontrolle über die Investitionen die Kapitalisten zu einer Industrialisierung des Südens verpflichten, trotz ungünstigerer Verwertungsbedingungen für das Kapital; Nutzung der natürlichen Ressourcen der südlichen Gebiete insbesondere durch eine Modernisierung der Landwirtschaft. Wohl wurde in diese Richtung in den letzten zehn Jahren etwas erreicht, gleichzeitig ließ die Entwicklung im Süden dieses gewerkschaftliche Konzept an seine Grenzen stoßen: weder wurden die angesiedelten Betriebe von der Krise geschont, noch hat sich die Lage der armen und mittleren Bauern verbessert. Die Ansiedlung von Industrie ohne die Entwicklung von entsprechenden Infrastrukturen hat die Lage der Bevölkerung in mancher Hinsicht sogar verschlechtert. Sicher hat sie auch die Herausbildung eines kämpferischen Proletariats in dem Süden hervorgebracht, das einen entscheidenden Faktor für den Fortschritt der italienischen Arbeiterbewegung darstellt. Sicher haben sich die süditalienischen Bauern verändert und entsprechen nicht den Bildern, die zu gerne in Presse und Fernsehen auch hier in Westdeutschland gezeigt werden: schwarze Kopftücher, Vertrauen in die himmlischen Kräfte, ansonsten wenig Ahnung. Dort, wo es zu genossenschaftlichen Zusammenschlüssen im Kampf gegen die Latifundien der Großgrundbesitzer gekommen ist, kam es auch zu Fortschritten in der Landwirtschaft. Wo es nach dem Erdbeben Wiederaufbau in den betroffenen Gebieten gab, kam das auf Initiative der dortigen Bevölkerung, meistens durch die Gemeinderegierungen unterstützt.

Doch weder konnte das gewerkschaftliche Konzept die Arbeitslosigkeit mildern, noch den Gegensatz zwischen Stadt und Land und die Ausblutung durch die Emigration verhindern. Was von den gewerkschaftlichen Forderungen, auch für Neapel, heute im wesentlichen übrig geblieben ist, ist die Forderung nach besserer Qualifikation



der Arbeitskraft – durch Umschulungs- und Fortbildungsmaßnahmen –, was mittelfristig nützlich ist, aber die Chance der Arbeitslosen, jetzt einen Arbeitsplatz zu bekommen, kaum verbessert. Die Forderung nach einer ,,echten'' Reform der Einstellungsverfahren ist höchstens dazu geeignet, den vorhandenen Mangel an Arbeitsplätzen ,,gerechter'' zu verteilen. Doch gerade jetzt – und nicht zuletzt wegen der Kämpfe der neapolitanischen Arbeitslosen – wird in den Gewerkschaften die Debatte um eine geeignete Strategie verstärkt geführt. Das Bewußtsein, das die Arbeitslosen nicht einfach ,,Bündnispartner'', sondern fester Bestandteil des Proletariats sind, ist stärker geworden. Nach der Besetzung des Gewerkschaftshauses ist es sowohl bei den Arbeitslosenkomitees als auch in den Gewerkschaften zu selbstkritischen Stimmen gekommen: viele Arbeitslosenkomitees kritisierten die Aktion, da sie für die notwendige Auseinandersetzung mit und in der Gewerkschaft schädlich sei und den wahren Gegner – die Regierung – schonen würde. Die Gewerkschaften haben ihrerseits jetzt beschlossen, daß alle Arbeitslosen vollberechtigte Mitglieder werden können. Ein Schritt, um die Einheit der Klasse zu festigen.

Grabenkämpfe um die Ausbildung zum Allgemeinarzt

Vor dem Ärztetag in Trier / Forderungen der ÖTV

hev. Die Durchfallquote von 56% bei der ärztlichen Vorprüfung dieses Jahres hat die Ausbildungsmisere beim Medizinstudium mit einem Mal grell beleuchtet. Die Zahl der Studienanfänger war 1979 mit 11500 mehr als doppelt so hoch wie 10 Jahre vorher, acht Mal mehr Ärzte verließen 1979 die Universität als noch 1960. Die explosionsartige Entwicklung dieser Zahlen hat aber nur umso schärfer zutage gefördert, was das eigentliche Problem ist: die Qualität des Studiums und der weiteren Ausbildung der jungen Ärzte. Längst ist diese Frage nicht mehr nur ein Thema unter Insidern. Gewerkschaften, und hier besonders die ÖTV, Krankenkassen, die Presse aller Schattierungen haben sich eingemischt, was von einigen ärztlichen Standesorganisationen mit Sorge verfolgt wird. Der 84. Deutsche Ärztetag vom 19. bis 23. Mai in Trier steht unter erheblichem Zugzwang, verbindliche Vorschläge für die Ausbildung der praktischen Ärzte und Allgemeinärzte zu machen. Er wird sich fast ausschließlich mit diesem Thema befassen. Die alternativen Ärzte, die im letzten Jahr parallel zum Ärztetag in Berlin angetreten waren, treffen sich diesmal erst vom 30. September bis 4. Oktober in Hamburg.

Eigentlich dürfte das Problem so schwierig gar nicht zu lösen sein. Es geht um die Frage, was ein Student beim Abschluß seines Studiums können soll, bevor er auf die Menschheit losgelassen wird; in zweiter Linie dann die Frage, was ein Allgemein- oder praktischer Arzt können soll, bevor er, meist auf sich allein gestellt, als niedergelassener Arzt in der sogenannten Primärversorgung tätig werden darf. Klar ist, daß ein Patient, der bei uns zu 95% einer gesetzlichen Krankenversicherung angehört, sich lieber von einem gut ausgebildeten Arzt, der den Überblick über die wesentlichen Krankheiten hat, in Notfällen richtig eingreift, die Kooperation mit Spezialisten beherrscht und sich im Sozialversicherungsapparat auskennt, behandeln läßt als von einem, der an ihm irgendwas ohne Sinn und Verstand rumprobiert. Und trotzdem ist das Problem recht kompliziert. Dies liegt an den unterschiedlichen Interessen, mit denen die verschiedenen gesellschaftlichen Klassen und Gruppierungen in die Gesundheitsversorgung verwickelt sind.

Dazu einige Zahlen: Jeder Allgemeinarzt löst durch Arbeitsunfähigkeitsbescheinigungen im Jahr rund 4,7 Mio. DM an Kosten aus, von denen wegen der Lohnfortzahlung die „Arbeitgeber" 91%, die Kassen 9% tragen müssen. Dieser Brocken macht schon 85% aller vom Allgemeinarzt verursachten Kosten aus. Der Rest verteilt sich auf Arztkosten mit rund 365000 DM im Jahr (=6,5%), Arzneiverordnungen mit 190000 DM (=3,5%), Krankenhauseinweisungen mit 188000 DM und Überweisungen an andere Ärzte (1,5%). Wohlgemerkt, das sind Summen, die jeder einzelne der insgesamt 15297 praktischen und 11566 Allgemeinärzte veranlaßt. Inzwischen haben ein ganze Reihe von Untersuchungen bewiesen, daß gut ausgebildete und erfahrene Praktiker alles in allem billiger und effektiver arbeiten als solche, die sich bereits kurz nach dem Studium niederlassen und erst einmal zahlreiche, im wahrsten Sinne des Wortes, teure Fehler begehen.

Die Zahlen enthüllen überdeutlich, was sich sonst leicht hinter ethischen Beteuerungen aller Beteiligten verbirgt: starke materielle Interessen stehen bei der Debatte um die Ausbildung des Allgemeinarztes oder auch Basismediziners (eine Bezeichnung, die vor allem unter Studenten kursiert) auf dem Spiel. Das erklärt einen Teil des heftigen Grabenkampfes, der seit nun fast zwei Jahrzehnten um die ärztliche Approbationsordnung – das sind die gesetzlichen Regelungen zur Bestallung der Ärzte – und die Weiterbildung zum Allgemeinarzt tobt. Die Tatsache, daß im Sommersemester 1980 74700 Studenten der Humanmedizin gegenüber nur 47200 noch 1975 eingeschrieben waren, hat diese Auseinandersetzung weiter verschärft. Statistiker der Ärztekammern befürchten um die Mitte der 80er Jahre erstmals in der Geschichte der Bundesrepublik eine Medizinerarbeitslosigkeit von Massenumfang, und das ist sicherlich nicht nur ein Hirngespinst des ärztlichen Standes, wie dies von vielen Studenten der Medizin gesehen wird. Als Folge hoher Studentenzahlen wird ein starker Drang nur kurz oder gar nicht weitergebildeter Ärzte in die „freie Praxis" angenommen, da die Aufnahmekapazität der Krankenhäuser unter der Bedingung weiterer Schließungen und durch Kostendämpfung erzwungener Rationalisierung begrenzt sein wird.

Soweit der Hintergrund, auf dem sich die Debatte über Studiengänge und Weiterbildung abspielt. Den einen Pol bildet die Auffassung, daß das Medizinstudium alle Kenntnisse und Fertigkeiten vermitteln müsse, die ein Basisarzt in niedergelassener Tätigkeit braucht, und einen solchen Studiengang hätten alle Studenten zu durchlaufen. Das ist die Position vieler, meist fortschrittlicher Studenten und des Marburger Bundes. Auf dem anderen Pol die Auffassung des Fachverbandes Deutscher Allgemeinärzte (FDA): Die Tätigkeit des Allgemeinarztes sei zu bewerten wie die eines Facharztes und setze eine vergleichbare Weiterbildung voraus, sein Vorschlag vier Jahre, vorher keine Niederlassung möglich. Als Bonbon noch die Forderung nach besseren Honoraren als die für praktische Ärzte (ohne festgelegte Weiterbildung). Zwischen diesen beiden Polen tummeln sich zahlreiche Auffassungen, je nach Interessensstandpunkt: Die der Fachärzte, die bei weniger gut ausgebildeten Praktikern größeren Patientenzulauf erwarten (z.B. die Internisten) oder die des Hartmannbundes, der ein breites Spektrum niedergelassener Ärzte zu vertreten hat. Er befürwortet eine zweijährige Weiterbildung, bevor sich ein Arzt niederlassen darf, will diese Weiterbildung in keiner Weise reglementieren. Diese zwei Jahre scheint die Kompromißlösung zu sein, auf der sich der Ärztetag in Trier einigen kann, Vielleicht noch mit dem Zusatz, daß in den nächsten Jahren die Medizinerausbildung insgesamt überprüft und der Facharzt für Allgemeinmedizin verbindlich eingeführt werden soll.

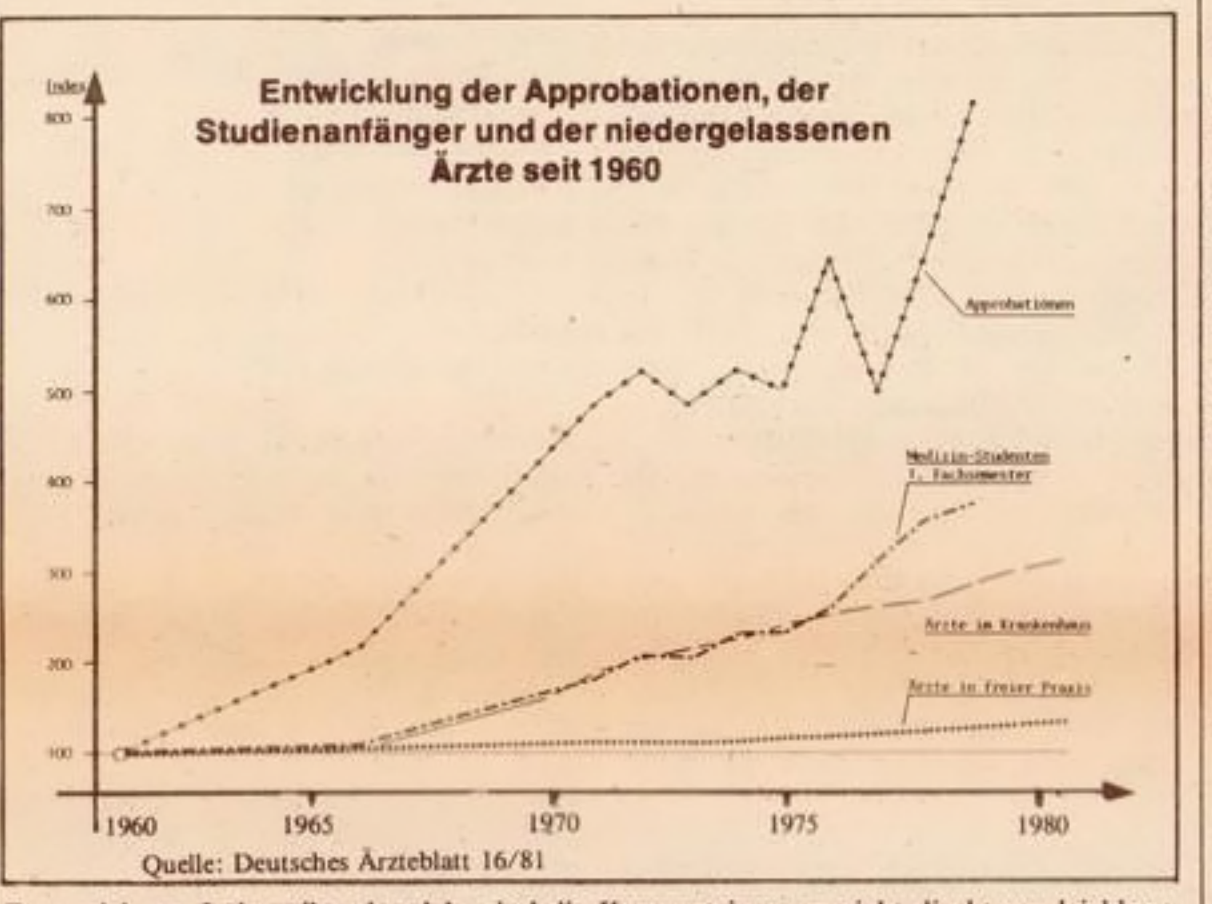
Was der Ärztetag beschließt, ist nicht ohne Bedeutung, denn es liegt in der Kompetenz der Ärztekammern, die Zwangskörperschaften des öffentlichen Rechts sind, über die Weiterbildung zu bestimmen. Und das hat auch Auswirkungen auf die Ausbildung der Studenten, die in der Kompetenz der Kultusminister liegt. Der Streit jedoch ist reichlich inhaltsleer. Es wird um Ausbildungs- und Weiterbildungszeiten gefeilscht, ohne diese Zeiten an Ausbildungsziele zu knüpfen. Dabei gehen dann gerade die Interessen der meist krankenversicherten Patienten flöten. Auf der Seite unten sind deshalb die Forderungen der ÖTV vom Mai 1980 ungekürzt wiedergegeben, weil hier wenigstens der Versuch einer solchen Verknüpfung gemacht wird und weil Konsequenzen gezogen werden, die mir vernünftig erscheinen.

Erstens geht die ÖTV davon aus, daß der ärztliche Hochschulabsolvent mit der Approbation „voll berufsfähig" sein muß, aber „wegen der besonderen Verantwortung ärztlicher Tätigkeit" unter Anleitung erfahrener Ärzte arbeiten soll. Das schließt solche Zwitter wie den früheren Medizinalassistenten aus, der nach dem Staatsexamen zwar schwer arbeiten, aber rechtlich eigentlich gar nichts machen durfte: und das behindert Versuche, Berufsanfängern vergleichsweise niedrige Löhne zu zahlen. Gleichzeitig bedeutet dies, daß das Studium alle Kenntnisse und Fähigkeiten für eigenverantwortliches Handeln vermitteln muß, eine Forderung, mit der sich die Medizinstudenten identifizieren und mit der sie den Kampf um eine ordentliche theoretische *und* praktische Ausbildung führen können.

Zweitens geht die ÖTV richtigerweise davon aus, daß der Arzt für Allgemeinmedizin nicht nur *eigenverantwortlich, sonder meist ohne die Möglichkeit kollegialer Beratung völlig selbständig (allein*verantwortlich) arbeiten muß. Und das auf einem wirklich schwierigen Gebiet, für das die ÖTV einige Kriterien nennt, ohne sich zeitlich schon festzulegen. Was sie sagt, ist, daß der Basisarzt gut ausgebildet *und* erfahren sein muß, was vollkommen im Interesse der Versicherten liegt.

Drittens verlangt die ÖTV einen rechtlichen Anspruch auf Weiterbildung zum Allgemeinarzt. Bisher konnte diese Weiterbildung vielfach deshalb nicht wahrgenommen werden, weil die Krankenhäuser kein Interesse zeigten, relativ kurz auf verschiedenen Abteilungen auszubildende Allgemeinmediziner zu beschäftigen und solche, die einen Facharzt anstrebten, vorzogen.

Und viertens fordert die ÖTV im Rahmen der Selbstverwaltung eine „Mitbestimmung bei der Qualitätssicherung" der Weiterbildung und deren Finanzierung. Dieses ist der Punkt, bei dem ein Aufschrei durch die ärztlichen Standesorganisationen ging, denn er besagt, daß die Krankenkasse den Kenntnisstand ihrer Vertragsärzte überprüfen kann, und macht Schluß mit dem Standesmonopol. Dazu muß man wissen, daß die Standesorganisationen immer nur unter starkem äußerem Druck sich zu „freiwilliger" Weiterbildung entschlossen haben und daß es bis heute noch keine Möglichkeit gibt, den Kenntnisstand von einmal niedergelassenen Ärzten zu überprüfen. Warum sollen das die Krankenkassen im Interesse ihrer Versicherten eigentlich nicht in die Hand nehmen? Die ÖTV ist sogar für „volle Bezahlung durch die Weiterbildungsstätte", was als wirkliche Förderung und nicht einfach Zwang zur Weiterbildung der niedergelassenen Ärzte aufgefaßt werden muß.



Da es sich um Indexreihen handelt, sind die Kurvensteigungen nicht direkt vergleichbar: Ausgangspunkte sind unterschiedlich hohe Absolutzahlen.

Vorschläge der Gewerkschaft ÖTV zur ärztlichen Weiterbildung (Mai 1980)

pen tätig sind. Er soll Kontakt- und Anlaufstelle für gesundheitliche Fragestellungen sein, die Kontinuität medizinischer Versorgung sicherstellen und sich gegenüber anderen Ärzten durch die besondere Kenntnis des gesamten sozialen Umfeldes (Familie, Wohnung, Arbeitsplatz) auszeichnen. Er soll Stö-

fentlichen Gesundheitsdienst und anderen Einrichtungen des Gesundheitswesens absolvieren. Diese Einrichtungen müssen sich
a) im Arbeits- und Lebensbereich des Patienten selbst befinden,
b) im Primärversorgungsbereich Aufgaben haben und

Die Dauer der Weiterbildung ist von den Erfordernissen des einzelnen Fachgebietes abhängig. Für die meisten Fachdisziplinen kann die Dauer verkürzt werden, wenn die bisherige Überfrachtung mit hochspezialisierten diagnostischen und therapeutischen Verfahren abgebaut wird.

rung angehört, sich lieber von einem gut ausgebildeten Arzt, der den Überblick über die wesentlichen Krankheiten hat, in Notfällen richtig eingreift, die Kooperation mit Spezialisten beherrscht und sich im Sozialversicherungsapparat auskennt, behandeln läßt als von einem, der an ihm irgendwas ohne Sinn und Verstand rumprobiert. Und trotzdem ist das Problem recht kompliziert. Dies liegt an den unterschiedlichen Interessen, mit denen die verschiedenen gesellschaftlichen Klassen und Gruppierungen in die Gesundheitsversorgung verwickelt sind.

Dazu einige Zahlen: Jeder Allgemeinarzt löst durch Arbeitsunfähigkeitsbescheinigungen im Jahr rund 4,7 Mio. DM an Kosten aus, von denen wegen der Lohnfortzahlung die „Arbeitgeber" 91%, die Kassen 9% tragen müssen. Dieser Brocken macht schon 85% aller vom Allgemeinarzt verursachten Kosten aus. Der Rest verteilt

Ärztekammern befürchten um die Mitte der 80er Jahre erstmals in der Geschichte der Bundesrepublik eine Medizinerarbeitslosigkeit von Massenumfang, und das ist sicherlich nicht nur ein Hirngespinst des ärztlichen Standes, wie dies von vielen Studenten der Medizin gesehen wird. Als Folge hoher Studentenzahlen wird ein starker Drang nur kurz oder gar nicht weitergebildeter Ärzte in die „freie Praxis" angenommen, da die Aufnahmekapazität der Krankenhäuser unter der Bedingung weiterer Schließungen und durch Kostendämpfung erzwungener Rationalisierung begrenzt sein wird.

Soweit der Hintergrund, auf dem sich die Debatte über Studiengänge und Weiterbildung abspielt. Den einen Pol bildet die Auffassung, daß das Medizinstudium alle Kenntnisse und Fertigkeiten vermitteln müsse, die ein Basisarzt in niedergelassener Tätigkeit

Studienanfänger und der niedergelassenen Ärzte seit 1960
1960 1965 1970 1975 1980
Quelle: Deutsches Ärzteblatt 16/81
Da es sich um Indexreihen handelt, sind die Kurvensteigungen nicht direkt vergleichbar: Ausgangspunkte sind unterschiedlich hohe Absolutzahlen.

Finanzierung. Dieses ist der Punkt, bei dem ein Aufschrei durch die ärztlichen Standesorganisationen ging, denn er besagt, daß die Krankenkasse den Kenntnisstand ihrer Vertragsärzte überprüfen kann, und macht Schluß mit dem Standesmonopol. Dazu muß man wissen, daß die Standesorganisationen immer nur unter starkem äußerem Druck sich zu „freiwilliger" Weiterbildung entschlossen haben und daß es bis heute noch keine Möglichkeit gibt, den Kenntnisstand von einmal niedergelassenen Ärzten zu überprüfen. Warum sollen das die Krankenkassen im Interesse ihrer Versicherten eigentlich nicht in die Hand nehmen? Die ÖTV ist sogar für „volle Bezahlung durch die Weiterbildungsstätte", was als wirkliche Förderung und nicht einfach Zwang zur Weiterbildung der niedergelassenen Ärzte aufgefaßt werden muß.

Vorschläge der Gewerkschaft ÖTV zur ärztlichen Weiterbildung (Mai 1980)

1. Ziel der ärztlichen Weiterbildung

Die Gewerkschaft ÖTV hat ihre Vorschläge zur Verbesserung der ärztlichen Ausbildung in einer Sonderinformation vom Dezember 1979 dargelegt. Danach soll das Medizinstudium gewährleisten, daß zum Zeitpunkt der Approbation Basiskenntnisse vorhanden sind, Grundfertigkeiten beherrscht werden, die Fähigkeit zur Kooperation erworben wurde und die für den ärztlichen Beruf notwendige Einstellung gesichert ist. Der ärztliche Hochschulabsolvent ist mit der Approbation, wie andere Hochschulabsolventen auch, voll berufsfähig. Dies bedeutet, daß er in der Lage ist, eigenverantwortlich in seinem Aufgabenbereich zu arbeiten. Diese eigenverantwortliche Arbeit geschieht wegen der besonderen Verantwortung ärztlicher Tätigkeit unter kollegialer Anleitung.

Als Voraussetzung für eine selbständige und alleinverantwortliche Tätigkeit in niedergelassener Praxis fordert die Gewerkschaft ÖTV, daß jeder Arzt eine gesetzlich geregelte Weiterbildung durchlaufen muß. Die Dauer dieser Weiterbildung sollte in der Regel für alle Ärzte gleich lang sein und durch eine Prüfung abgeschlossen werden. Das Bestehen dieser Prüfung ist Voraussetzung für eine selbständige, alleinverantwortliche Tätigkeit in dem Fachgebiet, in dem die Weiterbildung erfolgte.

Die bisherige Weiterbildung, die nahezu ausschließlich im Krankenhaus absolviert wurde, orientiert sich vornehmlich an der Qualifikation für den stationären Bereich. Demgegenüber fordert die Gewerkschaft ÖTV, daß die Weiterbildung in Zukunft sowohl im stationären wie im ambulanten Bereich stattfinden muß.

Deshalb sind die bisher gültigen Weiterbildungsordnungen zu revidieren. Die Weiterbildungsanforderungen müssen unter stärkerer Berücksichtigung gesundheitspolitischer Erfordernisse und der späteren Tätigkeitsfelder der weiterzubildenden Ärzte präzisiert werden.

Dazu müssen Curricula entwickelt werden, die die theoretisch-wissenschaftliche und praktische Qualifikation der Ärzte in der Weiterbildung sichern. Die Festlegung von Leistungskatalogen, Mindestzeiten, Weiterbildungsorten und -disziplinen reicht hierzu nicht aus.

Weiterbildung sollte in solchen Einrichtungen stattfinden, in denen die Patienten kontinuierlich betreut werden, die Ergebnisse medizinischer Arbeit nachvollziehbar sind und die Möglichkeit zur Zusammenarbeit mit Kollegen anderer ärztlicher Fachrichtungen und Berufsgruppen besteht. Darüber hinaus muß ein angemessenes Verhältnis zwischen der vorhandenen Patientenzahl, der für die Weiterbildung Verantwortlichen und der weiterzubildenden Ärzte gesichert sein.

Die Berechtigung zur Weiterbildung muß an entsprechende Voraussetzungen gebunden werden.

2. Weiterbildung zum Arzt für Allgemeinmedizin

Der Arzt für Allgemeinmedizin ist Teil der primären Gesundheitsversorgung, aber nicht mit ihr identisch, da in diesem Bereich auch andere Berufsgruppen tätig sind. Er soll Kontakt- und Anlaufstelle für gesundheitliche Fragestellungen sein, die Kontinuität medizinischer Versorgung sicherstellen und sich gegenüber anderen Ärzten durch die besondere Kenntnis des gesamten sozialen Umfeldes (Familie, Wohnung, Arbeitsplatz) auszeichnen. Er soll Störungen des Befindens oder der Gesundheit nicht nur behandeln, sondern sie durch möglichst frühzeitiges Einwirken auf ihre Entstehungsbedingungen auch verhüten helfen.

Die Schwierigkeit und die gesundheitspolitische Bedeutung dieser Aufgabe erfordern eine spezielle Weiterbildung zum Arzt für Allgemeinmedizin. Die Approbation allein oder eine in der Regel auf eine fachärztliche Tätigkeit ausgerichtete Arbeit im Krankenhaus reichen als Voraussetzung für eine selbständige und alleinverantwortliche Tätigkeit nicht aus. Stattdessen muß ein Curriculum entwickelt werden, das an den Erfordernissen der Primärversorgung ausgerichtet ist.

Der Arzt für Allgemeinmedizin sollte etwa die Hälfte seiner Weiterbildungszeit in Krankenhäusern arbeiten, die Lehrkrankenhäusern vergleichbare sachliche und personelle Voraussetzungen erfüllen. In diesen Krankenhäusern soll er sowohl in der stationären wie auch in der ambulanten Versorgung tätig werden. Dabei sind die für den Arzt für Allgemeinmedizin wichtigen Bereiche, wie z.B. innere Medizin, chirurgische Ambulanz, Notfallmedizin, Geriatrie, Psychiatrie und andere entsprechend zu berücksichtigen.

Für die Eignung einer Weiterbildungseinrichtung ist nicht der Spezialisierungsgrad, sondern vorrangig die personelle Austattung und die Sicherung einer regelmäßigen und systematischen Vermittlung theoretischer Grundlagen ausschlaggebend.

Den zweiten Teil der Weiterbildungszeit sollte der Arzt für Allgemeinmedizin in Praxen, in Sozial- und Gesundheitszentren, in sozial- und betriebsmedizinischen Diensten, im öffentlichen Gesundheitsdienst und anderen Einrichtungen des Gesundheitswesens absolvieren. Diese Einrichtungen müssen sich
a) im Arbeits- und Lebensbereich des Patienten selbst befinden,
b) im Primärversorgungsbereich Aufgaben haben und
c) die kooperative Arbeit von Ärzten und anderen Berufsgruppen ermöglichen.

Nur so kann der angehende Arzt für Allgemeinmedizin die praktisch bedeutsamen Befindlichkeitsstörungen und Krankheiten in ihren somatischen, psychischen und sozialen Bezügen kennenlernen und die für die ambulante Versorgung notwendigen Handlungsweisen entwickeln lernen.

3. Weiterbildung zum Facharzt

Die Weiterbildung ärztlicher Spezialisten muß stärker als bisher auf die Tätigkeit in der ambulanten Versorgung bezogen werden. Deshalb sollten für ambulant tätige Facharztgruppen diagnostische und therapeutische Verfahren, die sinnvollerweise nur am Krankenhaus durchgeführt werden können, aus dem Pflichtprogramm der Weiterbildung herausgenommen werden.

Die zur Facharzt-Weiterbildung zugelassenen Krankenhäuser müssen über vergleichbare personelle und sachliche Voraussetzungen wie Lehrkrankenhäuser verfügen und die regelmäßige und systematische Vermittlung der theoretischen Grundlagen gewährleisten.

Die Weiterbildung im Krankenhaus muß bei vielen Facharztgruppen durch eine Tätigkeit im ambulanten Bereich ergänzt werden. Um dem gesundheitspolitischen Erfordernis nach einem Ausbau kooperativer Behandlungs- und Versorgungsformen Rechnung zu tragen, ist auch für die Facharztweiterbildung im ambulanten Bereich die Einbeziehung der fach- und berufsübergreifenden Gesundheitseinrichtungen erforderlich.

Die Dauer der Weiterbildung ist von den Erfordernissen des einzelnen Fachgebietes abhängig. Für die meisten Fachdisziplinen kann die Dauer verkürzt werden, wenn die bisherige Überfrachtung mit hochspezialisierten diagnostischen und therapeutischen Verfahren abgebaut wird.

4. Organisation, Qualitätskontrolle und Finanzierung

Ein wesentlicher Mangel der heute vorhandenen Weiterbildungsangebote besteht darin, daß die praktische Arbeit zu wenig Gegenstand einer regelmäßigen theoretischen Aufarbeitung ist. Die Gewerkschaft ÖTV fordert deshalb die Länder und Landesärztekammern auf, die notwendigen Vorraussetzungen für die Umgestaltung und die Qualitätssicherung in der Weiterbildung zu schaffen.

Außerdem sind Modelle zu entwickeln, die der von der ÖTV geforderten Selbstverwaltung im Gesundheitswesen eine Mitbestimmung bei der Qualitätssicherung einräumen.

Das Angebot und die Sicherstellung von qualifizierten Weiterbildungsmöglichkeiten kann nach Auffassung der Gewerkschaft ÖTV nicht ohne die Bereitstellung angemessener finanzieller Mittel realisiert werden. Im Bereich der Fachabteilungen wie im ambulanten Sektor müssen ausreichend Stellen insbesondere für die Weiterbildung zum Arzt für Allgemeinmedizin bereitgestellt werden. Institutionen, die ein Weiterbildungsangebot bereitstellen, das die für die jeweilige Fachrichtung festzulegenden Qualitätsstandards in Theorie und Praxis erfüllt, sollen aus öffentlichen Mitteln gefördert werden.

Die Gewerkschaft ÖTV geht davon aus, daß jeder Arzt in der Weiterbildung Anspruch auf volle Bezahlung durch die Weiterbildungsstätte hat, denn er erbringt dort ärztliche Leistungen. Die Bezahlung ist tarifvertraglich zu regeln. Der Anspruch auf Weiterbildung ist rechtlich abzusichern.

Reagan läßt auch Baumwollabkommen boykottieren

gkr. Die USA wollen dem von Ländern der Dritten Welt geforderten Baumwollabkommen nicht zustimmen und schon gar nicht einem Abkommen, das Preisregulierungen vorsieht. Seit 4 Jahren wird über ein Baumwollabkommen verhandelt, ohne daß bisher Fortschritte erreicht wurden. Die Bedeutung eines solchen Abkommens verdeutlicht eine Studie der UNCTAD, die im vergangenen Monat veröffentlicht wurde: 15 Monopole kontrollieren 90% des Baumwollhandels. Daher sind die Entwicklungsländer von diesen Monopolen abhängig, die auch das mehrfache dessen einstreichen, was sie an die Produzenten der Dritten Welt zahlen. 18 Staaten der Dritten Welt, in der ,,Izmir-Gruppe" zusammengeschlossen, haben einen Exportanteil von 33%. Sie fordern vor allem ein Ausgleichslager zur Preisregulierung. Ihre Position aber ist deshalb relativ schwach, weil die USA nicht nur einer der größten Konsumenten sind, sondern auch der größte einzelne Nettoexporteur mit 27% Marktanteil. Und diese Macht gedenken die USA voll einzusetzen.

Linke Ökonomen legen ,,Memorandum 81" vor

frb. Wie schon in den vergangenen Jahren hat die Arbeitsgruppe ,,Alternative Wirtschaftspolitik ihr Memorandum zur Wirtschaftslage und Wirtschaftspolitik vorgelegt. Im analytischen Teil wird auf die verheerenden Folgen der Arbeitslosigkeit verwiesen und auf die Verluste für die Gesellschaft, die damit verbunden sind. Schuld an der Krise seien nicht die Ölpreise. Denn solange menschliche und sachliche Produktionskapazitäten noch ungenutzt sind, sei auch der Realtransfer in andere Länder kein Grund zur Einschränkung des Lebensstandards. Hauptgrund der Wirtschaftskrise sei das Fehlen ausreichender Nachfrage, dem eine falsche Verteilung des Volkseinkommens zugrunde liege. Die Alternative sehen die Wissenschaftler in ,,mehr demokratischen Wirtschaftsentscheidungen gegen die systembedingte ökonomische Fehlsteuerung, die aus den Entscheidungen privater Wirtschaftsmacht resultiert". Alternative Wirtschaftspolitik ziele darauf ab, ,,durch konsequente gesellschaftliche Strukturreformen die Bedingungen für Vollbeschäftigung zu schaffen und die Steigerung einer sinnvollen Versorgung mit Gütern und Diensten bei breiter demokratischer Beteiligung an den Planungen und Entscheidungen zu sichern". Wirtschafts- und Sozialräte werden gefordert, finanzielle und rechtliche Stärkung der Gemeinden, Entfernung der Arbeitgeber aus der Selbstverwaltung der Arbeitslosenversicherung, stärkere Übernahme des Wohnungsbaus durch öffentliche Träger sowie eine grundlegende Reform des Systems der Geldversorgung. Da aber die Durchsetzung dieser Forderungen Zeit brauche, seien Maßnahmen erforderlich, die unmittelbar wirkten: Vor allem ein expansives Haushaltsprogramm. So müssen sich denn die Verfasser vorwerfen lassen, im Kern neuaufgelegtem Keynesianismus und Schillerscher Globalsteuerung anzuhängen.

Umschuldung von 2,5 Mrd. $ an Polen zugesagt

gkr. Die Verhandlungen Polens mit den westlichen Gläubigerländern über die Umschuldung von fälligen staatlich garantierten Krediten wurden am 27. April in Paris abgeschlossen. Nach dem Protokoll sollen 90%, mehr als verschiedene Länder zugestehen wollten, der zwischen dem 1. April und 31. Dezember fälligen Verpflichtungen (einschließlich der Zinsen), die sich bei den beteiligten Staaten auf ca. 2,8 Mrd. $ belaufen, umgeschuldet werden. Die Rückzahlungen sollen 1986 beginnen und sich dann auf 4 Jahre erstrecken. Bei dem Protokoll handelt es sich um Empfehlungen für die beteiligten Regierungen, die Konkretisierung dieser Rahmenregelungen soll dann in bilateralen Verhandlungen erfolgen. Auflagen, wie von einigen Staaten gewünscht, konnten nicht gemacht werden, Polen mußte aber ein Stabilisierungsprogramm vorlegen. Über die 1982 und 1983 fälligen Verbindlichkeiten soll ab der zweiten Septemberhälfte verhandelt werden, über einen neuen Kredit an Polen in Höhe von etwa 1 Mrd. $ noch vor Ende Mai. Zuvor schon hatten die privaten Banken einer Aussetzung der fälligen Tilgungen zugestimmt, aber auf laufenden Zinszahlungen bestanden.

Nur negative Folgen bei Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen

Ehrenberg will 50000 neue Stellen fördern / Auch Gerd Muhr vom DGB will Volumen ausgeweitet sehen

frb. Eine Rechnung geistert durch die Politik, deren Horizont enger ist als der eines Frosches, der im Brunnen ganz unten sitzt. Sie stammt von Bundesarbeitsminister Herbert Ehrenberg und es geht um die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit.

Laut Ehrenberg kostet der Arbeitslosenversicherung ein Arbeitsloser durchschnittlich 18700 DM im Jahr; würde man diesen Arbeitslosen nach den Möglichkeiten des Arbeitsförderungsgesetzes in den sozialen Diensten beschäftigen, so koste dies die Versicherung 24000 DM jährlich. Einschließlich begleitender Ausbildungsmaßnahmen rechnet Ehrenberg mit 28000 DM pro Stelle.

Mithin ließen sich mit geringen Mitteln Arbeitslose in Arbeitende verwandeln, mit nur 5300 DM pro Kopf und Nase.

So forderte der Arbeitsminister in einem Brief an Helmut Schmidt Mitte März zusätzliche Mittel zur Erweiterung der ABM-Stellen, was sich schließlich in abgewandelter Form im jüngsten Konjunkturbeschluß der Bundesregierung niedergeschlagen hat. 500000 neue Stellen wollte Ehrenberg schaffen, eine Verdoppelung gegenüber dem gegenwärtigen Zustand. Dafür seien rund 260 Mio. DM zu veranschlagen, was angesichts des Gesamthaushalts der Bundesanstalt für Arbeit eine lächerlich geringe Summe ist.

Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen haben alle Länder der Europäischen Gemeinschaft seit der letzten Krise eingeführt. In Westdeutschland wurden u.a. 1977 700 Mio. DM bereitgestellt. In Frankreich sieht das ,,Dritte Beschäftigungspaket" für dieses Jahr die Schaffung von 534000 Stellen vor. In Großbritannien läuft seit 1975 ein ,,Job-Creation"-Programm,und 1980 wurden Maßnahmen zur Beschäftigung von 250000 Jugendlichen eingeführt. In den Niederlanden wurden Arbeitslose zum Bau von Fahrradwegen, Parkplätzen und Abwasseranlagen abkommandiert. Doch nirgendwo wurde damit die Arbeitslosigkeit geringer. Im Gegenteil hat die Zahl der registrierten Arbeitslosen in der EG mit 8,5 Millionen, zwei Millionen mehr als noch vor einem Jahr, einen neuen Rekordstand erreicht.

Auch jene, die auf jeden Anstieg der Arbeitslosigkeit mit der Forderung nach Ausbau der Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen reagieren, können nicht wirklich der Meinung sein, damit lasse sich Arbeitslosigkeit bekämpfen. Obwohl die euphorischen Formulierungen, mit denen solche Forderungen regelmäßig vorgetragen werden, diese Vorstellung nahelegen.

Obwohl zum Katalog der besonders förderungswürdigen Arbeiten auch die Tätigkeit des Berufsberaters beim Arbeitsamt gezählt wird, ist noch niemand auf die Idee gekommen, vielleicht jeden neuen Arbeitslosen zum Arbeitslosenberater zu machen, um damit die Arbeitslosigkeit zu beseitigen. Wohlweislich spricht Ehrenberg nur von 50000 zusätzlichen ABM-Stellen (eine auf 25 Arbeitslose), und es ist kein Widerspruch zu dieser Forderung, wenn gleichzeitig Maßnahmen gegen den sogenannten Mißbrauch der Arbeitslosenkasse durch Arbeitslose ausgekocht werden. Der Kapitalismus produziert die Arbeitslosigkeit nicht nur, er braucht sie auch.

Daran kann der Arbeitsminister nichts ändern, und dies auch nur offen auszusprechen traut sich Ehrenberg nicht. Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen sind nicht dazu da, die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen, allenfalls dazu, der Geißel Arbeitslosigkeit die politische Sprengkraft zu nehmen.

Anträge für Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen im Volumen von einer Milliarde Mark sollen gegenwärtig bei den Arbeitsämtern unerfüllbar liegen. Doch damit ist noch nicht gesagt, daß die Kapitalisten davon begeistert wären. Das zeigt nur, daß der einzelne Kapitalist mitnimmt, was er mitnehmen kann. Eine Erfindung der Kapitalistenklasse sind die ABM-Projekte nicht. Ihnen ist eine direkte Lohnsenkung lieber als eine Dauersubvention aus der Arbeitslosenkasse oder dem Staatshaushalt, an deren Finanzierung sie ja immerhin mitwirken.

Die ABM-Programme sind viel eher eine Verirrung sozialdemokratischer Politiker, die schmerzlindernde Mittel suchen, wo ohne Operation nichts erreicht werden kann.

Um die Wirkung von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen auf die Beschäftigung zu sehen, ist zu unterscheiden zwischen Maßnahmen im Bereich des Staates und Maßnahmen zur Subventionierung von Stellen in der Industrie.

Zweifellos stößt es von der Tätigkeit her auf Zustimmung, wenn in den ,,Sozialen Diensten" zusätzliche Stellen geschaffen werden (für die ausgemachten Spitzeldienste kommen ABM ohnehin nicht in Betracht), oder auch wenn die Grünanlagen besser gepflegt werden. Bloß müssen diese Stellen auch bezahlt werden, und im Rahmen der ABM werden sie eben aus der Versicherungskasse bezahlt. Alle einschränkenden Bestimmungen, auch nicht die Änderung der Vergabebedingungen vom vergangenen Oktober, konnten verhindern, daß die Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen dazu genutzt werden, notwendige zusätzliche Stellen nicht einzurichten oder freie nicht zu besetzen. Die Verlängerung der Vergabefrist hat bloß dazu geführt, daß eben noch länger aus der Arbeitslosenkasse kassiert wird. Läuft die Maßnahme aus, so entfällt der Arbeitsplatz.

Allgemeine Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung
(Februar 1981)

Art der Maßnahmen	besch. geförderte Arbeitnehmer a. Ende d. Monats			
	insgesamt	in Teilzeitarbeit	Männer	Frauen
Landwirtsch.- und Gartenbau	4620	46	4251	369
Küstenschutz und Landgewinnung	52	–	52	–
Forstwirtschaft	1204	13	1152	52
Verkehrswesen	556	–	556	–
Bau-, Ind.- u. Freizeitgeländeerschließung sowie Hochbau	1321	–	1306	15
Versorgungsanlagen	436	1	387	49
Büro und Verwaltung	8836	1466	3638	5198
Soziale Dienste	11859	2459	2750	9109
Sonstige	5199	101	4456	743
Zusammen	34083	4086	18548	15535
Monatsdurchschnitt 1980	40893		25056	15837

Soweit Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen in den öffentlichen Diensten gefördert werden, läuft dies lediglich darauf hinaus, Personalkosten aus den öffentlichen Haushalten auf die Kasse der Arbeitslosenversicherung zu verlagern – mit allen bekannten Begleiterscheinungen der Lohndrückerei, Unterhöhlung erreichter Rechte usw.

Etwas anders stellt sich die Sache in der Industrie dar. Der Kapitalist, der auf ABM einstellt, spart die Lohnkosten ganz oder größtenteils. Entweder er entläßt einen Arbeiter direkt, um ihn durch einen ABM-Mann zu ersetzen und die Prämie einzustreichen, oder er stellt tatsächlich den ABM-Arbeiter zusätzlich ein. Das einzige, was sich im ersten Fall ändert, ist der Profit des Kapitalisten, und keine Maßregel bei der Vergabe der Gelder kann verhindern, daß dies der Normalfall ist. Im zweiten Fall kann der betreffende Kapitalist seine Produktion ausdehnen, weil er Kosten spart und daher seine Preise senken und der Konkurrenz Märkte abjagen kann.

Damit aber ist nichts geklärt. Zwar muß der betreffende Kapitalist den Lohn jetzt nicht zahlen, aber gezahlt werden muß er doch. Und er kann volkswirtschaftlich nur gezahlt werden, wenn eine diesem Lohn plus zusätzlichem Profit entsprechende Wertsumme zusätzlich produziert und realisiert wird. Der Kapitalist aber konnte seine Produktion nur deswegen ausdehnen, weil sich sein Gesamtprodukt verbilligt hat. Und zudem spricht nichts dafür, daß sich die Gesamtnachfrage – die in der Krise gegenüber dem akkumulierten Kapital zurückgeblieben ist – steigt. Vielmehr hat der eine Kapitalist seine Produkte auf Kosten des anderen ausgedehnt, (der jetzt zu Entlassungen schreitet).

Es bleibt also die Produktion auf dem alten Stand, und bleibt die Produktion auf dem alten Stand, so kann der Zuschuß zu den Lohnkosten nur aus der bestehenden Wertsumme, d.h. entweder durch Kürzung der anderen Löhne oder durch Kürzung der Profitmasse gezahlt werden.

Werden die Löhne gekürzt, so passiert nur auf Umwegen, was die Kapitalisten in der Krise ohnehin versuchen. Werden die Profite gekürzt, damit sich der Profit des einen Kapitalisten erhöhe, so bleibt der Gesamtprofit unverändert und es besteht für die Kapitalisten kein Grund, mehr Arbeiter zu beschäftigen.

Der Unsinn der Ehrenbergschen Rechnung, die auch von anderen immer wieder aufgemacht wird, besteht darin, daß von der Entwicklung der Produktion abgesehen wird. In der Krise stockt die Verwertung des Kapitals. Sie kommt nicht wieder dadurch in Gang, daß der Staat einen größeren Teil des Mehrprodukts an sich zieht und mit der Bedingung verteilt, daß dafür ein Arbeiter zusätzlich einzustellen sei.

So wenig im Öffentlichen Dienst durch ABM zusätzliche Stellen geschaffen werden, sondern nur die Finanzierung notwendiger Stellen auf die Arbeitslosenkasse verlagert wird, so wenig wird in der Gesamtwirtschaft die Beschäftigung erhöht.

Es ist daher ganz unnötig, Bestrebungen – wie sie z.B. vom DGB-Vorstand ausgehen – nachzugeben, die mehr Mittel für Arbeitsbeschaffung fordern. Sie erreichen ihr Ziel nur scheinbar und bieten in jedem Fall ein Einfallstor für Angriffe der Kapitalisten und Dienstherrn. So ist es kein Wunder, daß von der Mitgliedschaft gerade der ÖTV, in deren Bereich sich die meisten ABM-Stellen finden, Bestrebungen ausgehen, die ABM-Programme überhaupt abzulehnen.

schen Teil wird auf die verheerenden Folgen der Arbeitslosigkeit verwiesen und auf die Verluste für die Gesellschaft, die damit verbunden sind. Schuld an der Krise seien nicht die Ölpreise. Denn solange menschliche und sachliche Produktionskapazitäten noch ungenutzt sind, sei auch der Realtransfer in andere Länder kein Grund zur Einschränkung des Lebensstandards. Hauptgrund der Wirtschaftskrise sei das Fehlen ausreichender Nachfrage, dem eine falsche Verteilung des Volkseinkommens zugrunde liege. Die Alternative sehen die Wissenschaftler in ,,mehr demokratischen Wirtschaftsentscheidungen gegen die systembedingte ökonomische Fehlsteuerung, die aus den Entscheidungen privater Wirtschaftsmacht resultiert". Alternative Wirtschaftspolitik ziele darauf ab, ,,durch konsequente gesellschaftliche Strukturreformen die Bedingungen für Vollbeschäftigung zu schaffen und die Steigerung einer sinnvollen Versorgung mit Gütern und Diensten bei breiter demokratischer Beteiligung an den Planungen und Entscheidungen zu sichern". Wirtschafts- und Sozialräte werden gefordert, finanzielle und rechtliche Stärkung der Gemeinden, Entfernung der Arbeitgeber aus der Selbstverwaltung der Arbeitslosenversicherung, stärkere Übernahme des Wohnungsbaus durch öffentliche Träger sowie eine grundlegende Reform des Systems der Geldversorgung. Da aber die Durchsetzung dieser Forde-

haushalts der Bundesanstalt für Arbeit eine lächerlich geringe Summe ist.

Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen haben alle Länder der Europäischen Gemeinschaft seit der letzten Krise eingeführt. In Westdeutschland wurden u.a. 1977 700 Mio. DM bereitgestellt. In Frankreich sieht das ,,Dritte Beschäftigungspaket" für dieses Jahr die Schaffung von 534000 Stellen vor. In Großbritannien läuft seit 1975 ein ,,Job-Creation"-Programm,und 1980 wurden Maßnahmen zur Beschäftigung von 250000 Jugendlichen eingeführt. In den Niederlanden wurden Arbeitslose zum Bau von Fahrradwegen, Parkplätzen und Abwasseranlagen abkommandiert. Doch nirgendwo wurde damit die Arbeitslosigkeit geringer. Im Gegenteil hat die Zahl der registrierten Arbeitslosen in der EG mit 8,5 Millionen, zwei Millionen mehr als noch vor einem Jahr, einen neuen Rekordstand erreicht.

Auch jene, die auf jeden Anstieg der Arbeitslosigkeit mit der Forderung nach Ausbau der Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen reagieren, können nicht wirklich der Meinung sein, damit lasse sich Arbeitslosigkeit bekämpfen. Obwohl die euphorischen Formulierungen, mit denen solche Forderungen regelmäßig vorgetragen werden, diese Vorstellung nahelegen.

Obwohl zum Katalog der besonders förderungswürdigen Arbeiten auch die Tätigkeit des Berufsberaters beim Ar-

Forstwirtschaft	1204	13	1152	52
Verkehrswesen	556	–	556	–
Bau-, Ind.- u. Freizeitgeländeerschließung sowie Hochbau	1321	–	1306	15
Versorgungsanlagen	436	1	387	49
Büro und Verwaltung	8836	1466	3638	5198
Soziale Dienste	11859	2459	2750	9109
Sonstige	5199	101	4456	743
Zusammen	34083	4086	18548	15535
Monatsdurchschnitt 1980	40893		25056	15837

Milliarde Mark sollen gegenwärtig bei den Arbeitsämtern unerfüllbar liegen. Doch damit ist noch nicht gesagt, daß die Kapitalisten davon begeistert wären. Das zeigt nur, daß der einzelne Kapitalist mitnimmt, was er mitnehmen kann. Eine Erfindung der Kapitalistenklasse sind die ABM-Projekte nicht. Ihnen ist eine direkte Lohnsenkung lieber als eine Dauersubvention aus der Arbeitslosenkasse oder dem Staatshaushalt, an deren Finanzierung sie ja immerhin mitwirken.

Die ABM-Programme sind viel eher eine Verirrung sozialdemokratischer Politiker, die schmerzlindernde Mittel suchen, wo ohne Operation nichts erreicht werden kann.

Um die Wirkung von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen auf die Beschäftigung zu sehen, ist zu unterscheiden zwischen Maßnahmen im Bereich des Staates und Maßnahmen zur Subventionierung von Stellen in der Indu-

Soweit Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen in den öffentlichen Diensten gefördert werden, läuft dies lediglich darauf hinaus, Personalkosten aus den öffentlichen Haushalten auf die Kasse der Arbeitslosenversicherung zu verlagern – mit allen bekannten Begleiterscheinungen der Lohndrückerei, Unterhöhlung erreichter Rechte usw.

Etwas anders stellt sich die Sache in der Industrie dar. Der Kapitalist, der auf ABM einstellt, spart die Lohnkosten ganz oder größtenteils. Entweder er entläßt einen Arbeiter direkt, um ihn durch einen ABM-Mann zu ersetzen und die Prämie einzustreichen, oder er stellt tatsächlich den ABM-Arbeiter zusätzlich ein. Das einzige, was sich im ersten Fall ändert, ist der Profit des Kapitalisten, und keine Maßregel bei der Vergabe der Gelder kann verhindern, daß dies der Normalfall ist. Im zweiten Fall kann der betreffende Kapitalist seine Produktion ausdeh-

sten erhöhe, so bleibt der Gesamtprofit unverändert und es besteht für die Kapitalisten kein Grund, mehr Arbeiter zu beschäftigen.

Der Unsinn der Ehrenbergschen Rechnung, die auch von anderen immer wieder aufgemacht wird, besteht darin, daß von der Entwicklung der Produktion abgesehen wird. In der Krise stockt die Verwertung des Kapitals. Sie kommt nicht wieder dadurch in Gang, daß der Staat einen größeren Teil des Mehrprodukts an sich zieht und mit der Bedingung verteilt, daß dafür ein Arbeiter zusätzlich einzustellen sei.

So wenig im Öffentlichen Dienst durch ABM zusätzliche Stellen geschaffen werden, sondern nur die Finanzierung notwendiger Stellen auf die Arbeitslosenkasse verlagert wird, so wenig wird in der Gesamtwirtschaft die Beschäftigung erhöht.

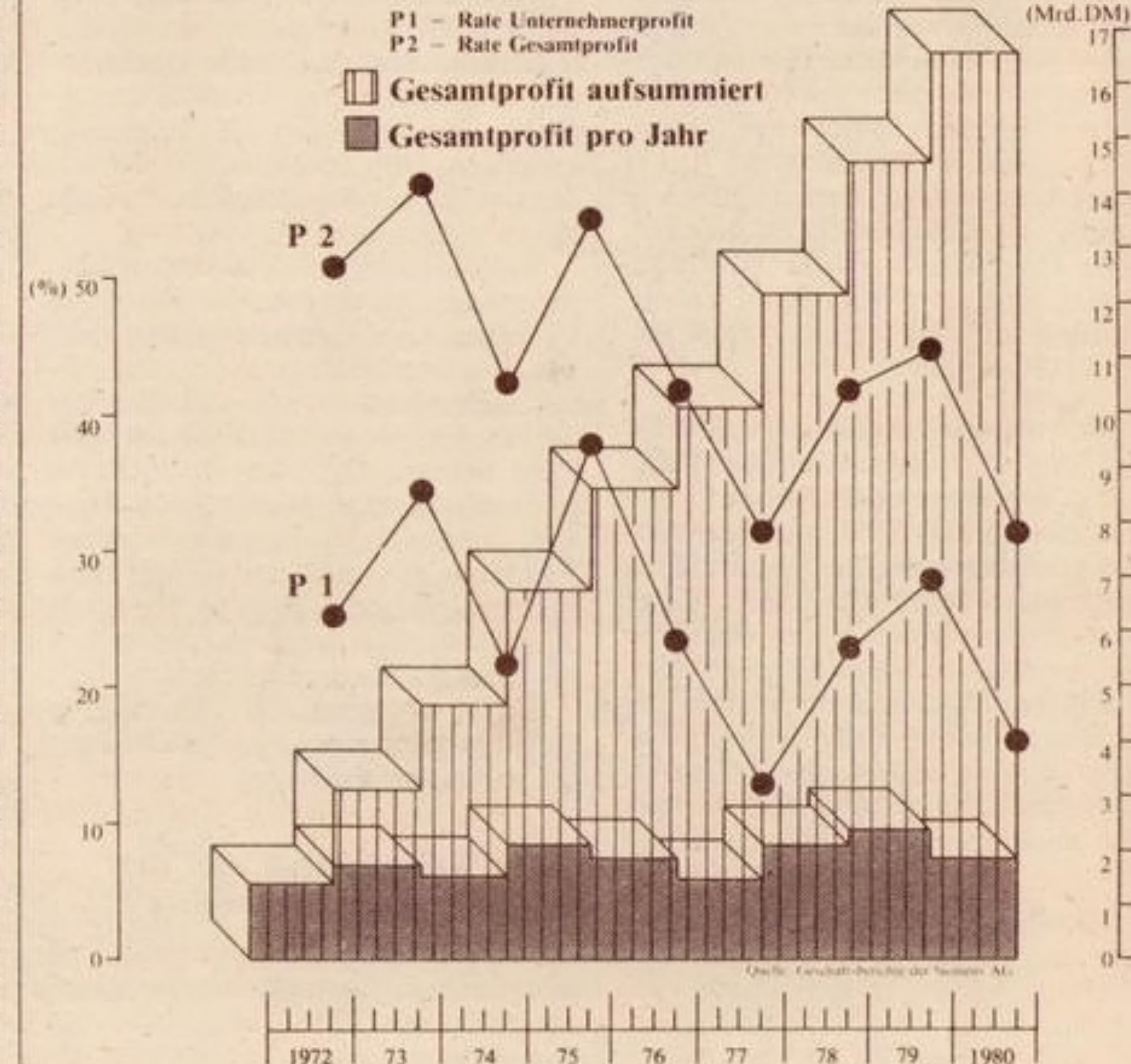
Es ist daher ganz unnötig, Bestrebungen – wie sie z.B. vom DGB-Vorstand ausgehen – nachzugeben, die mehr Mittel für Arbeitsbeschaffung fordern. Sie erreichen ihr Ziel nur scheinbar und bieten in jedem Fall ein Einfallstor für Angriffe der Kapitalisten und Dienstherrn. So ist es kein Wunder, daß von der Mitgliedschaft gerade der ÖTV, in deren Bereich sich die meisten ABM-Stellen finden, Bestrebungen ausgehen, die ABM-Programme überhaupt abzulehnen.

Was der Jahresabschluß von 1979/80 von Siemens zeigt

Westberlin. Mit 31,960 Mrd. DM Umsatz nimmt Siemens hinter IBM, General Electric, Philips und ITT weiterhin den 5. Platz unter den Welt-Elektrokonzernen ein. Im Geschäftsjahr 1979/80 stieg der *Umsatz* um 14% (Vorjahr −3,4%), seit 1976/77 wird über die Hälfte des Umsatzes im Ausland erzielt: BRD 46% (gegenüber Vorjahr −3%), Europa ohne BRD 26% (+1%), Nordamerika 3%, Südamerika 7%, Asien und Australien 14% (+2%) und Afrika 4%. In den Geschäftsbereichen Daten- und Informationssysteme und Medizinische Technik ging der Anteil am Konzernumsatz um 1% zurück, bei Energietechnik um 2%, im Bereich Kommunikationstechnik stieg der Anteil um 1% auf 29% und für die Kraftwerkunion um 3% auf 14%. Der Auftragsbestand betrug am 30.9.80 35,349 Mrd. DM, das ist gegenüber dem Vorjahr eine überdurchschnittliche Steigerung um 19% (ohne KWU 11%; im Vorjahr betrug die Steigerungsrate 2,5%). Die *Investitionen* stiegen um 32% (Vorjahr 18,9%) auf 2,155 Mrd. DM, davon wurden 68% (Vorjahr 69%) in der BRD und Westberlin getätigt, 11% in Europa, 12% in Nordamerika, 5% in Lateinamerika und je 2% in Asien, Australien und in Afrika.

Per 30.9.79 beutete der Siemenskonzern 344000 *Beschäftigte* aus (+3%); 190900 in der Siemens AG, 38500 in verbundenen Unternehmen in der BRD und Westberlin, 104800, also knapp ein Drittel, im Ausland. Davon waren 1978 43% Beschäftigte in Entwicklungsländern (Amerika 52%, Asien 25% und europäische Entwicklungsländer 20%). Darüberhinaus betrug 1978 der Anteil der ausländischen Beschäftigten in den westdeutschen und Westberliner Werken der Siemens AG 16%. Die Siemens-Beschäftigten (−1% für den ,,oberen Führungskreis") steigerten den Umsatz pro Beschäftigten um 10,6% auf 93845 DM (Siemens AG: +5,4% auf 100353 DM). Der ausgewiesene Gewinn nach Steuern sank um 7% auf 633 Mio. DM.

Die Konsequenz der Konzernspitze: die Aufwendungen für Forschung und Entwicklung von Produkten und Produktionsverfahren werden erheblich gesteigert. Die Kreditaufnahme bei Banken (Verbindlichkeiten) stieg 1979/80 um 36,3% gegenüber dem Vorjahr auf 1,785 Mrd. DM. Auf der Hauptversammlung wurden Entlassungen in der Größenordnung 10000 angekündigt. Aus dem Schaubild geht hervor, daß die Profitrate, obwohl die Profitmasse (in jeweiligen Preisen) sich vervielfacht hat, der Tendenz nach fällt. Ursache ist die Akkumulation des Kapitals selbst, wodurch die Kapitalgröße, die kapitalistisch gesprochen, Profite abwirft, rascher wächst als die Profite, die dieses Kapital abwirft (Berechnung nach Kommunismus und Klassenkampf 12/77, S.556). Mit steigender Produktivkraft der Arbeit wächst der Anteil toter Arbeit im Verhältnis zur lebendigen Arbeit, der Quelle des Mehrwerts, bzw. Profits. Entsprechend wird die Belegschaft umgeschichtet: 1962–78 sank bei der Siemens AG die Zahl der un- und angelernten Arbeiter um 27%, der Facharbeiter um 12,5%, die Zahl der Meister, Techniker, Ingenieure stieg um 50,5%, die Zahl der kaufmännischen Angestellten um 37,4%.



US-Studie fordert Zerschlagung der OPEC

Venezuelas Ölminister sieht den Zustand der OPEC als ,,kritisch" an. Die Ölmonopole nutzen den überfüllten Ölmarkt zur Erpressung. Kuweit mußte vergangene Woche Vertragsänderungen mit BP und Shell zustimmen, die eine Preissenkung um rund 10% bedeuten.

bog. Die US-Ölgesellschaft Atlantic Richfield Co. (Arco) hat am 3. April zwei mit Nigeria bestehende Lieferverträge im Volumen von 60000 Barrel Rohöl täglich mit Wirkung vom 7. und 10. Mai 1981 gekündigt. Zum erstenmal seit mehreren Jahren gibt damit eine Erdölgesellschaft eine sichere Bezugsquelle freiwillig preis. Von Arco wurde dieser Schritt begründet mit überhöhten Preisforderungen Nigerias, das durch diesen Beschluß jährliche Deviseneinnahmen von ca. 900 Mio. $ verlieren wird, wenn es ihm nicht gelingt, kurzfristig einen neuen Abnehmer zu finden. Einen Tag später wurden von der Ashland Oil Inc. vereinbarte Erdölbezüge aus Mexiko und Kamerun suspendiert. Inoffizielle Begründung aus Branchenkreisen war zu hoch angesiedelte Preisvorstellungen der Lieferländer und schleppende Nachfrage auf den Verbrauchermärkten. Die British Petroleum Company Ltd. (BP) versucht gegenwärtig, von Kuweit größere Preisabschläge für hochwertige Ölsorten herauszuschlagen.

Diese Pressemeldungen signalisieren eine veränderte Situation auf den Weltölmärkten, die noch vor kurzer Zeit im Zeichen des iranischen Lieferausfalls standen. Seit Dezember letzten Jahres haben die Notierungen für die saudi-arabische Standardqualität Arabian Light, an der alle anderen Rohölsorten gemessen werden, auf den Spotmärkten in Rotterdam um ca. 4 $ pro Barrel nachgegeben. (Auf den Spotmärkten wird Rohöl gehandelt, das nicht an langfristige Lieferverträge gebunden ist.)

Vor dem Hintergrund randvoller Lager bei den Mineralölkonzernen, bei voll aufgestockten strategischen Reserven und einer voraussichtlich lang andauernden konjunkturellen Abflachung, sieht jetzt eine Studie der International Economic Policy Associaton in Washington den geeigneten Augenblick gekommen, den ,,Machteinfluß der ölexportierenden Länder zu brechen". Diese Studie mit dem Ziel ,,Amerikanische Außenwirtschaftsstrategie für die achtziger Jahre" wurde verfaßt vom früheren Berater für Verteidigungsfragen bei der US-Mission bei der NATO in Brüssel, Timothy W. Stanley, sowie zwei Mitarbeitern der von privatkapitalistischen Interessenkreisen getragenen Vereinigung, die seit 1957 ,,mithilft", Amerikas außenwirtschaftlichen Kurs abzustecken. Gefordert wird in der Studie im einzelnen:

Bis 1989 umfangreiche Öleinlagerungen in den USA von gegenwärtig 16,5 Mio. auf mehr als 100 Mio. Tonnen; eine Erhöhung der US-Bundessteuer auf Benzin von derzeit 4 Cents je Gallone auf 50 Cents bis 1985; die Ausweitung der US-Kohleförderung und stärkeren Einsatz der multilateralen Entwicklungsinstitute bei der Erschließung neuer Energiequellen in der Dritten Welt durch Gründung einer ,,Energiebank" als Tochtergesellschaft der Weltbank, die zum gegenwärtigen Zeitpunkt von den imperialistischen Ländern majorisiert wird.

Die Politik der OPEC-Staaten, den Ländern der Dritten Welt im Internationalen Währungsfonds (IWF) und anderen internationalen Organisationen mehr politisches Gewicht zu verschaffen, ist den Verfassern der Studie ein besonderer Dorn im Auge. Eindringlich warnen sie vor den Bemühungen Saudi-Arabiens, der Palästinensischen Befreiungsfront PLO einen Beobachterstatus bei der Weltbank und dem IWF zu vermitteln. Gleichwohl dürfte es den imperialistischen Ländern schwer fallen, den Wandel in den internationalen Beziehungen rückgängig zu machen, obwohl Ansätze für solche Bemühungen erkennbar sind. Dieser Wandel läßt sich gut an der Entwicklung der Rohölpreise seit der planmäßigen Förderung des Erdöls – also seit etwa 120 Jahren – nachvollziehen. In den ersten 20 Jahren (von 1860 bis 1880) fiel der Dollarpreis pro Barrel von anfänglich 4 $ auf 1 $. In den darauffolgenden 90 Jahren schwankte er (ohne Berücksichtigung der Geldentwertung) um 1,50 $ pro Barrel.

1960 wurde die OPEC in Bagdad gegründet. Auslösender Faktor waren zwei unmittelbar aufeinander folgende Senkungen der Rohöl-Abnahmepreise durch multinationale Ölkonzerne. Trotz dieses Schutzbündnisses änderte sich der Rohölpreis in den nächsten zehn Jahren nur wenig. Erst im Herbst 1973 gelang es den OPEC-Ländern, das Preisdiktat zu durchbrechen und die Preise autonom und auf einem höheren Niveau festzusetzen. Der Preissprung, in der bürgerlichen Presse als ,,Ölschock" deklariert, war die Folge sich wandelnder Besitzverhältnisse an der Erdölförderung und im Vertrieb.

Während im Jahr 1970 in den zehn Ländern mit den größten Ölreserven außerhalb der USA und der UdSSR (mit Ausnahme Mexikos und des Iran) die Ölvorkommen noch zu fast 100% privaten Ölgesellschaften gehörten, sind sie heute ganz oder mehrheitlich im Besitz der Länder, auf deren Grund und Boden sie sich befinden. Begleitet war die Nationalisierung auch durch die Übernahme der Handelsgeschäfte durch die jeweiligen Staaten. Zwischen 1973 und 1979 hat sich die Rohölmenge, die direkt von den Ölförderländern vertrieben wird, mehr als verfünffacht. Die Menge, die direkt zwischen Förderland und Bezieherland unter Umgehung der Erdölkonzerne gehandelt wird, ist ebenfalls im Steigen begriffen und stellt eine ständige Quelle des Lamentierens dieser Konzerne dar. (Allerdings vertrieben die Ölgesellschaften 1979 nach Angaben der Deutschen Shell AG immer noch 82% des außerhalb des RGW und der VR China gehandelten Rohöls; ihr Anteil an der Förderung betrug noch 45%.)



1) Staatlicher OPEC-Verkaufspreis; bis 1978 Preis für Saudi-arabisches Rohöl (34 API), ab 1979 gewogener Durchschnittspreis aller OPEC-Länder.
2) Staatlicher OPEC-Verkaufspreis, deflationiert mit dem UN-Index der Durchschnittswerte für verarbeitete Exporterzeugnisse (auf Dollarbasis, 1970 = 100) der Industrieländer.

Nach 1974 stieg der Rohölpreis nominal zwar weiter an, real jedoch (d.h. verglichen mit den Preissteigerungen für Industriegüter) sank die Kaufkraft des Erdöls von 1974 bis 1978 um ca. 10%. Mit anderen Worten: Konnten 1974 mit dem Erlös aus dem Absatz von einem Barrel Erdöl zehn Wareneinheiten erworben werden, so waren es 1978 nur noch neun. Dies ist ursächlich auf die Inflation und die Dollarabwertung zurückzuführen, da Rohöl nach wie vor in Dollar gehandelt und abgerechnet wird. Das änderte sich mit der ,,Iran-Krise", dem Sturz des Schah. Während die Tagesproduktion des Iran im Durchschnitt der Jahre 1977 und 1978 rund 5,5 Mio. Barrel betrug, sank sie im Januar 1979 auf einen Tiefstand von 0,4 Mio. Barrel. Bezogen auf die gesamte Ölförderung der OPEC-Länder von 29,9 Mio. Barrel pro Tag im Jahr 1978 war das ein Ausfall von 17%. Trotz Wiederaufnahme der Produktion im Iran und Erhöhung der Förderung vor allem durch Saudi-Arabien, blieb die Situation auf den Ölmärkten in der Folgezeit weiterhin angespannt, nicht zuletzt durch die militärischen Auseinandersetzungen zwischen Iran und Irak.

In dieser Situation gelang es den OPEC-Ländern, den Rohölpreis wieder beträchtlich anzuheben. Im Vergleich zu dem Ende 1978 gültigen OPEC-Durchschnittspreis von 12,86 $ pro Barrel betrug die Preissteigerung bis Anfang 1981 172%. Dabei spreizten sich die Preisunterschiede für Öle unterschiedlicher Qualität und Herkunft von traditionell 2 bis 3 $ pro Barrel auf bis zu 9 $ pro Barrel. Saudi-Arabien – mit einem Anteil von 25% an den gesamten Rohölimporten größter Lieferant der BRD im Jahre 1980 (1979: 16,7%) – scherte dabei aus einer gemeinsamen Preispolitik der OPEC-Staaten aus und hielt sein Ölpreisniveau beträchtlich unter dem Durchschnitt der anderen OPEC-Staaten. Im Januar 1981 verkaufte es ein Barrel Rohöl für 32,33 $ gegenüber dem sonstigen Durchschnittspreis von 37,11 $. Erklärtes Ziel Saudi-Arabiens ist es, den Ölpreis auf einem niedrigeren Niveau zu stabilisieren. Der saudi-arabische Ölminister Scheich Achmed Saki Jamani rief in einem amerikanischen Fernsehinterview die Industriestaaten auf, sich im Ölverbrauch einzuschränken und so die anderen OPEC-Staaten dazu zu zwingen, ihre Preise zu senken.

Gegenwärtig sorgt Saudi-Arabien für ein Überangebot auf dem Weltmarkt. Unter den Staaten des Nahen Ostens erhöhte 1980 allein Saudi-Arabien seine Rohölproduktion um 4,2%. Die OPEC-Staaten insgesamt senkten dagegen ihre Förderung um 12%. Trotz einer im Jahr 1980 um fast 6% rückläufigen Weltnachfrge stellte sich somit das gegenwärtige Überangebot her.

Über die Gründe, die Saudi-Arabien zu diesem Verhalten bewegen, wird viel spekuliert. Die Bundesregierung, so erklärte Finanzminister Hans Matthöfer (SPD), schätzt das ,,Verantwortungsbewußtsein" für die Weltwirtschaft, das Saudi-Arabien in seiner Ölpreispolitik zeige. Bei den anderen OPEC-Staaten steht Saudi-Arabien dagegen allein auf weiter Flur. Sie werfen ihm vor, gegen die langfristigen Grundsätze der OPEC zu verstoßen, die davon ausgehen, die Ölreserven möglichst lange zu nutzen und über den Preis für eine sparsame Energieverwendung zu sorgen. Saudi-Arabien selbst ist offenbar der Ansicht, daß die Ölpreise zu schnell zu hoch gesteigert wurden, daß damit der Nachfrage nach OPEC-Öl das Wasser abgegraben wird und die wirtschaftlichen Zielsetzungen der Länder der Dritten Welt gefährdet würden.

Erkennbar sind meines Erachtens noch zwei andere Gründe, die das Auseinanderklaffen der Ölpolitik der OPEC-Staaten und damit die Gefahr einer Spaltung durch die Imperialisten hervorrufen. Erstens: Saudi-Arabien besitzt nach neusten Schätzungen 45% der Erdölreserven im Nahen Osten. Deshalb steht die Sicherung der Ölreserven nicht an erster Stelle der Prioritätenliste Saudi-Arabiens. Zweitens: Nach dem Sturz des Schah ist die saudi-arabische Führung um Stabilität in der Region bemüht, in erster Linie, um sich dasselbe Schicksal zu ersparen. Diese Stabilität verspricht sie sich durch engere Zusammenarbeit mit den westlichen Industrienationen.

Auf der nächsten Tagung der OPEC am 25. Mai in Genf dürfte es schwierig werden, diese Gegensätze unter einen Hut zu bekommen. Die imperialistischen Länder werden das ganze Gewicht ihrer gehorteten Ölvorräte einsetzen, um die Differenzen weiter zu schüren.

Abnehmer zu finden. Einen Tag später wurden von der Ashland Oil Inc. vereinbarte Erdölbezüge aus Mexiko und Kamerun suspendiert. Inoffizielle Begründung aus Branchenkreisen war zu hoch angesiedelte Preisvorstellungen der Lieferländer und schleppende Nachfrage auf den Verbrauchermärkten. Die British Petroleum Company Ltd. (BP) versucht gegenwärtig, von Kuweit größere Preisabschläge für hochwertige Ölsorten herauszuschlagen.

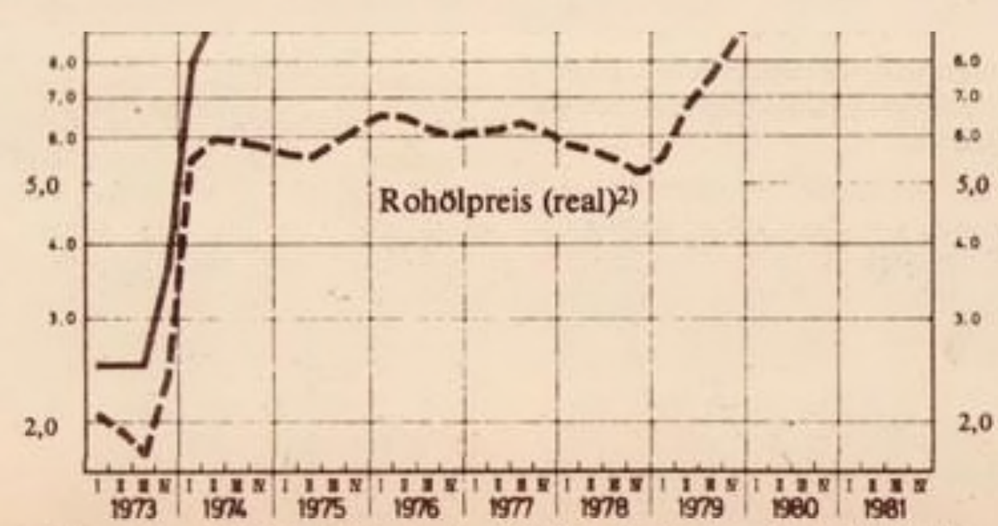
Diese Pressemeldungen signalisieren eine veränderte Situation auf den Weltölmärkten, die noch vor kurzer Zeit im Zeichen des iranischen Lieferausfalls standen. Seit Dezember letzten Jahres haben die Notierungen für die saudi-arabische Standardqualität Arabian Light, an der alle anderen Rohölsorten gemessen werden, auf den Spotmärkten in Rotterdam um ca. 4 $ pro Barrel nachgegeben. (Auf den Spotmärkten wird Rohöl gehandelt, das nicht an langfristige Lieferverträge gebunden ist.)

Vor dem Hintergrund randvoller Lager bei den Mineralölkonzernen, bei voll aufgestockten strategischen Reserven und einer voraussichtlich lang an-

Zeitpunkt von den imperialistischen Ländern majorisiert wird.

Die Politik der OPEC-Staaten, den Ländern der Dritten Welt im Internationalen Währungsfonds (IWF) und anderen internationalen Organisationen mehr politisches Gewicht zu verschaffen, ist den Verfassern der Studie ein besonderer Dorn im Auge. Eindringlich warnen sie vor den Bemühungen Saudi-Arabiens, der Palästinensischen Befreiungsfront PLO einen Beobachterstatus bei der Weltbank und dem IWF zu vermitteln. Gleichwohl dürfte es den imperialistischen Ländern schwer fallen, den Wandel in den internationalen Beziehungen rückgängig zu machen, obwohl Ansätze für solche Bemühungen erkennbar sind. Dieser Wandel läßt sich gut an der Entwicklung der Rohölpreise seit der planmäßigen Förderung des Erdöls – also seit etwa 120 Jahren – nachvollziehen. In den ersten 20 Jahren (von 1860 bis 1880) fiel der Dollarpreis pro Barrel von anfänglich 4 $ auf 1 $. In den darauffolgenden 90 Jahren schwankte er (ohne Berücksichtigung der Geldentwertung) um 1,50 $ pro Barrel.

1960 wurde die OPEC in Bagdad gegründet. Auslösender Faktor waren zwei unmittelbar aufeinander folgende



1) Staatlicher OPEC-Verkaufspreis; bis 1978 Preis für Saudi-arabisches Rohöl (34 API), ab 1979 gewogener Durchschnittspreis aller OPEC-Länder.
2) Staatlicher OPEC-Verkaufspreis, deflationiert mit dem UN-Index der Durchschnittswerte für verarbeitete Exporterzeugnisse (auf Dollarbasis, 1970 = 100) der Industrieländer.

wird, ist ebenfalls im Steigen begriffen und stellt eine ständige Quelle des Lamentierens dieser Konzerne dar. (Allerdings vertrieben die Ölgesellschaften 1979 nach Angaben der Deutschen Shell AG immer noch 82% des außerhalb des RGW und der VR China gehandelten Rohöls; ihr Anteil an der Förderung betrug noch 45%.)

Nach 1974 stieg der Rohölpreis nominal zwar weiter an, real jedoch (d.h. verglichen mit den Preissteigerungen für Industriegüter) sank die Kaufkraft des Erdöls von 1974 bis 1978 um ca.

OPEC-Durchschnittspreis von 12,86 $ pro Barrel betrug die Preissteigerung bis Anfang 1981 172%. Dabei spreizten sich die Preisunterschiede für Öle unterschiedlicher Qualität und Herkunft von traditionell 2 bis 3 $ pro Barrel auf bis zu 9 $ pro Barrel. Saudi-Arabien – mit einem Anteil von 25% an den gesamten Rohölimporten größter Lieferant der BRD im Jahre 1980 (1979: 16,7%) – scherte dabei aus einer gemeinsamen Preispolitik der OPEC-Staaten aus und hielt sein Ölpreisniveau beträchtlich unter dem

damit der Nachfrage nach OPEC-Öl das Wasser abgegraben wird und die wirtschaftlichen Zielsetzungen der Länder der Dritten Welt gefährdet würden.

Erkennbar sind meines Erachtens noch zwei andere Gründe, die das Auseinanderklaffen der Ölpolitik der OPEC-Staaten und damit die Gefahr einer Spaltung durch die Imperialisten hervorrufen. Erstens: Saudi-Arabien besitzt nach neusten Schätzungen 45% der Erdölreserven im Nahen Osten. Deshalb steht die Sicherung der Ölreserven nicht an erster Stelle der Prioritätenliste Saudi-Arabiens. Zweitens: Nach dem Sturz des Schah ist die saudi-arabische Führung um Stabilität in der Region bemüht, in erster Linie, um sich dasselbe Schicksal zu ersparen. Diese Stabilität verspricht sie sich durch engere Zusammenarbeit mit den westlichen Industrienationen.

Auf der nächsten Tagung der OPEC am 25. Mai in Genf dürfte es schwierig werden, diese Gegensätze unter einen Hut zu bekommen. Die imperialistischen Länder werden das ganze Gewicht ihrer gehorteten Ölvorräte einsetzen, um die Differenzen weiter zu schüren.

Mit Verbeugen kommen sie nicht mehr davon

Das Kernenergieprogramm der japanischen Bourgeoisie / Der Widerstand wächst

wos. Präsident Suzuki von der Japan Atomic Co., die das an der Japan-See gelegene, 1970 errichtete Kernkraftwerk Tsuruga betreibt, vor dem Unterhaus-Ausschuß für Gewerbe und Industrie: ,,Ich bitte um Entschuldigung, daß ich dem Ministerium für Handel und Industrie und den Bürgern von Tsuruga über mehrere Unfälle, ihre Entstehung und unsere Gegenmaßnahmen nichts berichtet habe."(Asahi-Shimbun, 24.4.81) Dann macht dieser Kerl nach japanischer Sitte auch noch eine tiefe Verbeugung, als Zeichen, daß er seinen Fehler eingesehen habe. – Schon unerheblich ist, ob er außerdem seinen Rücktritt einreicht. Viel wichtiger: nicht nur durch den letzten dieser ,,Unfälle" – die Ursache sei ,,menschliches Versagen" von Arbeitern –, sondern mehr noch durch die ganze Kette verschwiegener und vertuschter Störfälle und radioaktiver Verseuchungen ist die Atompolitik der japanischen Regierung und der Kernkraftwerksbetreiber jetzt insgesamt einem nie gekannten Trommelfeuer der Kritik ausgesetzt. 56 Arbeiter haben nach ersten Untersuchungen allein durch den letzten Defekt radioaktive Strahlungen abbekommen. Die Kritik an dem halsbrecherischen Kernenergieprogramm wird folgerichtig immer mehr auch von den Sohyo-Gewerkschaften geführt, nachdem während der ersten Jahre Bürgerinitiativen vor Ort und im ganzen Land verstreute Kernkraftwerksgegner den Widerstand organisiert hatten.

Wie sieht dieses Kernenergieprogramm der japanischen Bourgeoisie aus? Zunächst *ein Blick zurück*: Die Entwicklung der Atomenergie beginnt in Japan 1954. Damals brachte die bis heute regierende Liberal-Demokratische Partei hastig eine Vorlage ins Parlament ein, um rund 2,35 Mio. DM für den Bau eines Reaktors bereitzustellen. 1954 war aber auch das Jahr, als japanische Fischer von der Strahlung eines Atombombenversuchs der USA in der Gegend des Bikini-Atolls im Südpazifik erfaßt wurden; später starben einige an den Folgen. Ungebrochen war zudem die Erfahrung der ersten Atombombenabwürfe auf Hiroshima und Nagasaki 1945. Vor diesem Hintergrund wandten sich die Physiker im Japanischen Wissenschaftsrat gegen die Regierungspläne. Sie forderten: 1. Alle Informationen über Forschung und Nutzung der Atomenergie müssen veröffentlicht werden; 2. Die Freiheit der Forscher muß respektiert und ihre Kooperation im Rahmen eines wirklich demokratischen Verfahrens gesucht werden; 3. Forschung und Nutzung der Atomkraft müssen vom japanischen Volk in eigene Hände genommen werden.

Diese Grundsätze, zwar 1955 ins Atomenergie-Gesetz aufgenommen, warf der Ausschuß für Atomenergie schon 1956 über Bord. 1957 nahm der erste Reaktor in Japan den Betrieb auf – Marke ,,North American Aviation". Unter britischem Druck wurden später Reaktoren des Typs Calder Hall importiert. Daraufhin trat der japanische Physik-Nobelpreisträger Yukawa, der die Entwicklung einer unabhängigen Technologie gefordert hatte, aus Protest aus dem Ausschuß zurück. In der Folge lösten Westinghouse- und General Electric-Importe die ,,britische Phase" ab. 1966 erteilte die Regierung die Genehmigung für Kernkraftwerke, die hinsichtlich der Leichtwasser-Technologie und angereicherten Urans völlig von den USA abhängig waren.

Noch 1955 bildeten Wasserkraft und eigene Kohle die Hauptenergiequellen Japans. Diese Inlandsquellen deckten 76% des Bedarfs an Primärenergie. 1970 war diese Rate auf 16,5% gefallen, importiertes Rohöl hielt jetzt den Löwenanteil. Bergbau und verarbeitende Industrie verbrauchten 75% der Energie, das Transportwesen 3%, Haushalte usw. 22%. Die japanische Regierung förderte dann bis 1973 hauptsächlich Rohölimporte aus dem Mittleren Osten. Nach den Ölpreiserhöhungen änderte sie die Prioritäten zugunsten des Baus von Kernkraftwerken. Als Ergebnis dieser Politik waren 1977 in Japan 13 Reaktoren in Betrieb, mit einer Leistung von insgesamt 7430 Megawatt. Die Kernenergie lieferte jetzt 7% der gesamten Elektrizität.

Bis 1985 sollten die Atomkraftwerke eine Leistung von 60 Mio. kW erbringen. Zwei Faktoren durchkreuzten jedoch diese hochfliegenden Pläne der Bourgeoisie von 1971, mit denen diese die Abhängigkeit von Energieimporten (86,3%; zum Vergleich BRD: 46,8%, beides 1971) verringern wollte: einmal gingen die Wachstumsraten des japanischen Kapitalismus in den 70er Jahren stark zurück, zum andern wurden die Bewegungen gegen Umweltzerstörung immer stärker. 1976 weiteten sich Anti-KKW-Proteste so aus, daß als Folge die Regierungsziele 1976 auf 49 Mio. kW und 1979 noch einmal auf 30 Mio. kW reduziert werden mußten. In der Debatte um die Sicherheit und Sicherung der KKWs wurde außerdem klar, daß Japan in technologischer Hinsicht im Fall von Störungen auf US-Experten angewiesen war, da es keine eigene Technologie entwickelt hatte, und organisatorisch der Atomenergie-Ausschuß, der eigentlich die Sicherheit der Reaktoren kontrollieren sollte, zu einem bloßen Ausführungsorgan der Regierung heruntergekommen war. Hinzu kam, daß die USA von Japan verlangten, für eine Wiederaufbereitungsanlage nur aus den USA importiertes angereichertes Uran zu benutzen.

Gegenwärtig bestehen 22 KKWs, die 12% des Elektrizitätsbedarfs decken. Die Pläne sehen vor, den Abhängigkeitsgrad von Öl bei Energie bis 1990 um 50% zu senken. Dementsprechend sollen in den kommenden 9 Jahren 21 bis 25 weitere KKWs mit einer Leistung von je etwa 1 Mio. kW errichtet werden, so daß 50 bis 53 Mio. kW erreicht werden. Bis 1985 will die Regierung 14 Reaktoren bauen und den Anteil der Atomkraft an der Stromerzeugung auf 23% erhöhen, bis 1995 auf 50%. Für Energiemaßnahmen ist der Haushalt 1981 gegenüber dem Vorjahr um 17,3% erhöht worden, was mit die höchste Änderungsrate darstellt. Energiesparmaßnahmen werden allerorten propagiert.

Man würde es sich sicher zu leicht machen, wenn man in der Frage der Kernenergie schlicht von einem sich verschärfenden Gegensatz zwischen Regierung/Kapitalisten und Bevölkerung ausginge. Zweifellos erlebt die Bewegung gegen Atomreaktoren gegenwärtig einen Aufschwung. Und der ist keineswegs spontan zustandegekommen, sondern Ergebnis der aufgetretenen Schäden wie auch jahrelanger Aufklärungsarbeit engagierter Gruppen, besonders auch der Frauen. Andererseits zeigen Meinungsumfragen, daß ein Teil der Bevölkerung (47%) die Kernenergie angesichts der Rohstoffsituation Japans, die von der Bourgeoisie allerdings verzerrt dargestellt wird, für unverzichtbar hält, obgleich die Angst über die Risiken weit verbreitet ist (56%).

Die Spaltungstaktiken der Bourgeoisie sind vielfältig: Arbeiter gegen Bauern, Bauern gegen Fischer, oder aber: Schulen und Straßen, wenn die Bevölkerung einem KKW zustimmt. In mehreren Fällen geht sie z.B. bis zum Abkauf von Fischereirechten gegen teilweise horrende Summen. Andere Fischer machen da wiederum nicht mit. Ein bedeutender Fortschritt kann aber darin gesehen werden, daß seit dem letzten Jahr auch die beiden großen Organisationen für das Verbot von Atom- und Wasserstoffbomben die Frage der friedlichen Nutzung der Kernenergie aufgegriffen und damit die Verbindung zur Anti-KKW-Bewegung hergestellt haben. Zweitens, daß immer mehr Gewerkschafter diesen Kampf unterstützen. Und drittens, daß die internationalen Verbindungen zu den von Atommüll Betroffenen, besonders in Südostasien und Mikronesien, hergestellt werden.

Betriebsratswahlen bei HDW

Probleme beim Kampf um klassenkämpferische Einheitsgewerkschaft brechen offen aus

uwz.Hamburg. Die diesjährigen Betriebsratswahlen auf den beiden großen norddeutschen Werften (HDW in Hamburg und Kiel) standen nicht nur unter dem Zeichen der diesjährigen Tarifauseinandersetzung und dem Kampf zur Absicherung des Reallohns, sondern auch den Kampf um die Frage, wie die Einheit der Belegschaft gegen die Rationalisierungspläne der Bundesregierung und des Salzgitterkonzerns hergestellt werden kann.

Innerhalb der IG Metall auf der Hamburger HDW brachen die schon lange geführten, verdeckten Auseinandersetzungen zwischen zwei Strömungen innerhalb der Gewerkschaftsbewegung offen aus. Die eine Gruppierung, rechte Sozialdemokraten um die freigestellten Betriebsräte und Aufsichtsratsmitglieder Werner Peters und VK-Leiter Otto Kock, hatte sich in der Zeit seit der letzten Wahl vor allem dadurch hervorgetan, den Kampf der Kollegen zu bremsen, und auf die Bahnen der Werftkapitalisten zu lenken.

Lange schon wird offen, ausgehend von der IG Metall-Bezirksleitung, der Bundesregierung und den Werftkapitalisten, die Zusammenlegung der Hamburger Werften Blohm und Voss und HDW diskutiert. Dies würde verschärfte Rationalisierung und Vernichtung von dem Großteil der Arbeitsplätze der HDW (um 6000) bedeuten. Das Werftprogramm der Bundesregierung wurde eifrig von den Sozialdemokraten innerhalb der Bezirksleitung der IG Metall Hamburg um Otto v. Steeg gegenüber den Belegschaften verteidigt. So mußten die Werftkapitalisten zum erstenmal deutlich bei dem Versuch, auf beiden Werften den sogenannten Programmlohn einzuführen, den sich regenden Widerstand aus der Belegschaft spüren.

Die andere Strömung inerhalb der Gewerkschaft, auch meist sozialdemokratische Vertrauensleute, begann auf Grundlage der Interessen der Kollegen den Kampf dagegen zu organisieren. Die Bordmontage legte für kurze Zeit die Arbeit nieder, verabschiedete Resolutionen gegen die Einführung des Programmlohns. Otto Kock sah sich den eignen Genossen gegenüber, die nichts anderes taten als das, was eigentlich die Aufgabe der gewerkschaftlichen Vertrauensleute der IG Metall ist. Im Vertrauenskörper setzte sich nach langen Diskussionen und hart geführtem Meinungskampf die Position der Ablehnung des Programmlohns durch die IG Metall durch.

Bei der Einführung des BGJ/k (Berufsgrundbildungsjahr)auf der HDW als Modellversuch des Hamburger Senats, konnten sich im Vertrauenskörper die Kräfte behaupten, die die gewerkschaftliche Position der Ablehnung dieser Kurzausbildungsgänge zum Hilfsarbeiter vertraten. Eine Betriebsvereinbarung wurde von den Werftkapitalisten abgezwungen, die denen bei der Ausbeutung der jugendlichen Arbeitskraft gewisse Schranken setzt (Übernahmegarantie, Vertretungsrechte durch Betriebsrat und Jugendvertretung) usw. Dies seien nur einige Beispiele für den Kampf, der tagtäglich auf der HDW um die Frage geführt wurde, soll der Vertrauenskörper der IG Metall eine klassenkämpferische Politik für die Kollegen und mit ihnen machen, oder weiter immer mit einem Auge nach dem Bundeskanzler schielen.

Bei den Betriebsratswahlen nahm diese Auseinandersetzung offene Formen an. Auf dem Vertrauenskörper wurde beschlossen, die VK-Leitung zu beauftragen, ein Wahlverfahren für die Betriebsrätewahlen vorzuschlagen und zu erarbeiten. Auf der VK-Leitungssitzung von HDW wurde von Otto Kock versucht, putschartig gleich eine Liste der IGM fertigzustellen, die ihm einen sicheren Platz bot. 4 Mitglieder der VK-Leitung um Holger Mahler (ebenfalls SPD) forderten, daß entsprechend dem VK-Beschluß nur ein Verfahren festgelegt wird. Sie schlugen vor, Urwahl in den Abteilungen unter den Gewerkschaftsmitgliedern zu machen, um so die Liste der IG Metall aufzustellen.

Um die Einheit der Belegschaft gerade angesichts der geplanten Rationalisierung zu stärken, sollte diese Urwahl – wie sie die IGM auch in anderen Großbetrieben durchführte – gemacht werden. Mit einer Stimme Mehrheit wurde dies in der VKL abgelehnt. Daraufhin traten die 4 VKL-Mitglieder mit einem offenen Papier an die Belegschaft zurück. Auf der VK-Sitzung wurde ein entsprechender Antrag für ihre Position eingebracht. Johannes Müllner, 1. Bevollmächtigter der IG Metall, erklärte, so könne man nicht wählen, das verstoße gegen die Richtlinien der IGM, daß nur der VK die Liste aufstellen darf. Auch Abänderungsanträge in diese Richtung (erst Urwahl in den Abteilungen, dann Bestätigung durch die VK-Vollversammlung) wurden abgelehnt (mit 80 zu 150 Stimmen). Peters konnte so seine Liste durchsetzen. Daraufhin erklärten die zurückgetretenen VK-Leitungsmitglieder, daß sie eine eigene Liste ,,aktive Metaller" machen wollten. 40 Vertrauensleute der IG Metall fanden sich bereit auf der Liste ,,aktive Metaller" zu kandidieren, um einen kämpferischen Betriebsrat zu erhalten. In den Wahlaufrufen wurden die Forderungen gegen den Programmlohn, für gewerkschaftliche Orientierung des Betriebsrates, die aktive Mobilisierung der Belegschaft gegen die Pläne der Werftbosse aufgestellt.

Die IG Metall Verwaltungsstelle und die Ortsverwaltung reagierte in persönlichen Briefen an alle 40 Vertrauensleute mit Ausschlußdrohung ,,wegen Kandidatur auf einer gegnerischen Liste" (§11 der Satzung). Daraufhin zogen die wenigen DKP-orientierten Vertrauensleute ihre Kandidatur bei den ,,aktiven Metallern" zurück, so daß eine reine Liste Sozialdemokraten und Unorganisierter übrigblieb. Innerhalb weniger Tage wurden die 40 IG Metall-Vertrauensleute ausgeschlossen.

Schon die Unterschriftensammlung, die von der Betriebsführung immer wieder bei den ,,aktiven Metallern" behindert wurde, hätte Johannes Müllner, der gleichzeitig auch Mitglied im Landesvorstand der Hamburger SPD ist, stutzig werden lassen müssen. Seine Genossen, die bei den ,,aktiven" für einen klassenkämpferischen Betriebsrat eintraten, erhielten mehr Unterschriften als die Liste der IG Metall um Werner Peters und Otto Kock. Zugelassen zur Wahl wurden die ,,aktiven Metaller", die IG Metall, die DAG und die RGO.

Die auftretenden Probleme traten schon offen bei den Warnstreiks bei HDW auf, wo ohne die ,,aktiven Metaller" die IGM den Warnstreik hätte vergessen können. Beim bundesweiten Warnstreik war die HDW als einziger Großbetrieb in Norddeutschland nicht einbezogen, weil die Vertrauensleute nur unter der Bedingung der Wiederaufnahme der ,,aktiven Metaller" den Warnstreik organisieren wollten, der eh in allen Belegschaften umstritten war.

Bei den Betriebsratswahlen am 21. bis 23.4. hatten die ,,aktiven Metaller" ihren großen Erfolg. Sie errangen im Arbeiterbereich 1600 Stimmen, die IG Metall knapp 1000 und die RGO 150. (Das bedeutete 11 Sitze für die ,,aktiven", 8 für die IGM um Werner Peters, 1 für die RGO). Bei den Angestellten erhielt die IGM 3 Sitze, die ,,aktiven Metaller" 2 und die DAG 1.

Damit haben die ,,aktiven" die Mehrheit im Betriebsrat und entscheiden auch über die Freistellungen.

Hier wird jedoch klar, was die jetzige Situation heißt: Der nötige Zusammenschluß gegen die Werftkapitalisten ist immens gefährdet. Am günstigsten wäre die Einstellung der Ausschlußverfahren, wie es viele Hamburger IGM-Vertrauensleute an die Ortsverwaltung herangetragen haben.

In Kiel verlief die Auseinandersetzung ähnlich, hier war es nur die RGO, die über 20% der Stimmen und 5 (anstatt 3) Sitze im Betriebsrat erhielt, weil sie nichts anderes machte, als die Forderungen der IG Metall in einem gewerkschaftlichen Programm konsequent zu vertreten.

Der Riss zwischen Regierungs- und Gewerkschaftssozialdemokratie vertieft sich, was gut ist. Ohne die Aktionseinheit der Belegschaft bis rein in die Reihen der rechten Sozialdemokratie, wird die Arbeiterbewegung ihre Interessen im Kampf gegen die Kapitalisten nicht durchsetzen. Dazu ist aber auch der offene Meinungskampf innerhalb der IG Metall um richtig und falsch nötig, um eine Einheit der Belegschaften zu erkämpfen.

IG Druck und Papier offensiv gegen Entlassungsterror in Möhringen

OV Stuttgart beantragt Rechtsschutz für ausgeschlossenes Mitglied beim Hauptvorstand

has. Der Erweiterungsbau im Druckzentrum Stuttgart-Möhringen wird fensterlos sein, ähnlich einem Atombunker oder den Sicherheitstrakten neuerer Gefängnisse. Vor terroristischen Anschlägen müsse man sich schützen, erläuterte Geschäftsführer W. Leibfritz einer Belegschaftsversammlung Anfang des Jahres. Der Neubau soll ein Computerzentrum beherbergen und zum Symbol eines 'Zeitalters der Neuen Medien' aufsteigen, Sammelbegriff der Verlagskapitalisten für Telekommunikation, Satelliten- und Kabelefernsehen unter ihrer Kontrolle und Verfügung. Riskant ist die Angelegenheit nach verschiedenen Seiten, obwohl der Ministerpräsident Späth auf politischer Bühne forsch agiert. Die Neuinvestitionen überschreiten spielend die 100-Millionen-Marke, die Beschäftigten in den Zeitungsverlagen und Druckereien sind besorgt um die Zukunft ihrer Arbeitsbedingungen und Arbeitsplätze und bei der Wahrung ihrer Interessen nicht zimperlich, wie bekannt aus den Streikaktionen 1976 und 1978.

Einer besonderen Sorte von Terror im Druckzentrum hat die IG Druck und Papier ihr bezirkliches Mitteilungsorgan ,,Stuttgarter Solidarität" zum 1. Mai gewidmet: Dem Entlassungsterror der Druckzentrumskapitalisten gegen exponierte Gewerkschafts- und Belegschaftsvertreter. Die Ära der Neuen Medien verlangt von Anfang an ,,faulen Friedhofsfrieden", schrieb die Deutsche Journalisten Union in ihrem Informationsblatt; ,,es muß erlaubt sein, das Haus abzuschließen, bevor der Brandstifter drinnen sein Werk vollenden kann", ließen die Verlagskapitalisten beim jüngsten Kündigungsschutzprozeß vor dem Arbeitsgericht erklären.

Die auf Schwächung der Gewerkschaft und Demütigung der Belegschaft abzielenden Entlassungen erfolgten seit Anfang des Jahres Schlag auf Schlag. Man glaubte Morgenluft zu wittern, nachdem es dem Ortsverein Stuttgart der IG Druck und Papier trotz hartnäckigen Widerstands nicht gelungen war, den Ausschluß des Vorstandsmitgliedes und Betriebsrates am Druckzentrum H. Schöpfer durch den Hauptvorstand zu verhindern. Gleich zu Beginn wurde der stellvertretende Bezirks- und Ortsvereinsvorsitzende J. Michels aufs Korn genommen, Betriebsratsmitglied im Druckzentrum. Sein Gegenangriff auf verdeckte Massenänderungskündigungen im Satzbetrieb, vorgetragen in einem Artikel in der ,,Stuttgarter Solidarität", wurde zum Anlaß einer fristlosen Kündigung wegen Ruf-, Ehr- und Geschäftsschädigung. Auf dem Fuß folgte die fristlose Entlassung eines aktiven Gewerkschaftsmitgliedes aus dem Verlag der ,,Stuttgarter Nachrichten" wegen Verteilens dieser Gewerkschaftszeitung im Betrieb. Kurze Zeit später wurde der amtierende Betriebsobmann H. Schöpfer fristlos gekündigt und mit sofortigem Hausverbot belegt; als Vorwand diente ein Aushang am Schwarzen Brett des Betriebsrates, der einige Betrügereien der Geschäftsführung gegenüber den Kollegen einer Abteilung aufdeckte. In der breit verteilten Mai-Nummer der ,,Stuttgarter Solidarität" schreibt die IG Druck und Papier unter der Überschrift ,,Entlassungsterror": ,,Wer dennoch wagt, Mißstände anzuprangern, der bekommt den Terror von oben sehr schnell zu spüren: ,Fristlose Kündigung' heißt die Antwort der Druckkapitalisten ... Die Unternehmer fürchten unserer Solidarität, weil sie wissen, daß dies die sicherste Kraft ist, die ihre Macht überwinden kann ... Darum auch über den 1. Mai hinaus: Kampf dem Entlassungsterror! Solidarität ist unsere Stärke!"

Die Mitgliederversammlung im OV Stuttgart hatte in Vorbereitung der DGB-Demonstration am 1. Mai den Beschluß gefasst, mit einer ihrer Hauptlosungen gegen den Entlassungsterror zu demonstrieren. In den laufenden Kündigungsschutzprozessen wurden bei zahlreicher Anwesenheit von Gewerkschaftsmitgliedern in 1. Instanz einige wichtige Erfolge erzielt. Für das ausgeschlossene Mitglied H. Schöpfer hat die Versammlung beim Hauptvorstand gewerkschaftlichen Rechtsschutz beantragt ,,in der gleichen Qualität, wie dies im Falle seiner weiterbestehenden Mitgliedschaft der Fall gewesen wäre."

ze der HDW (um 6000) bedeuten. Das Werftprogramm der Bundesregierung wurde eifrig von den Sozialdemokraten innerhalb der Bezirksleitung der IG Metall Hamburg um Otto v. Steeg gegenüber den Belegschaften verteidigt. So mußten die Werftkapitalisten zum erstenmal deutlich bei dem Versuch, auf beiden Werften den sogenannten Programmlohn einzuführen, den sich regenden Widerstand aus der Belegschaft spüren.

Die andere Strömung inerhalb der Gewerkschaft, auch meist sozialdemokratische Vertrauensleute, begann auf Grundlage der Interessen der Kollegen den Kampf dagegen zu organisieren. Die Bordmontage legte für kurze Zeit die Arbeit nieder, verabschiedete Resolutionen gegen die Einführung des Programmlohns. Otto Kock sah sich den eignen Genossen gegenüber, die nichts anderes taten als das, was eigentlich die Aufgabe der gewerkschaftlichen Vertrauensleute der IG Metall ist. Im Vertrauenskörper setzte sich nach langen Diskussionen und hart geführtem Meinungskampf die Position der Ablehnung des Programmlohns durch die IG Metall durch.

Bei der Einführung des BGJ/k (Berufsgrundbildungsjahr)auf der HDW als Modellversuch des Hamburger Senats, konnten sich im Vertrauenskörper die Kräfte behaupten, die die ge-

den Gewerkschaftsmitgliedern zu machen, um so die Liste der IG Metall aufzustellen.

Um die Einheit der Belegschaft gerade angesichts der geplanten Rationalisierung zu stärken, sollte diese Urwahl – wie sie die IGM auch in anderen Großbetrieben durchführte – gemacht werden. Mit einer Stimme Mehrheit wurde dies in der VKL abgelehnt. Daraufhin traten die 4 VKL-Mitglieder mit einem offenen Papier an die Belegschaft zurück. Auf der VK-Sitzung wurde ein entsprechender Antrag für ihre Position eingebracht. Johannes Müllner, 1. Bevollmächtigter der IG Metall, erklärte, so könne man nicht wählen, das verstoße gegen die Richtlinien der IGM, daß nur der VK die Liste aufstellen darf. Auch Abänderungsanträge in diese Richtung (erst Urwahl in den Abteilungen, dann Bestätigung durch die VK-Vollversammlung) wurden abgelehnt (mit 80 zu 150 Stimmen). Peters konnte so seine Liste durchsetzen. Daraufhin erklärten die zurückgetretenen VK-Leitungsmitglieder, daß sie eine eigene Liste ,,aktive Metaller" machen wollten. 40 Vertrauensleute der IG Metall fanden sich bereit auf der Liste ,,aktive Metaller" zu kandidieren, um einen kämpferischen Betriebsrat zu erhalten. In den Wahlaufrufen wurden die Forderun-

bunker oder den Sicherheitstrakten neuerer Gefängnisse. Vor terroristischen Anschlägen müsse man sich schützen, erläuterte Geschäftsführer W. Leibfritz einer Belegschaftsversammlung Anfang des Jahres. Der Neubau soll ein Computerzentrum beherbergen und zum Symbol eines 'Zeitalters der Neuen Medien' aufsteigen, Sammelbegriff der Verlagskapitalisten für Telekommunikation, Satelliten- und Kabelefernsehen unter ihrer Kontrolle und Verfügung. Riskant ist die Angelegenheit nach verschiedenen Seiten, obwohl der Ministerpräsident Späth auf politischer Bühne forsch agiert. Die Neuinvestitionen überschreiten spielend die 100-Millionen-Marke, die Beschäftigten in den Zeitungsverlagen und Druckereien sind besorgt um die Zukunft ihrer Arbeitsbedingungen und Arbeitsplätze und bei der Wahrung ihrer Interessen nicht zimperlich, wie bekannt aus den Streikaktionen 1976 und 1978.

Einer besonderen Sorte von Terror im Druckzentrum hat die IG Druck und Papier ihr bezirkliches Mitteilungsorgan ,,Stuttgarter Solidarität" zum 1. Mai gewidmet: Dem Entlassungsterror der Druckzentrumskapitalisten gegen exponierte Gewerkschafts- und Belegschaftsvertreter. Die Ära der Neuen Medien verlangt von Anfang an ,,faulen Friedhofsfrieden", schrieb die

der Brandstifter drinnen sein Werk vollenden kann", ließen die Verlagskapitalisten beim jüngsten Kündigungsschutzprozeß vor dem Arbeitsgericht erklären.

Die auf Schwächung der Gewerkschaft und Demütigung der Belegschaft abzielenden Entlassungen erfolgten seit Anfang des Jahres Schlag auf Schlag. Man glaubte Morgenluft zu wittern, nachdem es dem Ortsverein Stuttgart der IG Druck und Papier trotz hartnäckigen Widerstands nicht gelungen war, den Ausschluß des Vorstandsmitgliedes und Betriebsrates am Druckzentrum H. Schöpfer durch den Hauptvorstand zu verhindern. Gleich zu Beginn wurde der stellvertretende Bezirks- und Ortsvereinsvorsitzende J. Michels aufs Korn genommen, Betriebsratsmitglied im Druckzentrum. Sein Gegenangriff auf verdeckte Massenänderungskündigungen im Satzbetrieb, vorgetragen in einem Artikel in der ,,Stuttgarter Solidarität", wurde zum Anlaß einer fristlosen Kündigung wegen Ruf-, Ehr- und Geschäftsschädigung. Auf dem Fuß folgte die fristlose Entlassung eines aktiven Gewerkschaftsmitgliedes aus dem Verlag der ,,Stuttgarter Nachrichten" wegen Verteilens dieser Gewerkschaftszeitung im Betrieb. Kurze Zeit später wurde der amtierende Betriebsobmann H. Schöpfer fristlos gekündigt und mit soforti-

trügereien der Geschäftsführung gegenüber den Kollegen einer Abteilung aufdeckte. In der breit verteilten Mai-Nummer der ,,Stuttgarter Solidarität" schreibt die IG Druck und Papier unter der Überschrift ,,Entlassungsterror": ,,Wer dennoch wagt, Mißstände anzuprangern, der bekommt den Terror von oben sehr schnell zu spüren: ,Fristlose Kündigung' heißt die Antwort der Druckkapitalisten ... Die Unternehmer fürchten unserer Solidarität, weil sie wissen, daß dies die sicherste Kraft ist, die ihre Macht überwinden kann ... Darum auch über den 1. Mai hinaus: Kampf dem Entlassungsterror! Solidarität ist unsere Stärke!"

Die Mitgliederversammlung im OV Stuttgart hatte in Vorbereitung der DGB-Demonstration am 1. Mai den Beschluß gefasst, mit einer ihrer Hauptlosungen gegen den Entlassungsterror zu demonstrieren. In den laufenden Kündigungsschutzprozessen wurden bei zahlreicher Anwesenheit von Gewerkschaftsmitgliedern in 1. Instanz einige wichtige Erfolge erzielt. Für das ausgeschlossene Mitglied H. Schöpfer hat die Versammlung beim Hauptvorstand gewerkschaftlichen Rechtsschutz beantragt ,,in der gleichen Qualität, wie dies im Falle seiner weiterbestehenden Mitgliedschaft der Fall gewesen wäre."

Japan: Tarifabschlüsse knapp unter der Teuerungsrate

gek. Ein Streik der 206000 Eisenbahnarbeiter wurde in letzter Minute abgesagt, nachdem auch hier sich Gewerkschaften und Arbeitgeber auf eine Lohnerhöhung von 7,6% rückwirkend ab 1. April geeinigt haben. Dies war der letzte der Tarifabschlüsse dieses Jahres, die sämtlich in schneller Reihenfolge ohne größere Arbeitskämpfe zustande kamen. Die Lohn- und Gehaltserhöhungen liegen zwischen 7 und 8%; die Forderungen hatten 10 bis 11% betragen. Die offizielle Steigerungsrate der Verbraucherpreise für dies Jahr wird auf 8% vorausgesagt. – Im letzten Jahr sind die Tarifabschlüsse um 2,5% hinter der Preissteigerungsrate zurückgeblieben; allerdings sind in den meisten Großbetrieben stärkere Erhöhungen der außertariflichen Zulagen erreicht worden. Damit hat sich der Unterschied zu den Löhnen der Arbeiter in den Kleinbetrieben (von mehr als 50%) weiter gesteigert.

Ford-Werk in Amsterdam besetzt – Solidarität

gek. Die 1650 Arbeiter und Angestellten des Ford-LKW-Werks in Amsterdam haben, nachdem Pläne zur Verlagerung der Produktion nach Österreich bekannt geworden sind, den Betrieb besetzt und in eigene Regie übernommen. ,,Die Produktion läuft wie üblich", haben sie mitgeteilt – jedenfalls solange noch Teile da sind. Die niederländische Gewerkschaft hat mit den britischen und westdeutschen Ford-Arbeitern Absprachen getroffen, daß keins der andern Werke die Produktion von Amsterdam übernimmt. Mit der Betriebsgewerkschaft des englischen Ford-Werks Langley ist überdies ein Plan über eine künftige Arbeitsteilung ausgearbeitet worden; der Lieferwagen Delta Typ 1 und 2 soll in Langley, Typ 3 in Amsterdam gebaut werden. Dies soll der europäischen Konzernleitung von Ford vorgelegt werden. ,,Diese Form europäischer Solidarität zwischen Gewerkschaften ist einmalig", hat der Vorsitzende der niederländischen Industriearbeiter, Henk Vos, gesagt.

Süditalien: Belegschaft übernimmt Produktion

hah. In vielen Werken des in die Krise geratenen Montedison-Konzerns kämpfen die Belegschaften gegen Kurzarbeit und drohende Massenentlassungen. Im petro-chemischen Montedison-Werk in Brindisi (Süditalien), das seit 20 Jahren besteht, aber von dessen 26 Produktionsanlagen heute nur noch 7 in Betrieb sind, griffen die Beschäftigten jetzt zu einem anderen Kampfmittel. Als die Werksleitung am 21. April die Produktion einer weiteren Abteilung stillegen wollte, antworteten die Beschäftigten mit der Übernahme der Produktion in die ,,Selbstverwaltung". Der Fabrikrat hatte diese Aktion insbesondere auch dadurch vorbereitet, daß die technischen Angestellten in die Aktionseinheit einbezogen wurden, da ihre Mitarbeit für das Fahren der hochempfindlichen automatischen Anlagen unerläßlich ist. Am 22. April wollte die Werksleitung die Stillegung dadurch erzwingen, daß sie die Stechkarten für die Abteilung verschwinden ließ. Die Antwort der Belegschaft: Demonstration durch das Werk, Versammlung vor dem Sitz der Direktion und Beschluß, nun das ganze Werk in ,,Selbstverwaltung" zu übernehmen – u.a. deshalb, weil die Produktion der von der Stillegung bedrohten Abteilungen vom Zufluß der Produktion aus anderen Abteilungen abhängt. Die gesamte Werksproduktion läuft seitdem störungslos; inzwischen wurde auch die Produktion einer schon vor 2 Monaten stillgelegten Abteilung wieder angefahren. Der Fabrikrat betrachtet die Weiterführung der Produktion nicht als ,,Lösung" – sowohl die Rohstoffversorgung als auch der Absatz der petro-chemischen Produkte sind nicht gesichert –, sondern als demonstrativen Kampfschritt, mit dem Verhandlungen über die Zukunft des ganzen Werks erzwungen werden sollen.



VW do Brasil hat in den letzten Tagen versucht, von der brasilianischen Regierung wieder Exportvergünstigungen zu bekommen und gleichzeitig gedroht, wenn nicht in den nächsten Tagen ein großer Exportabschluß erzielt werde, ab Mitte Mai 2000 Arbeiter zu entlassen, ursprünglich hatte es sogar 5000 geheißen. Ein Direktor von VW do Brasil ist aus Protest gegen Entlassungen, im 1. Vierteljahr '81 9000, zurückgetreten wie auch als Präsident der Automobilfabrikanten.

Abschlüsse in Druckindustrie und Papierverarbeitung

acm. Während in der vergangenen Woche in der Druckindustrie ein Abschluß von 5,0% vereinbart wurde und Mahlein meinte: ,,Wir haben eine Fünf vor dem Komma erreicht und damit ein Tabu durchbrochen", dem gegenüber jedoch die Kapitalisten Zufriedenheit darüber erklärten, daß ,,keine Zusatzbelastungen" wie Streichung der unteren Lohngruppen durch die Druck und Papier durchgesetzt werden konnten – wurde in der Papierverarbeitung mit 4,9% abgeschlossen, bei einer schrittweisen Angleichung der Ecklöhne zwischen Regionalbezirken. Die Erhöhung für die Auszubildenden beträgt hier 30 DM im 1., 20 DM im 2. und 10 DM im 3. Lehrjahr.

Abschlüsse im HBV-Bereich und ,,Zwischenangebot"

acm. Am vergangenen Mittwoch schloß die DAG einseitig eine Tarifvereinbarung mit den Bankkapitalisten ab, die Lohnerhöhungen zum 1.3. von 4,8% sowie geringe Verbesserungen beim Urlaub vorsieht. Die HBV betrachtet dieses Ergebnis nur als ,,Zwischenangebot", und der Vorstand will am 4.5. entscheiden. – Im NRW-Großhandel wurden zum 1.3. 4,9% Lohnerhöhungen sowie Änderungen beim Urlaub beschlossen. – Ebenfalls 4,9% Lohnerhöhung wurde für den Bereich Versicherungen abgeschlossen zum 1.4., wobei auch hier durch Urlaubsvereinbarungen und Staffelungsänderungen das Gesamtvolumen nach Angaben der HBV bei weit über 5% liegt.

Zu Ergebnissen des Tarifkampfes in der Industrie

Sicherung des Realeinkommens im Bergbau nicht erreicht

cat. Das am 25. April 1981 in der vierten Verhandlungsrunde zwischen der IG Bergbau und Energie und dem Unternehmerverband Ruhrbergbau, der bis dahin noch kein Angebot vorgelegt hatte, abgeschlossene Verhandlungsergebnis der diesjährigen Tarifrunde umfaßt folgende Festlegungen:

- Die Löhne und Gehälter werden ab 1. Mai 1981 um 4,6 Prozent erhöht. Die Ausbildungsvergütungen steigen entsprechend.
- Die Laufzeit der neuen Tarifverträge wurde auf 12 Monate festgesetzt.
- Das Gehaltsgruppenverzeichnis für die Untertage-Angestellten wurde um zwei auf jetzt sechs Gruppen erweitert und die Eingruppierung erfolgt nach der tatsächlich ausgeübten Tätigkeit.
- Die Leistungszulagen für Untertage-Angestellte wurden neu geregelt. Die bisherigen festen Leistungszulagen gehen in Höhe von 5 Prozent in die Grundgehälter ein, dazu kommt eine variable Leistungszulage auf der Grundlage einer personenbezogenen Leistungsbeurteilung ohne meßbare Beurteilungskriterien in Höhe von 0 bis 10 Prozent, die nach drei Einsatzbereichen mit unterschiedlichen Bemessungsfaktoren gestaffelt sind.
- In diese Regelung wird ein Teil der Übertage-Angestellten mit einbezogen. Für das Beurteilungsverfahren in beiden Fällen müssen noch Regelungen bis spätestens zum 30. Juni getroffen werden, die Neuordnung soll am 1. Oktober 1981 in Kraft treten.
- Für die Rentner und deren Witwen wurde die Möglichkeit eines verbilligten Zukaufs von 2 t Hausbrand vereinbart.
- Die Sicherheitshauer im Abbau wurden in die Lohnordnung aufgenommen und in die Lohngruppe 13 eingestuft.
- Die Vertreterzulagen für die Angestellten, die Vertretungsaufgaben wahrzunehmen haben, wurden verbessert.
- Die Jahresvergütung (Urlaubs- und Weihnachtsgeld) erhöht sich von bisher 2457 auf jetzt 2570 DM. Für die Auszubildenden tritt eine Erhöhung von 1170 auf 1226 DM ein.
- Die Gewährung von zwei weiteren Freischichten für den Kreis der Anspruchsberechtigten erfolgt ab 1. Januar 1982. Damit sind vier Freischichten erreichbar.
- Freischichten werden im Falle des Ausscheidens aus dem Bergbau auch dann gewährt, wenn die erforderliche Anzahl von Zählschichten (32 Schichten mit Beginn ab 18 Uhr und später / Halbjahr) zehn Tage vor dem Ausscheiden erreicht ist.
- Die Verdienstsicherung für Arbeitsschutzbetroffene soll gemäß einer Erklärung der beiden Tarifparteien bis zum 30. Juni 1981 geregelt werden.
- In einer Erklärung stimmten die beiden Tarifparteien darin überein, daß zusätzlich zum Gedinge neue Entlohnungsformen der Leistungsentlohnung entwickelt werden sollen.

Zusammenfassend kann man folgendes sagen: Die für alle gleich gezahlte Erhöhung der Jahresvergütung, ausgenommen die Auszubildenden, bewirkt eine tatsächliche Lohnerhöhung von 4,9 % (jeweils höchste Lohn- und Gehaltsgruppe) bis zu 5,1 % (Lohngruppe 8). Damit ist die Sicherung des Realeinkommens, erklärtes Ziel der Tarifrunde von seiten der IGBE, nicht erreicht. Des weiteren läßt sich eine erneute Schwerpunktlegung auf die Untertage-Beschäftigten feststellen. Ein Hauer, 3-Schichten, kommt ab Januar 81 unter Berücksichtigung der zusätzlichen Freischichten im günstigsten Fall auf eine Lohnerhöhung von ca. 6,1 %. Wie sich die Bemühungen um „mehr Gerechtigkeit für die Angestellten" auswirken, muß noch untersucht werden. Die Meinung der Kumpel zum Abschluß: Zu wenig, und bezüglich der Prozente ein Schlag in den Rücken der IG Metall.

Abschluß im Südwesten – Gesamtmetall will ihn nicht übertragen

Neue Löhne, Lohnerhöhungen

Lohngr.	Neu. Lohn DM	Lohnerh. DM	A %	B %
1/2	8,00	64,01	6,06	5,97
3	8,36	67,47	6,01	5,93
4	8,61	69,20	5,94	5,86
5	8,91	72,66	5,94	5,86
6	9,32	76,12	5,86	5,79
7	9,81	79,58	5,75	5,68
8	10,50	84,77	5,62	5,56
9	11,18	89,96	5,51	5,46
10	11,85	95,15	5,42	5,38
11	12,55	102,26	5,40	5,36
12	13,25	107,26	5,31	5,28

A bezeichnet die Lohnerhöhung bzw. Gehaltserhöhung in %, wenn die 320 DM auf die gesamte Laufzeit umgerechnet werden; B dito, mit Berücksichtigung der tariflichen Sonderzahlungen.

Neue Gehälter, Gehaltserhöhungen

Gehalts-gruppe	N. Gehalt DM	Erhöhg. DM	A %	B %
Kaufmännische Angestellte				
K1	1602	75	5,84	5,77
K2	1962	92	5,53	5,48
K3	2313	108	5,29	5,26
K4	2670	125	5,14	5,12
K5	3026	141	5,00	4,98
K6	3370	157	4,90	4,90
K7	3651	171	4,86	4,87
Technische Angestellte				
T1	1847	85	5,54	5,48
T2	2208	103	5,34	5,31
T3	2583	121	5,18	5,16
T4	2934	137	5,04	5,02
T5	3270	169	4,95	4,94
T6	3609	169	4,87	4,87
T7	3999	187	4,79	4,80

geh. Nebenstehender Abschluß wurde für Nordwürttemberg/Nordbaden vereinbart. Die Ausbildungsvergütungen betragen im 1. Ausbildungsjahr 555 DM, im 2. Ausbildungsjahr 610 DM; im 3. Ausbildungsjahr 690 DM und im 4. Ausbildungsjahr 760 DM. Der Verband der Metallindustriellen Württembergs verzichtete auf Regreßforderungen wegen Streiks, hat sich aber die Möglichkeit vorbehalten, gerichtlich die Warnstreiks für unrechtmäßig erklären zu lassen.

Nachdem die von den Kapitalisten vorgelegten Modelle, 4,7% und Einmalzahlungen bis zu 145 DM bei 12 Monaten Laufzeit wie auch eine Aufstockung dieses Vorschlags auf 4,8% von der IG Metall abgelehnt war, stimmten die Kapitalistenvertreter dem nebenstehenden Abschluß zu. Gesamtmetall weigert sich, diesen Abschluß auf die anderen Tarifgebiete zu übertragen. NRW und Bayern wollen insbesondere die Pauschalbeträge nicht zahlen. Die IG Metall hat erneute Kampfaktionen für den Fall angedroht.

Schiedsspruch im Bauhauptgewerbe: 4% und Erhöhung des 13. Monatseinkommens

koe. Gegenwärtig läuft in der Industriegewerkschaft Bau, Steine, Erden eine Befragung der Mitglieder per Postkarte, ob sie den Schiedsspruch annehmen, der vom Volumen her 4% mehr Lohn und 0,84% beim 13. Monatseinkommen bringt. In diesem Jahr hatte die IGBSE, wenn man die Entwicklung bis zu dem Schiedsspruch betrachtet, einige schwierige Aufgaben zu lösen.

Der Bundesrahmentarifvertrag, der zum 31. Dezember '80 ausgelaufen war, mußte Anfang des Jahres abgeschlossen werden, weiter war am 31. Dezember der Tarifvertrag zum 13. Monatseinkommen ausgelaufen, und drittens lag die IGBSE bei diesen Tarifverhandlungen sehr früh vor den beiden großen Gewerkschaften IG Metall und ÖTV, da der Tarifvertrag des letzten Jahres nur eine Laufzeit von 11 Monaten gehabt hatte.

Beim Bundesrahmentarifvertrag konnte die IGBSE besonders bei der Fahrtkostenregelung ein gutes Ergebnis erzielen. Bei der Bemessung der Entfernungen wurden jetzt nicht mehr der Betriebssitz, sondern die tatsächlich zurückgelegten Kilometer von der Wohnung bis zur Baustelle zugrunde gelegt. Es wurden Pauschalsätze auch für Zweiradfahrer festgesetzt. Weiter wurde die Regelung durchgesetzt, daß bei Abwesenheit von der Wohnung pro Arbeitstag von mehr als 10 Stunden, ein Verpflegungszuschuß pro Tag von 5 DM gezahlt werden muß. Da diese 5 DM steuerfrei sind und weil fast jeder gewerblich Beschäftigte im Bauhauptgewerbe von Montag bis Donnerstag 8,75 bis 9 Stunden arbeitet, bekommt fast jeder Beschäftigte diese 5 DM, das bedeutet im Monat 80 bis 100 DM mehr. Dies war insgesamt ein Erfolg gewesen.

Am 26./27. Februar wurde ein Tarifvorschlag von der Großen Tarifkommission mit knapper Mehrheit (33 zu 36) angenommen, der 4% und eine Erhöhung beim 13. Monatseinkommen vorsah. Obwohl die Regelung beim Maurer, wenn er fast das ganze Jahr durchgearbeitet hätte, eine Erhöhung von 834,60 DM auf 1074,96 gebracht hätte, und obwohl bei dieser Regelung Arbeiter anspruchsberechtigt sind auch wenn sie gekündigt haben, hatte diese Regelung entscheidende Nachteile: Sie wurde nur auf der Basis der geleisteten Arbeitsstunden berechnet, und nicht wie vorher ein Pauschalstundensatz berechnet. Bei dem hohen Krankenstand und der hohen Unfallhäufigkeit im Baugewerbe und bei den vielen Ausfalltagen durch Schlechtwetter (oft 4 bis 8 Wochen im Jahr) hätte diese Regelung für einen großen Teil der Beschäftigten eine Verschlechterung bedeutet. Das ist auch der Grund, warum der Hauptvorstand aufgrund des Drucks der Mitglieder diesen Tarifvorschlag beim Ablaufen der Erklärungsfrist ablehnen mußte. Neben dem Hauptkritikpunkt, der Regelung zum 13. Monatseinkommen, wurde aber auch der 4%-Abschluß kritisiert, da es nach Meinung vieler Mitglieder darauf ankommt, zusammen mit den großen Gewerkschaften einen Inflationsausgleich zu erkämpfen.

Der Schiedsspruch ist in Bezug auf das 13. Monatseinkommen bedeutend besser, da jetzt '81 78 Stundenlöhne und '82 102 Stundenlöhne berechnet werden. Das würde beim Facharbeiter eine Verbesserung von 282,18 DM bedeuten. Diese Seite des Abschlusses ist gut, dennoch ist es nicht richtig, diese Verbesserung auf die 4% anzurechnen. Die Lohnerhöhung 4% ist gemessen an dem Ergebnis von Metall, das im Volumen mindestens 5,3% Lohnerhöhung bedeutet, zu niedrig. Die Schwierigkeit, im Baugewerbe einen Streik zu organisieren, weil 50% in Betrieben von 1–50 Mann arbeiten, wird die Mehrheit in der Tarifkommission bewogen haben, dieses Ergebnis anzunehmen. Dieses Argument sticht aber nicht, da die IGBSE in den nächsten Jahren auch bei den bekannten Schwierigkeiten nicht umhin kommen wird, Kampfmaßnahmen zu erproben.

bil. Sechs Mitglieder der DKP und ein NPD-Mitglied sind seit dem 1. April nicht mehr Beamte. Sie haben das Angebot der Regierung angenommen, daß Übernahme in ein Angestelltenverhältnis vorsah. Gegen alle waren Diszi-

Vom Beamten zum Angestellten wegen mangelnder politischer Treue?

Regierung macht Scheinangebot / inoffizielle Weichen für den gesamten öffentlichen Dienst

Behörde darf sich nicht auf die Prüfung formaler Merkmale wie Mitgliedschaft und Aktivitäten in Vereinigungen und politischen Parteien beschränken (Bundesarbeitsgericht). Von diesen Tatsachen her ist das Gerangel der Regierung mit der Übernahme ins An-

Leistungsbeurteilung ohne meßbare Beurteilungskriterien in Höhe von 0 bis 10 Prozent, die nach drei Einsatzbereichen mit unterschiedlichen Bemessungsfaktoren gestaffelt sind.
- In diese Regelung wird ein Teil der Übertage-Angestellten mit einbezogen. Für das Beurteilungsverfahren in beiden Fällen müssen noch Regelungen bis spätestens zum 30. Juni getroffen werden, die Neuordnung soll am 1. Oktober 1981 in Kraft treten.
- Für die Rentner und deren Witwen wurde die Möglichkeit eines verbilligten Zukaufs von 2 t Hausbrand vereinbart.
- Die Sicherheitshauer im Abbau wurden in die Lohnordnung aufgenommen und in die Lohngruppe 13 eingestuft.
- Die Vertreterzulagen für die Angestellten, die Vertretungsaufgaben wahrzunehmen haben, wurden verbessert.

Zusammenfassend kann man folgendes sagen: Die für alle gleich gezahlte Erhöhung der Jahresvergütung, ausgenommen die Auszubildenden, bewirkt eine tatsächliche Lohnerhöhung von 4,9 % (jeweils höchste Lohn- und Gehaltsgruppe) bis zu 5,1 % (Lohngruppe 8). Damit ist die Sicherung des Realeinkommens, erklärtes Ziel der Tarifrunde von seiten der IGBE, nicht erreicht. Des weiteren läßt sich eine erneute Schwerpunktlegung auf die Untertage-Beschäftigten feststellen. Ein Hauer, 3-Schichten, kommt ab Januar 81 unter Berücksichtigung der zusätzlichen Freischichten im günstigsten Fall auf eine Lohnerhöhung von ca. 6,1 %. Wie sich die Bemühungen um „mehr Gerechtigkeit für die Angestellten" auswirken, muß noch untersucht werden. Die Meinung der Kumpel zum Abschluß: Zu wenig, und bezüglich der Prozente ein Schlag in den Rücken der IG Metall.

wicklung bis zu dem Schiedsspruch betrachtet, einige schwierige Aufgaben zu lösen.

Der Bundesrahmentarifvertrag, der zum 31. Dezember '80 ausgelaufen war, mußte Anfang des Jahres abgeschlossen werden, weiter war am 31. Dezember der Tarifvertrag zum 13. Monatseinkommen ausgelaufen, und drittens lag die IGBSE bei diesen Tarifverhandlungen sehr früh vor den beiden großen Gewerkschaften IG Metall und ÖTV, da der Tarifvertrag des letzten Jahres nur eine Laufzeit von 11 Monaten gehabt hatte.

Beim Bundesrahmentarifvertrag konnte die IGBSE besonders bei der Fahrtkostenregelung ein gutes Ergebnis erzielen. Bei der Bemessung der Entfernungen wurden jetzt nicht mehr der Betriebssitz, sondern die tatsächlich zurückgelegten Kilometer von der Wohnung bis zur Baustelle zugrunde gelegt. Es wurden Pauschalsätze auch für Zweiradfahrer festgesetzt. Weiter

8,75 bis 9 Stunden arbeitet, bekommt fast jeder Beschäftigte diese 5 DM, das bedeutet im Monat 80 bis 100 DM mehr. Dies war insgesamt ein Erfolg gewesen.

Am 26./27. Februar wurde ein Tarifvorschlag von der Großen Tarifkommission mit knapper Mehrheit (33 zu 36) angenommen, der 4% und eine Erhöhung beim 13. Monatseinkommen vorsah. Obwohl die Regelung beim Maurer, wenn er fast das ganze Jahr durchgearbeitet hätte, eine Erhöhung von 834,60 DM auf 1074,96 gebracht hätte, und obwohl bei dieser Regelung Arbeiter anspruchsberechtigt sind auch wenn sie gekündigt haben, hatte diese Regelung entscheidende Nachteile: Sie wurde nur auf der Basis der geleisteten Arbeitsstunden berechnet, und nicht wie vorher ein Pauschalstundensatz berechnet. Bei dem hohen Krankenstand und der hohen Unfallhäufigkeit im Baugewerbe und bei den vielen Ausfalltagen durch Schlechtwet-

Gewerkschaften einen Inflationsausgleich zu erkämpfen.

Der Schiedsspruch ist in Bezug auf das 13. Monatseinkommen bedeutend besser, da jetzt '81 78 Stundenlöhne und '82 102 Stundenlöhne berechnet werden. Das würde beim Facharbeiter eine Verbesserung von 282,18 DM bedeuten. Diese Seite des Abschlusses ist gut, dennoch ist es nicht richtig, diese Verbesserung auf die 4% anzurechnen. Die Lohnerhöhung 4% ist gemessen an dem Ergebnis von Metall, das im Volumen mindestens 5,3% Lohnerhöhung bedeutet, zu niedrig. Die Schwierigkeit, im Baugewerbe einen Streik zu organisieren, weil 50% in Betrieben von 1–50 Mann arbeiten, wird die Mehrheit in der Tarifkommission bewogen haben, dieses Ergebnis anzunehmen. Dieses Argument sticht aber nicht, da die IGBSE in den nächsten Jahren auch bei den bekannten Schwierigkeiten nicht umhin kommen wird, Kampfmaßnahmen zu erproben.

Vom Beamten zum Angestellten wegen mangelnder politischer Treue?

Regierung macht Scheinangebot / inoffizielle Weichen für den gesamten öffentlichen Dienst

bil. Sechs Mitglieder der DKP und ein NPD-Mitglied sind seit dem 1. April nicht mehr Beamte. Sie haben das Angebot der Regierung angenommen, daß Übernahme in ein Angestelltenverhältnis vorsah. Gegen alle waren Disziplinarverfahren wegen mangelnder politischer Treue anhängig. Vorerst sind von der Übernahme nur Beamte der Bahn betroffen – Zugschaffner, Lokomotivführer usw. –. Bundespostminister Gscheidle lehnt bis jetzt Gleiches für die Post ab. Der wohl bekannteste Fall, der des Postbeamten Hans Peter, war im letzten Jahr von der Bundesdisziplinarkammer freigesprochen worden. Die Begründung legte die Einleitung eines neuen Disziplinarverfahrens nahe: Dem Postbeamten wurde ein „Verbotsirrtum" zugerechnet, weil er wegen widersprüchlicher Rechtsprechung nicht wissen könne, daß die Mitgliedschaft und Betätigung für die DKP den Makel politischer Treuepflichtverletzung trägt. Bundesdisziplinaranwalt Clausen hat gegen das Urteil Berufung eingelegt.

Bewegung in der „Radikalenfrage"? Die CDU spricht von einer Umgehung des Verfassungs- und Beamtenrechts. Helmut Schmidt in der Regierungserklärung: „Wir wollen keine Extremisten im Staatsdienst. Wir wollen aber auch keine Opportunisten und Angepaßte. Wir werden nach Möglichkeiten suchen, bei der Prüfung der Verfassungstreue von Beamten dem Prinzip der Verhältnismäßigkeit dadurch Geltung zu verschaffen, daß die Anforderungen nach den unterschiedlichen Funktionen differenziert werden". Vordergründig wird der Streit darum geführt, ob ein Zugschaffner dasselbe Maß an Verfassungstreue aufbringen muß wie ein Ministerialdirektor. Hinter dieser Kulisse sind die Weichen für eine Lösung für den gesamten öffentlichen Dienst durch die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts und anderer Obergerichte schon lange gestellt. Das Angebot der Regierung ist ein Stück „Funktionsdifferenzierung".

Das geltende Beamtenrecht widerspricht in gewisser Weise der objektiven Entwicklung im öffentlichen Dienst. Die innerhalb des Kapitalismus normale Notwendigkeit, die Arbeitskraft wie jede andere Ware zu verkaufen, um leben zu können, erfährt bei den Beamten eine besondere Charakterisierung. Arbeiten und mehrarbeiten müssen sie auch, aber „das Eigentümliche des Beamtenverhältnisses liegt darin, daß es die Beteiligten in umfassender Weise rechtlich in Anspruch nimmt; es begründet für die Beamten vor allem eine besondere Treuepflicht gegenüber dem Staat und seiner Verfassung, sowie die Pflicht, seine volle Arbeitskraft dem Dienstherrn lebenslang zur Verfügung zu stellen" (BVerfGE 44, 249ff). Für die lebenslange Beschlagnahme der Arbeitskraft erhält der Beamte weder Lohn noch Gehalt, nein er bekommt Alimente, wie ein uneheliches Kind. Die Alimentierung muß standesgemäß sein. Bei einem Postbeamten kann der Sozialhilfesatz ausreichen, während die oben zitierte Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts, die von Richtern, Professoren und Offizieren herbeigeführt wurde, durchaus deren Interesse an hohen Alimenten als berechtigt anerkannte. Das Lohnverhältnis ist in dieser Definition ausgelöscht, und nicht umsonst gerät die feudale Abhängigkeit vom Dienstherrn in Widerspruch mit den tatsächlichen Verhältnissen der Masse der Beamten im öffentlichen Dienst. Für die Regierung sind Unkündbarkeit, Altersversorgung usw. Gründe, das Beamtenrecht zu ändern.

Der Ausbau der Verfassungsschutzämter ist Ausdruck der Tendenz das mysteriöse Ding, die politische Treue, irgendwie faßbar zu kontrollieren. Treue oder das Gewissen, ganz unterschiedliche innere Vorgänge, sind beide zu Gegenständen geworden, die taxierbar, meßbar und direkt Gestalt angenommen zu haben scheinen. Seit den Ministerpräsidentenbeschlüssen von 1972 sind die Urteile zur politischen Treuepflicht Legion: „Dem Beamten obliegt eine besondere Treuepflicht gegenüber Staat und Verfassung. Die Treuepflicht gebietet, den Staat und seine geltende Verfassungsordnung zu bejahen; sie fordert mehr als nur eine formal korrekte, im übrigen uninteressierte, kühle, innerlich distanzierte Haltung gegenüber Staat und Verfassung; sie erwartet, daß der Beamte diesen Staat als einen hohen positiven Wert anerkennt, für den einzutreten sich lohnt. Politische Treuepflicht bewährt sich in Krisenzeiten, in ernsthaften Konfliktsituationen, in denen der Staat darauf angewiesen ist, daß der Beamte Partei für ihn ergreift" (aus den Leitsätzen des Bundesverfassungsgerichts vom 22.5.1975). Seit diesem Beschluß geht es vor allem um die Ausgestaltung des Überprüfungsverfahrens. In sechs Urteilen des Bundesverwaltungsgerichts, die jetzt veröffentlicht wurden, wird die gerichtliche Kontrolle der Entscheidung des Dienstherrn weitgehend eingeschränkt. Das „Gewissen", dessen Besitz unabdingbare Voraussetzung für die Verweigerung des Kriegsdienstes ist, gilt in allen gerichtlichen Instanzen als „voll überprüfbar". Und was ist mit der politischen Treue? Sie ist ein „persönlichkeitsbezogenes Werturteil", das nicht in vollem Umfang der gerichtlichen Kontrolle unterliegt. „Das Gericht darf tatsächliche Feststellungen nicht auf ein verbales Bekenntnis, allgemeine Glaubwürdigkeit und Ehrlichkeit des Beamtenbewerbers stützen. Die Würdigung dieser Kriterien ist als Teil der Persönlichkeitsbeurteilung vielmehr dem Dienstherrn vorbehalten" (Bundesverwaltungsgericht). Damit ist selbst der bürgerlicher Freiheit und Gleichheit entsprechende Weg der Gerichtsbarkeit weitgehend gekappt. In den Hinterzimmern der Regierungspräsidien findet die Inquisition statt. Zweifel an der Verfassungstreue werden geäußert. Der Beamte oder Beamtenbewerber muß sie widerlegen. Zweifel genügen. Die Gewißheit, daß der Bewerber Verfassungsfeind *ist*, braucht der Dienstherr nicht zu haben. Beweispflichtig ist der Beamtenbewerber. Er muß sich abstrampeln, um sein Bekenntnis zur freiheitlich demokratischen Grundordnung darzulegen. Bekenntnis im wahrsten Sinne des Wortes – bis zur Unterhose, die irgendwo liegen geblieben ist.

Eine Illusion zu glauben, daß dies nur für Beamte gilt. Das Bundesarbeitsgericht hat in mehreren Urteilen die gleichen Kriterien für den gesamten öffentlichen Dienst festgelegt. Nur halt nach der Funktionstheorie des Helmut Schmidt. Bei Lehrern, Erziehern, Sozialarbeitern usw. gelten die gleichen Anforderungen wie bei Beamten: Ein Bewerber für das Lehramt ist nur geeignet, wenn er den Schülern die Grundwerte der Verfassung glaubwürdig vermitteln kann. Es ist Sache des Bewerbers, etwaige Zweifel an seiner Eignung auszuräumen. Dafür genügt nicht die Erklärung, er wolle seine politischen Ziele nur mit verfassungsrechtlich zulässigen Mitteln erreichen. Die Behörde darf sich nicht auf die Prüfung formaler Merkmale wie Mitgliedschaft und Aktivitäten in Vereinigungen und politischen Parteien beschränken (Bundesarbeitsgericht). Von diesen Tatsachen her ist das Gerangel der Regierung mit der Übernahme ins Angestelltenverhältnis zu sehen. Es ist das Stichwort „Dienstrechtsreform". Die Vorschläge der Studienkommission von 1972 gingen auf Aufhebung des schwerfälligen Beamtenrechts und Einbeziehung des gesamten öffentlichen Dienstes unter die unmittelbare Dienstherrengewalt. Darum geht die Auseinandersetzung seit Jahren innerhalb der Gewerkschaft, die sich fortschrittlich entwickelt. Während in den beamtenpolitischen Programmsätzen des DGB von 1956 die Stärkung der Verbeamtung, die „Fortentwicklung des Beamtenrechts im Geiste der freiheitlich-demokratischen Grundordnung" und die Verpflichtung der Beamten auf die freiheitlich-demokratische Grundordnung gefordert wurde, ist in den letzten Jahren immer stärker die Aufhebung des Beamtenrechts und die Forderung nach einem einheitlichen Personalrecht erhoben worden. Wenn der ÖTV-Vorsitzende Kluncker auf dem außerordentlichen DGB-Bundeskongreß 1981 erklärt, unsere Forderung ist ein einheitlicher Rechtsstatus für alle Arbeitnehmer, egal wie und wo und bei wem sie arbeiten, so spiegelt dies eine Entwicklung wider, die der Tendenz nach jede Sonderstellung der Beschäftigten im öffentlichen Dienst ablehnt. Der Streit geht um die Frage, ob für alle Bedienstete das Bekenntnis zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung Voraussetzung für die Beschäftigung ist oder nicht. Hier liegt die Schwäche der gewerkschaftlichen Beschlußfassung, was mit dem Einfluß der reformistischen Strömung vom „Leistungsstaat" und „Dienst am Menschen" zusammenhängt. Die Regierung wendet sich mit ihrem Angebot direkt an diese Strömung und setzt auf sie. Es ist ein Scheinangebot, so oder so.

„Breaking Glass" Die Vermarktung der Vermarktung

acm. Ähnlich schwer wie die Zuordnung von Musik und Gruppen unter „Punk" oder „New Wave", was nur schablonenhafte Begriffe sind, gestaltet sich der Versuch, innerhalb dieser Entwicklung der Rock-Musik klar zu unterscheiden zwischen der Musik als Ausdruck der Lage der Jugend und ihrem Bewußtsein und der schon begonnenen Aufnahme dieser Tendenzen in die Planung der Plattenhersteller und -produzenten des Musikgeschäfts. Zu trennen nach dem Grad der Anwendung einfachster musikalischer Mittel (je reduzierter und „ursprünglicher", desto fortschrittlicher), oder der Aussage in den Texten – ist kein leichtes Unterfangen. Selbst die Beurteilung nach dem Kriterium, verlegt die Gruppe sich selbst, in Eigeninitiative, oder ist sie bei einem großen Plattenkonzern unter Vertrag, ist kein eindeutiger Hinweis auf „fortschrittlich" oder ebtabliert". Wenn z.B. „The Clash" (aus England), bekannt geworden durch „Rock gegen Rassismus" und „Rock gegen Rechts", in ihren Stücken Kapitalismus und Imperialismus angreifen, sich ausdrücklich gegen beide Supermächte wenden und Befreiungskämpfe der Völker unterstützen (letzte LP mit dem Titel „Sandinista") *aber von CBS verlegt werden* – so ist dieser Vorgang selber widersprüchlich. Dagegen kommt auch in Eigenverlag manche Plattheit raus, wo man nicht mehr weiß, ob die angesprochene und betonte Endzeitstimmung nun noch Ausdruck eines Lebensgefühls einer Bewegung oder schon Image geworden, Mittel zum Vertrieb ist. Sicher ist, daß es hier Vermengungen gibt. Sicher ist, daß es heute neben dem ‚offiziellen' Markt der Plattenkonzerne eine rapide Entwicklung des ‚inoffiziellen' Marktes, der Eigenverlage, Kollektivstudios, usw. gibt. Hier spielt die Enwicklung der Produktivkräfte bei Musikinstrumenten und -anlagen eine Rolle. Vor allen Dingen dadurch, daß Spiel- und Aufnahmetechnik nicht den Supereinsatz von Technik verlangen.

Etwas von der Widersprüchlichkeit dieser Entwicklung in der Rock-Musik kennzeichnet auch den Film „Breaking Glass", ein Streifen über die Vermarktung von „Punk / New Wave" und Zerstörung der Musiker in diesem Geschäft.

Kate, Sängerin, begegnet Dave, der sein Geld damit verdient, daß er für einen PR-Manager Platten aufkauft, damit diese in die Hit-Liste aufsteigen. Sein Traum aber ist, Manager einer Gruppe zu sein. Er „setzt" auf Kate, und sie stellen eine Gruppe zusammen. Erste Auftritte in Kneipen erfolgen, Schlägereien mit Nazis sind der Höhepunkt. Ein Demo-Band wird aufgenommen, die Vermittlung von Auftritten gelingt ihnen nur schwer. Als beim ersten großen Auftritt der Strom ausfällt, die Gruppe aber akustisch weiterspielt, gewinnt sie das Publikum und den PR-Mann. Dave hatte diesen gezwungen zu kommen, da er sonst mal 'ne kleine Pressekonferenz mache von wegen Plattenaufkauf und so. Der PR-Mann ahnt das Geschäft, die Gruppe kommt unter Vertrag – obwohl Kate eigentlich immer dagegen war. Zwei aus der Gruppe drängen aber darauf – denn, „wie sollen wir sonst leben". Natürlich wird bald ein prominenter Produzent eingespannt und Kate als Punk-Schlager-Star aufgebaut. Der Produzent nimmt sie auch persönlich aus, die Identität Kates geht verloren. Die Gruppe läßt Dave aussteigen, weil er als Manager angeblich nichts taugt. Kate selber dreht letztlich – nur noch unter Drogen und Spritzen für Auftritte – durch und landet in einer Klinik.

Obwohl scheinbar eine radikale Kritik am Musikmarkt, verläßt der Film nie die Oberfläche. Die Manager als Glatzköpfe und alte Männer, ein paar Schwenks mit der Kamera über trostloses englisches Industriestadthäusermeer, garniert mit Nachrichtensprüchen über Arbeitslosigkeit, Krise und Streiks, das Auftauchen von National-Front-Anhängern bei einem Rockkonzert (wo die Massenschlägerei einen Toten zur Folge hat, dem Kate noch beim Sterben in die Augen sieht und zum Presse-Aufmacher wird) – all das sind Garnierung für die Story. Der Ansatz einer Kritik versackt in Boulevard-Blatt-Stereotypen, noch verstärkt durch eine völlig hirnlose Synchronisation. Und offensichtlich dient der Film selber auch als Promotion für die LP der Hauptdarstellerin Hazel O'Connor, eine englische Rocksängerin, nach dem Motto: „Die ist ehrlicher." So bleibt der Film selber Bestandteil eines Marktes, ist sowohl Ausdruck eines Widerspruchs als auch Konformität gegenüber dem von ihm beschriebenen Musikmarkt. Die Vermarktung der Vermarktung findet statt.

vds ruft zur Demonstration gegen BAföG-Kürzungen am 3.6. in Bonn auf

Auch örtliche Aktionen sind jetzt richtig

vol. Vor den Parlamentsberatungen hat die Bundesregierung den Gesetzentwurf zur Änderung des BAföG-Gesetzes präzisiert. Zusätzlich zu den Änderungen, die wir in KVZ Nr. 17/81 beschrieben haben (im Materialheft Studenten Nr. 4/81 als Dokument veröffentlicht) kommen hinzu: das Ziel der Ausbildungsförderung der Höhe nach an das Unterhaltsrecht anzupassen, die Zusammenarbeit zwischen Finanzämtern und BAföG-Ämtern zwecks Verbesserung der Kontrolle auszudehnen, der Tendenz nach Senkung des BAföG, insbesondere wenn beide Eltern arbeiten und bei Werkstudenten durch Nichterhöhung der entsprechenden Freibeträge. Der Minister Engholm beschreibt in seiner Begründung als Ziel: Sicherung eines „zielstrebigeren" Ausbildungsweges, soll heißen, die ersten Bildungsabschlüsse von Hauptschule, Realschule oder Gymnasium und der Geldbeutel der Eltern sollen über die Bildung der Jugend entscheiden.

Selbst der Beirat des Bildungsministers für Ausbildungsfragen, obwohl einverstanden mit allen Strukturmaßnahmen, hat die Verschiebung der BAföG-Anpassung kritisiert. Das Deutsche Studentenwerk fordert eine ca. 10%-Erhöhung von BAföG-Sätzen und Freibeträgen zum 1.10.81 statt der Anpassung im April 82, wie sie die Bundesregierung plant. Das DSW hat auch von der Wiedereinführung eines „sozialen Numerus Clausus" gesprochen.

Der Zentralrat des vds hat zu einer Demonstration in Bonn am 3.6. gegen die BAföG-Kürzungen und die Sparpolitik der Bundesregierung aufgerufen. Nachdem es auf der vds-MV im März über diese bundesweiten Aktionen noch Streit gab, ist durch einen Aufruf des Zentralrates, in dem nur die Vorstandsfraktionen repräsentiert sind, allerdings noch nicht sicher, ob es tatsächlich zu einer solchen bundesweiten Aktion kommen wird.

Die Forderungen des Aufrufs sind: Sofortige Erhöhung des BAföG-Satzes auf 750 DM, Elternfreibetrag 1500 DM, keine Verschiebung der Anpassung, jährliche Anpassung des BAföG an die Lebenshaltungskosten, ersatzlose Streichung der Darlehensregelung, keine Einschänkung des Kreises der Geförderten, insbesondere nicht für die vom 2. Bildungsweg, Sicherstellung und Ausbau der Wohnheimfinanzierung, sofortiger Stop der Spar- und Bewirtschaftstungsprogramme in Bund und Land, Ausbau der Hochschulen. Insoweit kann man mit den Forderungen arbeiten.

Das Dürftigste an dem Vorschlag des Zentralrates ist die Begründung für diese Forderungen. Die Tatsache, daß die Mehrheit der BAföG-Empfänger Schüler sind, und zwar der Mehrheit nach Berufsschüler, wird in dem Aufruf überhaupt nicht erwähnt, und dafür auch keine Forderung entwickelt. Daß die Kürzung des BAföG zu steigenden Kosten für die Lohnabhängigen führt, die ihre Kinder zu weiterführenden Schulen oder zur Hochschule schicken wollen, fällt ebenso unter den Tisch. Zwar findet sich bei diesen „gewerkschaftlich orientierten" Kräften der Satz, daß es wieder vom Reichtum der Eltern abhängen wird, wer was für eine Ausbildung kriegt, aber Konsequenzen werden daraus keine gezogen.

Das Sektierertum wird da besonders deutlich, wo die Erhöhung des BAföG-Haushalts aus dem Rüstungshaushalt finanziert werden *muß* und natürlich: Bildung rauf und Rüstung runter. Die Möglichkeiten, den jetzigen Entwurf tatsächlich durch den Aufbau einer Aktionseinheit der Schüler, Studenten und Gewerkschaften zu kippen, wird in diesem Aufruf überhaupt nicht ernsthaft ins Auge gefaßt. Eher soll eine inhaltsleere Propaganda gegen Rüstung gemacht werden, ohne die tatsächlichen Ursachen der Kriegsgefahr auch nur anzuschauen.

Allerdings bestimmt dieser Aufruf nicht einfach den Charakter der Demonstration am 3.6. Wenn auch zentral verschenkt, so kann man doch örtlich und regional versuchen, die Zusammenarbeit mit Schülern und den Gewerkschaften herzustellen. Dazu sollte der vds-Vorstand auch die notwendigen Dokumentationen der Gesetzesänderung herausgeben (müssen). Und dort, wo man jetzt vielleicht noch nicht ausreichend Kräfte für eine zentrale Aktion gewinnt, sollte man für den 3.6. auf jeden Fall örtliche Aktionen planen, die Vorraussetzungen für einen Kampf gegen diese BAföG-Änderung schaffen.



Die Unterdrückung der Bildungsinteressen der Lohnabhängigen in Westdeutschland durch diesen Gesetzentwurf wird beschönigt und die Mobilisierung für diese Aktion eingeschränkt, statt daß die Schüler und Gewerkschaften für sie gewonnen werden.

Krach um Grenzziehung in Schulbüchern

acm. Nachdem die Kultusministerkon- setzung in den Schulbüchern vorgese- dem Blickwinkel der Interessen der

selber widersprüchlich. Dagegen kommt auch in Eigenverlag manche Plattheit raus, wo man nicht mehr weiß, ob die angesprochene und betonte Endzeitstimmung nun noch Ausdruck eines Lebensgefühls einer Bewegung oder schon Image geworden, Mittel zum Vertrieb ist. Sicher ist, daß es hier Vermengungen gibt. Sicher ist, daß es heute neben dem ‚offiziellen' Markt der Plattenkonzerne eine rapide Entwicklung des ‚inoffiziellen' Marktes, der Eigenverlage, Kollektivstudios, usw. gibt. Hier spielt die Enwicklung der Produktivkräfte bei Musikinstrumenten und -anlagen eine Rolle. Vor allen Dingen dadurch, daß Spiel- und Aufnahmetechnik nicht den Supereinsatz von Technik verlangen.

Etwas von der Widersprüchlichkeit dieser Entwicklung in der Rock-Musik kennzeichnet auch den Film „Breaking Glass", ein Streifen über die Vermarktung von „Punk / New Wave" und Zerstörung der Musiker in diesem Geschäft.

Kate, Sängerin, begegnet Dave, der sein Geld damit verdient, daß er für ei-

tik am Musikmarkt, verläßt der Film nie die Oberfläche. Die Manager als Glatzköpfe und alte Männer, ein paar Schwenks mit der Kamera über trostloses englisches Industriestadthäusermeer, garniert mit Nachrichtensprüchen über Arbeitslosigkeit, Krise und Streiks, das Auftauchen von National-Front-Anhängern bei einem Rockkonzert (wo die Massenschlägerei einen Toten zur Folge hat, dem Kate noch beim Sterben in die Augen sieht und zum Presse-Aufmacher wird) – all das sind Garnierung für die Story. Der Ansatz einer Kritik versackt in Boulevard-Blatt-Stereotypen, noch verstärkt durch eine völlig hirnlose Synchronisation. Und offensichtlich dient der Film selber auch als Promotion für die LP der Hauptdarstellerin Hazel O'Connor, eine englische Rocksängerin, nach dem Motto: „Die ist ehrlicher." So bleibt der Film selber Bestandteil eines Marktes, ist sowohl Ausdruck eines Widerspruchs als auch Konformität gegenüber dem von ihm beschriebenen Musikmarkt. Die Vermarktung der Vermarktung findet statt.

und Freibeträgen zum 1.10.81 statt der Anpassung im April 82, wie sie die Bundesregierung plant. Das DSW hat auch von der Wiedereinführung eines „sozialen Numerus Clausus" gesprochen.

Der Zentralrat des vds hat zu einer Demonstration in Bonn am 3.6. gegen die BAföG-Kürzungen und die Sparpolitik der Bundesregierung aufgerufen. Nachdem es auf der vds-MV im März über diese bundesweiten Aktionen noch Streit gab, ist durch einen Aufruf des Zentralrates, in dem nur die Vorstandsfraktionen repräsentiert sind, allerdings noch nicht sicher, ob es tatsächlich zu einer solchen bundesweiten Aktion kommen wird.

Die Forderungen des Aufrufs sind: Sofortige Erhöhung des BAföG-Satzes auf 750 DM, Elternfreibetrag 1500 DM, keine Verschiebung der Anpassung, jährliche Anpassung des BAföG an die Lebenshaltungskosten, ersatzlose Streichung der Darlehensregelung, keine Einschänkung des Kreises der Geförderten, insbesondere nicht für und Ausbau der Wohnheimfinanzie-

Die Unterdrückung der Bildungsinteressen der Lohnabhängigen in Westdeutschland durch diesen Gesetzentwurf wird beschönigt und die Mobilisierung für diese Aktion eingeschränkt, statt daß die Schüler und Gewerkschaften für sie gewonnen werden.

zesänderung herausgeben (müssen). Und dort, wo man jetzt vielleicht noch nicht ausreichend Kräfte für eine zentrale Aktion gewinnt, sollte man für den 3.6. auf jeden Fall örtliche Aktionen planen, die Vorraussetzungen für einen Kampf gegen diese BAföG-Änderung schaffen.

Krach um Grenzziehung in Schulbüchern

acm. Nachdem die Kultusministerkonferenz am 12. Februar „Grundsätze für die Darstellung Deutschlands in Schulbüchern und kartographischen Werken für den Schulunterricht" beschlossen hat, ist die Auseinandersetzung um diese Grundsätze fortgegangen. Umstritten ist, daß die Grenze zwischen der BRD und der DDR als „Grenze besonderer Art", als „Demarkationslinie" gekennzeichnet werden soll, und zum anderen, daß die Grenzen des Deutschen Reiches von 1937 auf allen politischen Karten Europas und großformatigen Übersichtskarten Mitteleuropas eingezeichnet werden. Wie das aussieht kann man auf nebenstehender Karte erkennen. Selbst für physische Karten ist diese Grenzziehung vorgesehen.

In dem Streit um diese „Grundsätze" haben Hamburg und Bremen betont, es bestünden „erhebliche Bedenken hinsichtlich der Empfehlung, sowohl in allen politischen Karten wie in den großformatigen physischen Karten die deutschen Grenzen von 1937 mit einer besonderen Markierung einzutragen". Eine solche Grenzdarstellung könne nach „Auffassung des Senats die Bemühungen um eine Normalisierung der deutsch-polnischen Beziehungen belasten". Ein expliziter Einspruch von Seiten beider Senate liegt aber nicht vor, eigene Vorstellungen bislang auch nicht.

Eine vor kurzem stattgefundene Tagung des „Verbandes deutscher Schulgeographen" in Westberlin hat die beschlossene Empfehlung der Kultusministerkonferenz begrüßt, aber darauf hingewiesen, daß solche Karten „so sparsam wie möglich" eingesetzt werden sollten, während die Kultusminister eine möglichst weitgehende Durchsetzung in den Schulbüchern vorgesehen hatten. Der Vorsitzende des Verbandes der Schulbuch-Verlage hatte sich in einem Schreiben an die Präsidentin der KMK, Laurien, gar folgendermaßen ausgelassen: er halte die „im nationalen Interesse gefundene Einigung für eine der wichtigsten deutschlandpolitischen Entscheidungen", und wies auch darauf hin, daß Zustimmung bei den Vertriebenverbänden über diese Empfehlung herrsche.

Die Emotionen der Bourgeoisie sind also in diesem Zusammenhang weitgehend geweckt worden. Bayern hat angekündigt, daß es die Oder-Neiße-Grenze als Perlenschnur in den Schulbüchern abbilden möchte, die Schulgeographen hatten an die Oder-Neiße-Grenze als Staatsgrenzendarstellung gedacht. Offensichtlich ist, daß hier bewußt gegen die deutsch-polnischen Vereinbarungen zu den Schulbüchern gehandelt werden soll, und daß man weiterhin die Ostverträge so auslegt, als gäbe es keine völkerrechtlichen Grenzen zwischen der BRD, der DDR und Polen. Dies kommt auch darin zum Ausdruck, daß in der Legende der zukünftigen Karten folgendes zur Grenzdarstellung aufgeführt sein soll: „Grenze des Deutschen Reiches vom 31.12.1937 unter Berücksichtigung des Fortbestehens der Viermächteverantwortung für Deutschland als Ganzes und der Rechtssprechung des Bundesverfassungsgerichtes zum Grundlagenvertrag und zu den Ostverträgen". Gleichzeitig wurde auch das Bestreben abgesichert, Westberlin als einen Bestandteil Westdeutschlands in den Karten aufzuführen.

Im Kern sind dies alles Versuche, bestehende politische Verhältnisse im Geschichtsunterricht der Jugend unter dem Blickwinkel der Interessen der westdeutschen Bourgeoisie vorzuführen, um so um die völkerrechtliche Anerkennung der Staatsgrenzen zur DDR und der DDR selber herumzukommen, alte Gebietsansprüche nicht aufzugeben. Unweigerlich muß diese Position zur Konfrontation mit der DDR und Polen führen und eine Protestnote seitens der DDR liegt auch schon vor.

Daß eine solche Politik der Kultusminister in den Schulen auf Widerstand stößt, ist wiederum klar. Es gibt mehrere Erklärungen aus der GEW. Jetzt liegt auch der erste uns bekannte Beschluß eines Landesverbandes der GEW vor, der nebenstehend abgedruckt ist. Auch weiterhin wird sich der Kampf gegen diese Empfehlungen der KMK wohl länderweit abspielen, denn eine einheitliche Durchsetzung dieser Empfehlung in den Ländern in Bezug auf die Schulbücher ist sowieso nicht möglich. Bis heute gibt es verschiedene Formen der Grenzdarstellung in verschiedenen Bundesländern, abhängig von den jeweiligen Beschlüssen der Landesregierung. Aus diesem Grunde ist es auch unsinnig, von einer „Vorneverteidigung im Unterricht" zu sprechen und gleich mit Wiedererreichung des Großdeutschen Reiches zu spekulieren, wie es der BWK jüngst in seinen „Politischen Berichten" formulierte. *Einheitliche Positionen* zur Wiedereroberung des Deutschen Reiches und der Propaganda einer solchen Politik gibt es in der herrschenden Bourgeoisie nicht, und im Kampf gegen die Empfehlungen der KMK, die am 7. Mai, also diese Woche, endgültig darüber entscheiden will, werden unrealistische und phantastische Positionen auch keine vorwärtstreibende Wirkung haben.



Beschluß der Landesvertreterversammlung der GEW Berlin zum KMK-Beschluß über die Darstellung Deutschlands in Schulbüchern und Karten

„Die GEW Berlin verurteilt entschieden die Beschlüsse der Kultusministerkonferenz über die Darstellung Deutschlands in Schulbüchern und kartographischen Werken. Dieser von den Schulbuchverlegern als „wichtigste deutschlandpolitische Entscheidung" angesehene Beschluß, Deutschland nur in den Grenzen von 1937 darzustellen, verstößt eindeutig gegen das deutsch-polnische Schulbuchabkommen.

Die GEW Berlin fordert die Kultusministerkonferenz der Länder auf, auf ihrer Sitzung am 7. Mai die Beschlüsse zur Grenzdarstellung Deutschlands in den Schulbüchern und Atlanten zurückzunehmen.

1. Die Darstellung Deutschlands in den Grenzen von 1937 kann für den heutigen Unterricht keine Geltung mehr beanspruchen.

2. Die Grenze zwischen der Bundesrepublik und der DDR ist nicht Demarkationslinie, sondern als Staatsgrenze einzuzeichnen.

Dieser bisher gefaßte Beschluß der KMK vermittelt in den Schulen den Eindruck, daß von der Bundesrepublik Deutschland noch irgendwelche Gebietsforderungen gegenüber anderen Staaten bestehen. Ein solches Unterrichtsziel widerspricht der in Europa seit 35 Jahren entstandenen Lage und geltenden völkerrechtlichen Verträgen und gefährdet deshalb den Frieden."

„Bildung statt Bomben"

Kann man mit dieser Parole den Kampf gegen die Mittelkürzungen erfolgreich führen?

pes. In den Auseinandersetzungen gegen die Kürzungsmaßnahmen der Bundesregierung und der Länderregierungen im Bildungsbereich gibt es eine ganze Reihe unterschiedlicher Auffassungen über die Ursachen dieser Kürzungen und die Wege, sie zurückzuschlagen. Relativ verbreitet und auch innerhalb mancher Gewerkschaft beliebt ist die Parole "Bildung statt Bomben".

Angesichts sinkender Ausgaben des Staates in den Bereichen der Reproduktion der Arbeiterklasse wie Bildungsbereich und Sozialausgaben bei gleichzeitiger Erhöhung der staatlichen Ausgaben für den Rüstungshaushalt und für die direkt und indirekte Bezuschussung der Kapitalisten scheint solch eine Parole auch ihre Berechtigung zu haben.

Begreift man die krisenhafte Entwicklung, deren Folgen ja solche Kürzungen sind, weil sich die kapitalistische Krise natürlich auch auf den Staatshaushalt niederschlägt, als Betriebsunfall im Kapitalismus, findet man schnell Lösungswege, daß der Staat über ökonomische und politische Maßnahmen die krisenhafte Entwicklung in den Griff kriegen soll. Speziell die Revisionisten von der DKP haben die Parole "Bildung statt Bomben" und tragen damit ihren Teil dazu bei, die gerechten Kämpfe gegen die Kürzungsmaßnahmen und die Entwicklung der Bewegung zu behindern, indem sie die Ursachen dieser Maßnahmen verschleieren und den Kampf auf einen Streit um die Verteilung der Staatsausgaben runterbringen wollen.

Nebenbei ist ihnen diese Parole auch noch gut genug, ihre Friedens- und Arbeitsmarktpolitik unter die Leute zu bringen. So versuchen sie zum einen theoretisch zu beweisen, daß die ständige Steigerung der Militärhaushalte zwangsläufig eine Eigendynamik entwickle, die die Abhängigkeit von den Rüstungskonzernen verstärke, und haben dazu den Begriff des "Militärisch industrieellen Komplex' (MiK) entdeckt. Gleichzeitig stellen sie eine Reihe von Rechnungen auf, in denen sie entwickeln, daß staatliche Gelder in anderen Bereichen wesentlich produktiver und arbeitsmarktpolitisch richtig angelegt sei, weil ,man mit dem Geld für einen Tornado so und soviel Schulen bauen könne; das würde viele Arbeitsplätze im Baubereich schaffen und danach könnten auch mehr Lehrer eingestellt werden. An anderer Stelle wird man sich bestimmt näher damit befassen müssen. Soweit aber nur am Rande.

Die Krise entspringt der kapitalistischen Produktionsweise

Die gegenwärtige Wirtschaftskrise in Westdeutschland und der Welt allgemein hat sich zuerst als Handelskrise bemerkbar gemacht. Der Weltmarkt geriet ins Stocken, die Kapitalisten konnten nur noch weniger Ware absetzen, die Produktion ging zurück. Waren zuerst nur einige Bereiche der Konsumgüterindustrie betroffen, hat sich die Krise jetzt bis in die Investitionsgüterindustrie ausgewirkt.

Die Erklärungen für diese Entwicklung seitens der Bourgeoisie reichen von den hohen Ölpreisen bis zu hohen Löhnen. Die Ursachen liegen aber in der Produktionsweise selber. Die Kapitalisten produzieren soviel Waren wie möglich und versuchen sie abzusetzen. Für sie ist entscheidend daß sie aus den Waren Kapital machen können, der konkret nützliche Charakter einer Ware interessiert sie nur insofern, als daß sie sie auch verkaufen müssen. Zu Kapital wird die Ware dadurch, daß in ihr der Mehrwert steckt, der in der Produktion durch die Arbeit der Arbeiter zugefügt worden ist. Die Kapitalisten wollen diesen Mehrwert im Profit realisieren, um ihn erneut in Kapital zu verwandeln, in Maschinen, den Ankauf von Arbeitskräften, um weiter Mehrwert produzieren lassen zu können. So wird in der kapitalistischen Produktion ständig versucht den Mehrwert absolut zu erhöhen und sich gegenüber der Konkurrenz Vorteile zu verschaffen. Das geschieht durch die Intensivierung der Arbeit, Lohnkürzungen, Arbeitszeitverlängerung. In der Krise wird wird zwar weiterhin Mehrwert produziert, kann sich aber nicht mehr für den Kapitalisten im Profit realisieren, das heißt in Kapital zurückverwandeln. Die Akkumulation des Kapitals kommt ins Stocken. Folge ist die Stockung der Produktion, die Vernichtung von Kapital, die Ausdehnung der industriellen Reservearmee. Diese Folgen sind auch gleichzeitig Mittel, die Krise zu überwinden und erneut die Akkumulation des Kapitals auf höherer Stufenleiter voranzutrieben. Damit ergibt sich aber, daß die nächste Krise vorprogrammiert ist. Nach der Krise 1975 haben wir in Westdeutschland einen Stamm von 1 Mio Arbeitslosen also variablen Kapital, das nicht mehr produktiv eingesetzt werden kann, weil die Entwicklung der Produktivkräfte an die Grenzen der Produktionsverhältnisse dem Privateigentum an den Produktionsmitteln stößt. Durch Entlassungen, Kapitalvernichtung, Intensivierung der Arbeit, Senkung der Löhne, Ausdehnung des Arbeitstages, Export von Kapital und Waren, können diese Krisen abgeschwächt werden aber nur, um auf einer höheren Stufenleiter der nächsten entgegenzuschlittern. Ändern läßt sich dies nur, indem die Produktivkräfte von den Fesseln der Produktionsverhältnisse, dem Privateigentum an den Priduktionsmitteln befreit werden, indem die gesellschaftliche Produktion in die Kontrolle der Produzenten gelegt wird, und die Produktion nicht mehr nach dem Prinzip der Profitmacherei und des Höchstprofits betrieben wird sondern dem der Befriedigung der Bedürfnisse der Gesellschaft.

Ist die Krisenbewältigung innerhalb des Kapitalismus durch Eingriffe des Staates möglich?

Mit ihren Umverteilungs und sonstigen Vorschlägen wollen die Revisionisten glauben machen, der Staat könne, indem er Kontrolle auf die Produktion ausübe, den anarchischen Prozeß der kapitalistischen Produktion in den Griff bekommen, ihn letzendlich regulieren und das Prinzip der Produktion nach den Bedürfnissen der Gesellschaft ohne grundlegende Änderung der Produktionsverhältnisse erreichen. Das ist dann der staatsmonopolistische Kapitalismus, wie er in der DDR oder UDSSR existert, was aber mit Sozialismus, wie ihn diese Brüder nennen, nichts zu tun hat.

Geht man von solcher Auffassung aus, braucht man nur noch die Staatstätigkeit zu ändern ,die richtigen Leute dran setzen, die heißen dann Mies &Co und die Sache ist geritzt.

Daß allein die Zinsausgaben um 19% gegenüber 1980 gestiegen sind, liegt an der Verschuldungspolitik des geschäftsführenden Ausschusses der Borugeoisie.Es ist dies eine *politische* Entscheidung wie die Mehrausgaben für militärische Beschaffung um 14% und die Erhöhung des Militärhaushalts um 6,2% auf nunmehr 41,2 Mrd DM. Die Erhöhung des Militärhaushalts ist die politische Entscheidung der Bourgeoisie, die Aufrüstung zu forcieren. Es ist die Entscheidung, im Rahmen der Kriegsvorbereitungen der beiden Supermächte sich das militärische Potential zu verschaffen,das es ermöglichen soll, militärisch im Rahmen der NATO in einem drohenden Krieg mithalten zu können und die selbständigen imperialistischen Interessen zur Geltung bringen zu können.

Dagegen eine politische Front zu errichten, die sich hauptseitig gegen die Politik der beiden Supermächte als Hauptkriegstreiber richtet und sich gegen den BRD-Imperialismus richtet, weil dieser sein eigenes imperialistisches Interesse gegen die Interessen der Arbeiterklasse und des Volkes auf der Seite einer der beiden Supermächte wahrnehmen will, ist unbedingt notwendig. Ich bestreite überhaupt nicht, daß es in *diesem* Zusammenhang richtig ist für die Kürzung des Militärhaushalts und gegen weitere Aufrüstung aufzutreten, nur kann das nur mit der Perspektive geschehen, die politische Front für den Austritt aus der NATO, die Auflösung der imperialistischen Militärbündnisse und des Abschlusses eines Friedensvertrages aufzubauen. Nicht, wie es die Revisionisten wollen, daß man sich vom US-Imperialismus löst, um sich dem sowjetischen Sozialimperialismus in die Arme zu werfen.

Gelingt es diese Front aufzubauen und die politischen Forderungen durchzusetzten, wird sich auch automatisch eine geringere Belastung des Rüstungshaushalts einstellen und mehr für die Bildung übrig sein. Wenn man schon diesen Zusammenhang sehen will, dann ist er so richtig. Ansonsten ist es aber nötig, in diesem Zusammenhang schon die Finanzierung der Forderung der Volksmassen zu besprechen, denn daran knüpfen die Revisionisten an und alle bürgerlichen Politiker stellen sich hin und sagen, wir möchten gern, aber können nicht, weil die Kassen leer sind. Die Kassen sind leer trotz steigender Plünderung, weil der Staatsapparat die Krisenlasten der Wirtschaft auf die Werktätigen abwälzt. Dagegen ist es richtig, die Finanzierung der Staatshaushalte ausschließlich über die Besteuerung von Einkommen, Erbschaft und Vermögen zu fordern. Gleichzeitig muß man fordern, daß die Schuldenmacherei des Staatsapparates aufhören soll.

Verschuldung des Bundes im Finanzplan 1980 – 1984 in Mrd. DM

	Soll 80	Entwurf 1981	82	83	84
Bruttokredite	53,50	61,46	58,8	54,0	47,6
Tilgungen					
langfristig	15,65	16,51	12,0	13,2	17,5
kurzfristig	13,65	17,51	20,8	16,3	10,0
Neuschulden	24,20	27,44	26,0	24,5	20,1
Zinskosten	13,66	16,26	19,0	21,4	23,3

Natürlich versucht der Staatsapparat, und das muß er im Interesse des Kapitals auch, bestimmten Einfluß auf die Entwicklung der kapitalistischen Produktionsweise zu nehmen, aber nie, um sie zu ändern, sondern sie zu entwickeln und zu päppeln. Nur zeigt sich gerade in der Krise, daß der Staat als politischer Überbau abhängig ist von der Entwicklung der Produktion als ökonomischer Basis und nicht umgekehrt. Die jetzige Situation der staatlichen Finanzen zeichnet sich durch relative Minderung der Einnahmen denen nur mit verstärkter Plünderung beizukommen ist, und durch Kürzung der Ausgaben bei gleichzeitiger Steigerung der Verschuldung aus und damit der Unterwerfung unter die direkte Kontrolle des Staatshaushalts durch das Finanzkapital als Gläubiger. Die Tabelle über die Verschuldung des Bundes zeigt, welche Ausmaße diese Abhängigkeit hat, wenn bis 1984 die Zinskosten die Neuschulden übersteigen sollen. Daß die reale Entwicklung angesichts der wirtschaftlichen Krise noch drastischer ausfallen wird, kann man sich ausrechnen. Einsparungen unternimmt der Staat dort, wo es die Kapitalisten nicht trifft, in den Bereichen der Reproduktion der Arbeiterklasse. Da gehört das Bildungswesen genauso dazu wie die Senkung der Renten, die Versuche die Arbeitslosenkassen zu "sanieren" oder die Angriffe auf die Löhne und Gehälter der im Öffentlichen Dienst Beschäftigten.

Fahrpreiserhöhungen bei der KVAG

Ratsversammlung faßt einstimmigen Beschluß

abc. Einstimmig segnete die Kieler Ratsversammlung am 29.4.81 die geplante Fahrpreiserhöhung des KVAG Aufsichtsrates ab. Ab 1. Juli 81 steigen demnach: Einzelfahrscheine von 1,60 auf 1,70 DM, Mehrfahrkarten von 1,20 auf 1,30 DM, Monatskarten für Erwachsene von 56 auf 60 DM, für Studenten und Auszubildende von 40 auf 45 DM, für Schüler von 26 auf 30 DM.

Die erhofften Mehreinnahmen von geschätzten 2,5 Mio. DM sollen die Verluststeigerung bei der KVAG auffangen und den Kostendeckungsgrad bei 70 % halten. Die Mehreinnahmen dienen im wensentlichen nicht dazu, das Angebot des öffentlichen Nahverkehrs zu verbessern. Die unzureichende und zudem teure Versorgung durch die KVAG führt denn auch dazu, daß – trotz Benzinverteuerung und Parkplatznot in der Innenstadt – kein Umsteigen vom Pkw auf den Bus stattfindet. Den steigenden Einnahmen der KVAG steht ein Absinken der Beförderungszahlen gegenüber. Daß 1980 die Fahrgastzahlen um 2,1 % gestiegen sind, liegt an der Steigerung im Schüler- und Ausbildungsverkehr um 19 %. Der sogenannte Normalverkehr ging dagegen um 3,5 % zurück. Die Pläne der KVAG und der Stadt gehen dahin, in kürzeren Abständen die Leistungen weiter zu verteuern und davon wegzukommen, die Fahrpreise als politischen Preis zu sehen. In dieses Konzept paßt der Vorschlag des Wirtschaftsdezernenten Moll, Tariferhöhungen dem Aufsichtsrat der KVAG zu überlassen und die Ratsversammlung aus dem Schußfeld herauszuhalten. Höhere Fahrgastzahlen sollen dann durch bürokratischen Druck erreicht werden, indem die Parkplätze in der Innenstadt drastisch reduziert und auch verteuert werden.

In der Ratsversammlung hörten sich die Begründungen dann so an: Ipsen, SPD: „Stadt steht finanziell mit dem Rücken zur Wand ... Tariferhöhungen sind leider nicht zu umgehen ..."; Petersen, FDP: „Tariferhöhung ist unumgänglich ... bei höheren Defiziten der KVAG könnte sonst die Stadt in die Pflicht genommen werden ... Vorschlag der KVAG ist ausgewogen und angemessen ..."; Hochheim, CDU, in Personalunion Aufsichtsratsvorsitzender der KVAG und Bürgermeister, dankte im Namen des Kämmereiamtes den Ratsherren für ihren Mut, trotz Anfechtungen der KVAG-Vorlage zuzustimmen, da ohne Erhöhung ein erhebliches Loch im Stadthaushalt entstehen würde.

Daß eventuelle Anfechtungen in den bürgerlichen Parteien nicht zu offener Ablehnung der Tariferhöhung geführt haben, liegt daran, daß der Widerstand gegen die dauernden Gebührenerhöhungen bisher noch keinen organisierten Ausdruck finden konnte. Die Grünen hatten in Kiel mit einer Unterschriftensammlung begonnen, die sich aber aufgrund der fehlenden Aktionsbreite nicht richtig entfalten konnte. Die jetzt angestrebte Aktionseinheit steckt noch in den Anfängen, so daß schlagkräftige Aktionen vor der Ratsversammlung nicht möglich waren. In dieser Situation scheint es jetzt kaum noch möglich, die Tariferhöhung zurückzuschlagen.

Aus diesen Erfahrungen heraus sollte aber nicht bis zur nächsten Ankündigung einer Gebührenerhöhung gewartet werden. VVK und Stadt haben vor, in noch kürzeren Abständen abwechselnd Strom, Wasser und Fahrkarten zu erhöhen. Um diesen Plänen entgegenzutreten, ist es schnell erforderlich, eine breite Aktionseinheit zu schließen, die sich gegen jede weitere Erhöhung richtet und längerfristig sich auf Forderungen für die kostenlose Nutzung kommunaler Leistungen und selbständige Verfügung der Kommunen über ihre Steuereinnahmen (Finanzhoheit) einigt. Sonst entwickeln sich die ständigen Gebührenerhöhungen zu einer doppelten Besteuerung der arbeitenden Bevölkerung, während den Kapitalisten die Steuern gesenkt werden.

Preissteigerungen für den Einzelfahrschein der KVAG

DM 1,70 · 1,60 · 1,50 · 1,40 · 1,30 · 1,20 · 1,10 · 1,00 · 0,80

1968 · 70 · 72 · 74 · 76 · 78 · 80 · 82

Aktionen der wissenschaftlichen Hilfskräfte zeigen erste Wirkung

sal. In der letzten Woche haben die wissenschaftlichen Hilfskräfte (Hiwis) der Universität eine Reihe von Aktionen durchgeführt, um die Kürzungen ihrer Verträge von 75 auf 65 Stunden/Monat zurückzuschlagen. Schon vor längerem hatten sie beschlossen, die fehlenden 10 Stunden geschlossen auf den 28.-30. April zu legen, so daß an diesen Tagen uniweit keine Aufsichtsdienste und keine Betreuung von Praktika, Übungen etc. durch Hiwis stattfand.

Nach dem Treffen am 28.4. zogen ca. 70 Hiwis zum Präsidium (.s.Bild), wo sie vom Kanzler Neumann eine Stellungsnahme verlangten. Dieser verwies auf einen offiziellen Termin am 30.4.. Immerhin konnten die Hiwis durchsetzen, daß dieses Treffen für alle Hiwis offen war, statt nur für die Delegation. Vom Präsidium aus zogen die Hiwis dann zum Kultusminister, wo ein offizielles Treffen für den 5.5. nach längerer Diskussion vereinbart wurde.

Am 30.4. fand dann das Treffen mit Kanzler Neumann statt, an dem auch je ein Vertreter der Landtagsfraktionen von SPD und FDP teilnahm. Dabei konnte Neumann in völlige Widersprüche verwickelt werden. Es scheint so zu sein, daß bei dem 5%-Kürzungsbeschluß der Landesregierung der Topf, aus dem die Hiwis bezahlt werden, gar nicht betroffen ist. Jedenfalls wird derzeit versucht, die einheitliche Front der Hiwis zu spalten, indem in len Instituten, in denen sie besonders stark sind, wie etwa in der Theoretischen Physik, eine Verlängerung der alten Verträge angeboten wird. Weshalb aber das Geld, das ja angeblich fehlen soll, plötzlich für solche Spaltungsmanöver da ist, diese Frage verursachte Neumann doch einige Bauchschmerzen.

Zugeständnisse wollte Neumann allerdings nicht machen. Die Vertreter von SPD und FDP sicherten dafür zu, daß sie sich für die Rücknahme des Beschlusses einsetzen wollen. Schon am 27.4. hat der Abgeordnete Neitzel (FDP) im Landtag eine "Kleine Anfrage" an die Landesregierung gerichtet, mit der er die Gründe für die Kürzungen erfahren will. Um die Maßnahmen vollständig zurückzuschlagen, wird es aber nötig sein, daß sich weit mehr Studenten an den Aktionen der Hiwis beteiligen als bisher. Das Treffen mit Vertretern des Kultusministeriums am Dienstag bleibt dazu eine guteGelegenheit.



Fahrpreiserhöhungen bei der KVAG
Ratsversammlung faßt einstimmigen Beschluß
abc. Einstimmig segnete die Kieler Ratsversammlung am 29.4.81 die geplante Fahrpreiserhöhung des KVAG Aufsichtsrates ab. Ab 1. Juli 81 steigen demnach: Einzelfahrscheine von 1,60 auf 1,70 DM, Mehrfahrkarten von 1,20 auf 1,30 DM, Monatskarten für Erwachsene von 56 auf 60 DM, für Studenten und Auszubildende von 40 auf 45 DM, für Schüler von 26 auf 30 DM.
Die erhofften Mehreinnahmen von geschätzten 2,5 Mio. DM sollen die Verluststeigerung bei der KVAG auffangen und den Kostendeckungsgrad bei 70 % halten. Die Mehreinnahmen dienen im wensentlichen nicht dazu, das Angebot des öffentlichen Nahverkehrs zu verbessern. Die unzureichende und zudem teure Versorgung durch die KVAG führt denn auch dazu, daß – trotz Benzinverteuerung und Parkplatznot in der Innenstadt – kein Umsteigen vom Pkw auf den Bus stattfindet. Den steigenden Einnahmen der KVAG steht ein Absinken der Beförderungszahlen gegenüber. Daß 1980 die Fahrgastzahlen um 2,1 % gestiegen
unumgänglich ... bei höheren Defiziten der KVAG könnte sonst die Stadt in die Pflicht genommen werden ... Vorschlag der KVAG ist ausgewogen und angemessen ..."; Hochheim, CDU, in Personalunion Aufsichtsratsvorsitzender der KVAG und Bürgermeister, dankte im Namen des Kämmereiamtes den Ratsherren für ihren Mut, trotz Anfechtungen der KVAG-Vorlage zuzustimmen, da ohne Erhöhung ein erhebliches Loch im Stadthaushalt entstehen würde.
Daß eventuelle Anfechtungen in den bürgerlichen Parteien nicht zu offener Ablehnung der Tariferhöhung geführt haben, liegt daran, daß der Widerstand gegen die dauernden Gebührenerhöhungen bisher noch keinen organisierten Ausdruck finden konnte. Die Grünen hatten in Kiel mit einer Unterschriftensammlung begonnen, die sich aber aufgrund der fehlenden Aktionsbreite nicht richtig entfalten konnte. Die jetzt angestrebte Aktionseinheit steckt noch in den Anfängen, so daß schlagkräftige Aktionen vor der Ratsversammlung nicht möglich waren. In
maßnahmen und die Entwicklung der Bewegung zu behindern, indem sie die Ursachen dieser Maßnahmen verschleieren und den Kampf auf einen Streit
Kapitalisten konnten nur noch weniger Ware absetzen, die Produktion ging zurück. Waren zuerst nur einige Bereiche der Konsumgüte-
des Kapitals kommt ins Stocken. Folge ist die Stockung der Produktion, die Vernichtung von Kapital, die Ausdehnung der industriellen Reservearmee. Diese Folgen sind auch gleichzeitig Mittel, die Krise zu überwinden und erneut die Akkumulation des Kapitals auf höherer Stufenleiter voranzutrieben. Damit ergibt sich aber, daß die nächste Krise vorprogrammiert ist. Nach der Krise 1975 haben wir in Westdeutschland einen Stamm von 1 Mio Arbeitslosen also variablen Kapital, das nicht mehr produktiv eingesetzt werden kann, weil die Entwicklung der Produktivkräfte an die Grenzen der Produktionsverhältnisse dem Privateigentum an den Produktionsmitteln stößt. Durch Entlassungen, Kapitalvernichtung, Intensivierung der Arbeit, Senkung der Löhne, Ausdehnung des Arbeitstages, Export von Kapital und Waren, können diese Krisen abgeschwächt werden aber nur, um auf einer höheren Stufenleiter der nächsten entgegenzuschlittern. Ändern läßt sich dies nur, indem die Produktivkräfte von den Fesseln der Produktionsverhältnisse, dem Privateigentum an den Priduktionsmitteln befreit werden, indem die gesellschaftliche Produktion in die Kontrolle der Produzenten gelegt wird, und die Produktion nicht mehr nach dem Prinzip der Profitmacherei und des Höchstprofits betrieben wird sondern dem der Befriedigung der Bedürfnisse der Gesellschaft.
und das muß er im Interesse des Kapitals auch, bestimmten Einfluß auf die Entwicklung der kapitalistischen Produktionsweise zu nehmen, aber nie, um sie zu ändern, sondern sie zu entwickeln und zu päppeln. Nur zeigt sich gerade in der Krise, daß der Staat als politischer Überbau abhängig ist von der Entwicklung der Produktion als ökonomischer Basis und nicht umgekehrt. Die jetzige Situation der staatlichen Finanzen zeichnet sich durch relative Minderung der Einnahmen denen nur mit verstärkter Plünderung beizukommen ist, und durch Kürzung der Ausgaben bei gleichzeitiger Steigerung der Verschuldung aus und damit der Unterwerfung unter die direkte Kontrolle des Staatshaushalts durch das Finanzkapital als Gläubiger. Die Tabelle über die Verschuldung des Bundes zeigt, welche Ausmaße diese Abhängigkeit hat, wenn bis 1984 die Zinskosten die Neuschulden übersteigen sollen. Daß die reale Entwicklung angesichts der wirtschaftlichen Krise noch drastischer ausfallen wird, kann man sich ausrechnen. Einsparungen unternimmt der Staat dort, wo es die Kapitalisten nicht trifft, in den Bereichen der Reproduktion der Arbeiterklasse. Da gehört das Bildungswesen genauso dazu wie die Senkung der Renten, die Versuche die Arbeitslosenkassen zu "sanieren" oder die Angriffe auf die Löhne und Gehälter der im Öffentlichen Dienst Beschäftigten.
weil dieser sein eigenes imperialistisches Interesse gegen die Interessen der Arbeiterklasse und des Volkes auf der Seite einer der beiden Supermächte wahrnehmen will, ist unbedingt notwendig. Ich bestreite überhaupt nicht, daß es in diesem Zusammenhang richtig ist für die Kürzung des Militärhaushalts und gegen weitere Aufrüstung aufzutreten, nur kann das nur mit der Perspektive geschehen, die politische Front für den Austritt aus der NATO, die Auflösung der imperialistischen Militärbündnisse und des Abschlusses eines Friedensvertrages aufzubauen. Nicht, wie es die Revisionisten wollen, daß man sich vom US-Imperialismus löst, um sich dem sowjetischen Sozialimperialismus in die Arme zu werfen.
Gelingt es diese Front aufzubauen und die politischen Forderungen durchzusetzten, wird sich auch automatisch eine geringere Belastung des Rüstungshaushalts einstellen und mehr für die Bildung übrig sein. Wenn man schon diesen Zusammenhang sehen will, dann ist er so richtig. Ansonsten ist es aber nötig, in diesem Zusammenhang schon die Finanzierung der Forderung der Volksmassen zu besprechen, denn daran knüpfen die Revisionisten an und alle bürgerlichen Politiker stellen sich hin und sagen, wir möchten gern, aber können nicht, weil die Kassen leer sind. Die Kassen sind leer trotz steigender Plünderung, weil der Staatsapparat

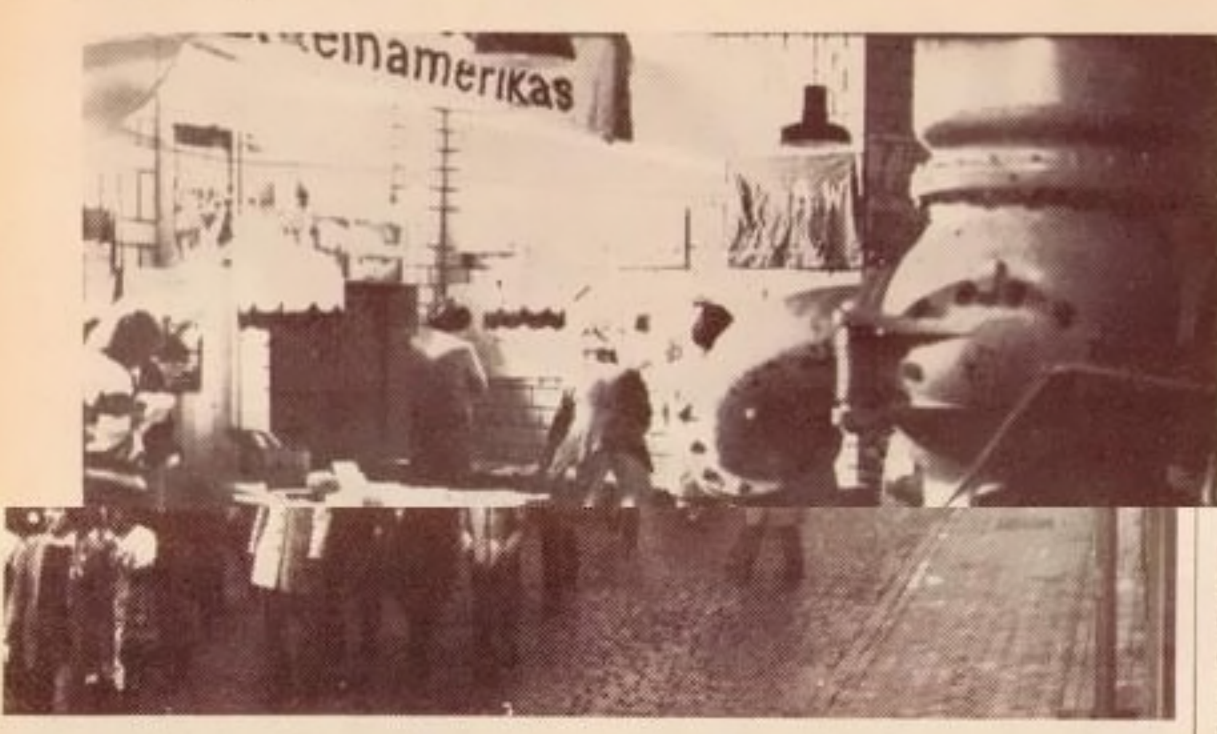
1. Mai 1981 in Kiel

reh. Zwischen 3000 und 3500 Teilnehmer zählte die Mai-Demonstration und Kundgebung und Kiel. Sie hatte damit eine Stärke, wie sie in den letzten 20 Jahren nicht mehr erreicht wurde. Der Demonstrationszug war geprägt durch die Forderungen:

- 35-Stundenwoche bei vollem Lohnausgleich!
- Nicht mehr für Hungerlöhne schuften, gegen Leichtlohngruppen!
- Verbot der Leiharbeit – Leiharbeit ist Menschenhandel!
- Behinderte für integrierte Ausbildung!
- Keine Dreiteilung im Öffentlichen Dienst – einheitliches Dienstrecht!
- Ausreichender Wohnraum zu tragbaren Mieten!
- AKW Brokdorf – niemals!
- Rüstungsproduktion = Krieg! (alle großen Metallbetriebe)
- Gegen Stationierung der Mittelstreckenraketen!
- BRD raus aus der NATO! Auflösung von NATO und Warschauer Pakt !
- Kein neues Vietnam in El Salvador!
- Solidarität mit dem polnischen Volk!



Geschätzt 4000 Leute beteiligten sich an der Mai-Demonstration in Kiel. Schon diese Zahl beweist, daß die Gewerkschaftsbewegung einen Aufschwung genommen hat und mit ihren Forderungen auf die Straße will. Auffallend war auch, wie viele junge Kollegen in Blöcken von Gewerkschaftsgruppen mitgingen, und weiterhin die große Zahl kleinerer Fachgruppen usw, die nicht zum traditionellen Kern der gewerkschaftlichen Mai-Demonstration zu zählen sind. Die Demonstration dokumentierte auch einen Fortschritt in der Annäherung von Arbeiterbewegung und demokratischer Bewegung. Im Anschluß an die Kundgebung des DGB demonstrierten die Initiativen weiter zu den besetzten Häusern. – Am Nachmittag fand in der Räucherei ein von der DGB-Jugend organisiertes Fest statt. Die Initiativen hatten nachmittags ein Fest in der Pumpe organisiert, das bis in die Nacht dauerte. Dabei informierten einzelne Initiativen über ihre Arbeit, deutsche und ausländische Gruppen spielten politische Lieder und Folklore, 2 Rockgruppen traten auf, Dias und Filme wurden gezeigt. Die Pumpe war beständig völlig überfüllt. Oberes Bild: DGB-Demonstration; unteres Bild: Initiativenfest in der Pumpe.



Diese Forderungen waren meist mehrfach auf Transparenten vertreten. Andere erhobene Forderungen bezogen sich auf die Verbesserung der Beruflichen Bildung, gegen Rationalisierungen im Öffentlichen Dienst, eine verfaßte Studentenschaft mit politischem Mandat.

Auf der anschließenden Kundgebung auf dem Rathausplatz schienen diese Forderungen und die Ausführungen vom DGB-Landesvorsitzenden Jan Siercks nebeneinander zu liegen. Jedenfalls ging Siercks, mit Ausnahme der Solidarität mit dem polnischen Volk, auf keine dieser wichtigen Forderungen ein. Konzentrieren tat er sich auf die Forderungen des zentralen DGB-Aufrufs: Vollbeschäftigung, Mitbestimmung, Soziale Sicherheit. Daß diese Forderungen zwar wichtig, aber keinerfalls ausreichend sind, in der gegenwärtigen Lage, haben gerade die Transparente auf dem Platz gezeigt. Für die Mitbestimmung war z.B. nur ein Transparent zu sehen.

Warum ausgerechnet in Zeiten der sich entwickelnden Krise und der hohen Arbeitslosigkeit es Aufgabe der Gewerkschaften sein muß, Treue zum Grundgesetz zu schwören, auf die ,,Gefahr'', daß sich in so einer Lage radikale Kräfte entwickeln werden, hinzuweisen und am 1. Mai Überlegungen anzustellen, welche Gruppierungen von Werktätigen die Arbeitslosenversicherungen ,,mißbrauchten''; warum schließlich gerade in einer Lage, wo die Klassenwidersprüche sich rasch verschärfen, zur Polizei nur die Seite der ,,Kollegialität'' hervorgehoben werden muß, das bleiben Fragen, mit denen man sich in der nächsten Zeit in den Gewerkschaften auch auseinandersetzen muß. Die Mehrzahl der Kundgebungsteilnehmer teilte diese Auffassungen nicht. So blieb der Beifall äußerst spärlich. Allerdings blieben Mißfallenskundgebungen ebenfalls spärlich. Das lag unter anderem an der Tatsache, daß kontroverse Themen völlig ausgespart blieben. In dem verteilten DGB-Flugblatt wurde z.B. noch hervorgehoben, daß Siercks sich für die Umsetzung des Kernenergieprogramms eingesetzt habe; in der Rede war davon dann kein Wort mehr zu hören.

Ergebnis der diesjährigen DGB-Demonstration und Kundgebung in Kiel wird sicher sein, daß Versuche, die Mai-Veranstaltung in geschlossene Räumlichkeiten zu verbannen, kaum



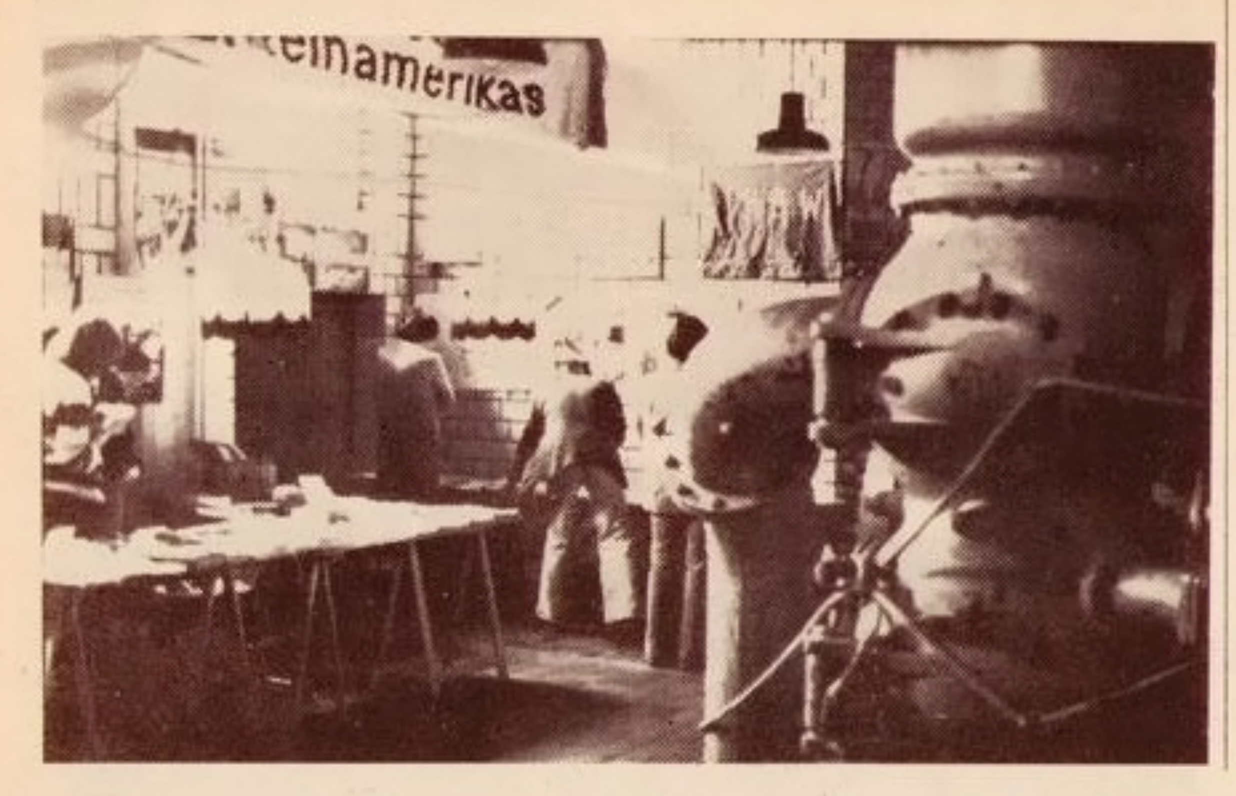
Etwa 500 Kollegen beteiligten sich unter den zentralen DGB-Losungen an der Demonstration und Kundgebung in Neumünster (Bild) – weniger als im Vorjahr, vor allem wegen der diesmal wieder stattfindenden DGB-Demonstration in Kiel. Besonderes Gewicht hatten die Blöcke der IG Metall und der ausländischen Kollegen, die Gleichberechtigung und kommunales Wahlrecht forderten. Hauptredner Hermann Rappe (IG Chemie) betonte den Willen der Gewerkschaften, ,,bis vor die Türen des Parlaments Druck auf die Gestaltung der Politik auszuüben'', vor allem zur Sicherung des Friedens, der Vollbeschäftigung, der Sozialversicherungen und der Montanmitbestimmung. Hierfür bekam er Beifall.

1. Mai in Lübeck

beb. Etwa 1000 Menschen nahmen an der 1.Mai-Demonstration des DGB in Lübeck teil, rund 1500 an der Abschlußkundgebung auf dem Rathausmarkt. Vertreten waren die ÖTV, IGM, NGG und HBV mit eigenen Blöcken, den gewerkschaftlichen Traditionsfahnen und Parolen, die türkischen Kollegen, eine Gruppe dänischer Kollegen sowie verschiedene Initiativen wie die Bürgerinitiative gegen Atomanlagen Lübeck. Auf den mitgetragenen Transparenten wurde unter anderem gefordert: ,,35-Stunden sind genug''(IGM), ,,Macht den Unternehmern Dampf, die Bosse wollen Klassenkampf'' (IGM), ,,Keine Atomraketen in der BRD'' (ÖTV-Kollegen), ,,Keine Änderung der Ladenschlußzeiten'' (HBV), ,,Weg mit der Lohngruppe 2'' (IGM), ,,Europa atomwaffenfreie Zone von Polen bis Portugal! Nie wieder Krieg'' (Mai-Komitee der Alternative), ,,Einstellung des Kernkraftprogramms der Bundesregierung'' (ÖTV-Kollegen). Das Mittragen letzterer Forderung im ÖTV-Block wurde von ÖTV-Sekretären versucht zu verhindern.

Die Rede von Elfriede Hoffmann (HBV-Vorstandsmitglied) erhielt spontanen Beifall nur an einer Stelle, als sie auf die Notwendigkeit des Kampfes für den Frieden einging. Erwähnenswert an ihrer Rede ist noch, daß sie sich gegen die kapitalistische Gesetzmäßigkeit auf dem Wohnungsmarkt wandte und dagegen, daß Wohnungen als Ware behandelt würden. Im Anschluß an die Kundgebung wurde zur Teilnahme am Maifest des DGB im und um das Gewerkschaftshaus aufgerufen, das im wesentlichen von der Gewerkschaftsjugend vorbereitet und von vielen Kollegen besucht wurde. Die Initiativen führten abends noch ein eigenes Maifest durch, dessen Erlös der Unterstützung des Lübecker Frauenhauses dient.

Geschätzt 4000 Leute beteiligten sich an der Mai-Demonstration in Kiel. Schon diese Zahl beweist, daß die Gewerkschaftsbewegung einen Aufschwung genommen hat und mit ihren Forderungen auf die Straße will. Auffallend war auch, wie viele junge Kollegen in Blöcken von Gewerkschaftsgruppen mitgingen, und weiterhin die große Zahl kleinerer Fachgruppen usw, die nicht zum traditionellen Kern der gewerkschaftlichen Mai-Demonstration zu zählen sind. Die Demonstration dokumentierte auch einen Fortschritt in der Annäherung von Arbeiterbewegung und demokratischer Bewegung. Im Anschluß an die Kundgebung des DGB demonstrierten die Initiativen weiter zu den besetzten Häusern. – Am Nachmittag fand in der Räucherei ein von der DGB-Jugend organisiertes Fest statt. Die Initiativen hatten nachmittags ein Fest in der Pumpe organisiert, das bis in die Nacht dauerte. Dabei informierten einzelne Initiativen über ihre Arbeit, deutsche und ausländische Gruppen spielten politische Lieder und Folklore, 2 Rockgruppen traten auf, Dias und Filme wurden gezeigt. Die Pumpe war beständig völlig überfüllt. Oberes Bild: DGB-Demonstration; unteres Bild: Initiativenfest in der Pumpe.



Warum ausgerechnet in Zeiten der sich entwickelnden Krise und der hohen Arbeitslosigkeit es Aufgabe der Gewerkschaften sein muß, Treue zum Grundgesetz zu schwören, auf die ,,Gefahr'', daß sich in so einer Lage radikale Kräfte entwickeln werden, hinzuweisen und am 1. Mai Überlegungen anzustellen, welche Gruppierungen von Werktätigen die Arbeitslosenversicherungen ,,mißbrauchten''; warum schließlich gerade in einer Lage, wo die Klassenwidersprüche sich rasch verschärfen, zur Polizei nur die Seite der ,,Kollegialität'' hervorgehoben werden muß, das bleiben Fragen, mit denen man sich in der nächsten Zeit in den Gewerkschaften auch auseinandersetzen muß. Die Mehrzahl der Kundgebungsteilnehmer teilte diese Auffassungen nicht. So blieb der Beifall äußerst spärlich. Allerdings blieben Mißfallenskundgebungen ebenfalls spärlich. Das lag unter anderem an der Tatsache, daß kontroverse Themen völlig ausgespart blieben. In dem verteilten DGB-Flugblatt wurde z.B. noch hervorgehoben, daß Siercks sich für die Umsetzung des Kernenergieprogramms eingesetzt habe; in der Rede war davon dann kein Wort mehr zu hören.

Ergebnis der diesjährigen DGB-Demonstration und Kundgebung in Kiel wird sicher sein, daß Versuche, die Mai-Veranstaltung in geschlossene Räumlichkeiten zu verbannen, kaum mehr vesucht werden. Ergebnis kann auch sein, daß über die aufgeworfenen Fragen weitere Klärung herbeigeführt wird.

Anschließend an die DGB-Kundgebung wurde eine Demonstration von dem Kieler Initiativenbündnis durchgeführt. Sie sollte Hausbesetzungen unterstützen und hatte ca. 800 Teilnehmer.

An einem Initiativenfest am Abend, das von über 30 Initiativen, Bündnissen und Organisationen in der ,,Pumpe'' organisiert wurde, beteiligten sich 1500 und 2000 Leute. Die teilweise parallel dazu durchgeführten kulturellen Veranstaltungen der DGB-Jugend in der ,,Räucherei'' waren ebenfalls gut besucht. Es gibt eigentlich keinen Grund, warum solche Veranstaltungen am 1. Mai nicht gemeinsam organisert werden können.

beb. Etwa 1000 Menschen nahmen an der 1.Mai-Demonstration des DGB in Lübeck teil, rund 1500 an der Abschlußkundgebung auf dem Rathausmarkt. Vertreten waren die ÖTV, IGM, NGG und HBV mit eigenen Blöcken, den gewerkschaftlichen Traditionsfahnen und Parolen, die türkischen Kollegen, eine Gruppe dänischer Kollegen sowie verschiedene Initiativen wie die Bürgerinitiative gegen Atomanlagen Lübeck. Auf den mitgetragenen Transparenten wurde unter anderem gefordert: ,,35-Stunden sind genug''(IGM), ,,Macht den Unternehmern Dampf, die Bosse wollen Klassenkampf'' (IGM), ,,Keine Atomraketen in der BRD'' (ÖTV-Kollegen), ,,Keine Änderung der Ladenschlußzeiten'' (HBV), ,,Weg mit der Lohngruppe 2'' (IGM), ,,Europa atomwaffenfreie Zone von Polen bis Portugal! Nie wieder Krieg'' (Mai-Komitee der Alternative), ,,Einstellung des Kernkraftprogramms der Bundesregierung'' (ÖTV-Kollegen). Das Mittragen letzterer Forderung im ÖTV-Block wurde von ÖTV-Sekretären versucht zu verhindern.

Die Rede von Elfriede Hoffmann (HBV-Vorstandsmitglied) erhielt spontanen Beifall nur an einer Stelle, als sie auf die Notwendigkeit des Kampfes für den Frieden einging. Erwähnenswert an ihrer Rede ist noch, daß sie sich gegen die kapitalistische Gesetzmäßigkeit auf dem Wohnungsmarkt wandte und dagegen, daß Wohnungen als Ware behandelt würden. Im Anschluß an die Kundgebung wurde zur Teilnahme am Maifest des DGB im und um das Gewerkschaftshaus aufgerufen, das im wesentlichen von der Gewerkschaftsjugend vorbereitet und von vielen Kollegen besucht wurde. Die Initiativen führten abends noch ein eigenes Maifest durch, dessen Erlös der Unterstützung des Lübecker Frauenhauses dient.

Großer Prozeß um die Meng-Wache in Lübeck

maj. 5 Lübecker sind wegen ,,Landfriedensbruch'' angeklagt, weil sie vor drei Jahren bei einem Einsatz der Meng-Wache gegen einen Info-Stand des KBW im Stadtzentrum angeblich die Polizeibeamten behindert hätten.

Um die Räumung eines Info-Standes durch ein 25-Mann-Polizeiaufgebot zu rechtfertigen, hatte die Polizei aus der spontanen Menschenansammlung, die ihren Protest gegen die Räumungsabsicht vorbrachte, 4 Leute brachial herausgegriffen und zur Meng-Wache geschleppt. Dort nutzten einige Bullen die Gelegenheit, die Festgenommenen zu mißhandeln und schlugen einen von ihnen krankenhausreif. Dagegen gab es öffentliche Demonstrationen. Die Schläger-Bullen wurden angezeigt.

Während die Staatsanwaltschaft die Anzeigen im Sande verlaufen ließ, wird jetzt ausgerechnet den Geschlagenen und zur Dekoration dem mutmaßlichen Betreiber des Standes der Prozeß gemacht, um den damaligen Mißbrauch von Polizei-Gewalt richterlich abzusegnen. Doch ohne Risiko ist das für die Staatsanwaltschaft und erst recht für die MengWache nicht. Die Meng-Wache ist ja nicht nur unter Linken als Schläger-Wache stadtbekannt. Erst vor kurzem sind Polizisten der Meng-Wache wegen Tätlichkeit verurteilt worden. In dem jetzigen Prozeß muß man nicht nur Freispruch für die Angeklagten fordern, sondern bekräftigen, daß die Polizisten bestraft gehören. Erster Prozeßtermin: 4.5.81, 9 Uhr, Landgericht Lübeck.

Kieler Medizinstudenten stimmen für Teilnahme am bundesweiten Streik vom 4.-8.5.81

sws. Ziel des Streiks soll als Hauptforderung die Wiedereinführung der 18%-Gleitklausel sein. Wahlberechtigt waren 1824 Studenten. Auf einer Vollversammlung am Anfang der Woche war festgelegt worden, daß bei 50% Wahlbeteiligung (912) 2/3 (609) für ,,Ja'' stimmen müßten, um den Streik durchzuführen. Mit großem Jubel wurde dann das Ergebnis aufgenommen: obwohl für die Urabstimmung nur 2 1/2 Tage zur Verfügung standen, stimmten 1002 (54,93%) ab, davon 757 (75,54%) für ,,Ja'', 234 (23,35%) für ,,Nein'' bei 11 Enthaltungen oder ungültigen Stimmen. Auf der VV wurde gleich die Aufstellung der Streikposten ab Montag morgen geregelt und teilweise das Programm für die Streikwoche ausgearbeitet. Neben der zentralen Demonstration in Bonn am Donnerstag sind folgende Aktivitäten geplant: Streikfrühstück am Montag Morgen, Diskussionsveranstaltung mit den Professoren über Prüfungssystem u.ä. am Dienstag, Veranstaltung mit Marburger Bund, Bund gewerkschaftlicher Ärzte und Hartmannbund am Mittwoch, Demonstration in Kiel zur Landesregierung am Mittwoch. Am Freitag soll wieder in einer VV der Streik ausgewertet und über eine eventuelle Fortsetzung entschieden werden.

Brennelementumrüstung im KKW Brunsbüttel

jöf. Aus Gründen, die wir noch nicht ganz durchschauen, haben die Betreibergesellschaften des Kernkraftwerks Brunsbüttel beim Sozialminister beantragt, die Anordnung der Brennstäbe innerhalb der Brennelemente schrittweise ändern zu dürfen. Bisher waren 49 Brennstäbe in einer Anordnung von 7 x 7 zu einem Element zusammengefaßt, jetzt soll sukzessive auf eine Anordnung von 8 x 8 umgerüstet werden. Die Gesamtzahl der Brennelemente des Reaktors und damit dessen Leistung sollen unverändert bleiben. Die 8 x 8-Elemente bestehen aus 63 Uranstäben und einem Stab, der Kühlwasser führt. Wenn es stimmt, daß, wie die Betreiber ausführen, ,,in einigen Aspekten die Sicherheit verbessert wird'', dadurch, daß die Leistung des einzelnen Stabes jetzt um 22 Prozent geringer ist, daß der Wärmeübergang zur Brennstabhülle verbessert wird und daß sich die Druckspannung des Hüllrohrs verringert, wie auch, daß das 8 x 8-Format das weltweit vorherrschende sei, kann man nur die Abgebrühtheit der Ankündigung bewundern, daß dieser Schrottreaktor jetzt auf den gängigen Stand der Technik gebracht werden soll.

SPD will Sophienblatt-Pläne überprüfen

sal. Der SPD-Kreisparteitag am letzten Aprilwochende hat beschlossen, die Bauplanungen am Sophienblatt noch einmal zu überprüfen. Ein weitergehender Antrag der Jungsozialisten, der eine völlige Revision der bisherigen Pläne erreichen wollte, wurde nur knapp abgelehnt. Dieser Beschluß gibt der demokratischen und Hausbesetzerbewegung immerhin Raum und kann als erster Erfolg angesehen werden. Die CDU schreit Zeter und Mordio und bringt demagogisch das Argument der ,,Arbeitsplatzsicherung'', das die Durchsetzung der ursprünglichen Planungen erfordere. Traurig, daß ausgerechnet dem DGB-Kreisvorsitzenden auch nichts besseres einfällt. Er hatte in einem Schreiben an den SPD-Parteitag ,,auf den Investitionsschub von rund 170 Millionen DM und dessen positive Aiswirkungen auf den Arbeitsmarkt hingewiesen.''(KN,27.4.)

Impressum

Kommunistische Volkszeitung

Herausgegeben vom Zentralen Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) / Ständiger Ausschuß, Mainzer Landstraße 147, Postfach 119151, 6000 Frankfurt am Main 2, Telex 413080 kuehl d, Telefon 0611/730231, Sekretär Hans-Gerhart Schmierer; Redaktion: Mainzer Landstraße 147, Postfach 119151, 6000 Frankfurt am Main 2, Telefon 0611/730231; Regionalredaktion: Kleine Rainstraße 21, 2000 Hamburg 50, Telefon 040/394904; verantwortlicher Redakteur für die Seiten 1 – 12/16: Bernhard Peters, Für die Seiten 13 – 15: Lutz Plümer; Druck: Eigendruck; Verlag: Kühl Verwaltungs GmbH & Co. Verlags-Kommanditgesellschaft; Geschäftsführer: Bernd Wagner, Mainzer Landstraße 147, 6000 Frankfurt am Main 2.

Diese Zeitung erscheint wöchentlich und kostet als Einzelexemplar 1 DM; Jahresabonnement 50 DM (zzgl. 8,40 DM Postgebühr), Halbjahresabonnement 25 DM (zzgl. 4,20 DM Postgebühr), Vierteljahresabonnement 13 DM (zzgl. 2,30 DM Postgebühr). Abbestellungen sollen spätestens 4 Wochen vor Ablauf des Abonnements eingegangen sein, sonst verlängert sich das Abonnement automatisch um den vorher bestellten Zeitraum. Bestellungen bitte an den Buchvertrieb Hager GmbH, Mainzer Landstraße 147, Postfach 119151, 6000 Frankfurt / M. 2, Telefon 0611/730234.

1. Mai in Hamburg

wir. 25000 nahmen an der Demonstration und Kundgebung am 1.Mai in Hamburg teil. Der DGB hatte den Kampf für ,,Vollbeschäftigung, Mitbestimmung, soziale Sicherheit'' in den Mittelpunkt seines Aufrufs gestellt. Die Demonstration war jedoch vom Kampf für den Frieden bestimmt. Schon im Block der IG Metall, die dieses Jahr den Demonstrationszug anführte, überwogen Transparente gegen die Kriegsvorbereitungen:
,,Frieden und Abrüstung jetzt.''
,,Reagan: Wir machen deinen Krieg nicht mit – Weg mit dem Nachrüstungsbeschluß''
,,Blohm und Voss-Kollegen gegen Rüstung und Krieg''
,,Statt Rüstungsproduktion Produktion für den Frieden''
,,Reagan, Breschnew, Schmidt: Wir machen euren Krieg nicht mit!''

Ein weiterer Schwerpunkt waren Transparente, die die Streikbereitschaft der IG Metaller ausdrückten und sich gegen die Übernahme des 4,9%-Abschlusses wendeten:
,,Gegen Reallohnabbau'' ,,Volle 7,7%, keine Abstriche''
,,AEG: Anhebung der unteren Lohngruppen ist notwendiger denn je''
,,Miete, Wasser, Energie, 4,9% decken diese Erhöhungen nie. MBB-Kollegen wollen 7,7%''
,,Metaller waren kampfbereit, der Vorstand hatte Angst vorm Streik, das ist die neue Beweglichkeit''

Durchgängig in der ganzen Demonstration wurden Forderungen erhoben für die Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen der Arbeiterklasse. Gefordert wurde in den Blöcken der verschiedenen Einzelgewerkschaften die 35-Stunden-Woche, zumeist bei vollem Lohnausgleich, das Verbot von Nacht-, Schicht-, Sonn- und Feiertagsarbeit, mehr Urlaub für Schichtarbeit, zusätzliche Freizeit für Schichtarbeit, eine Herabsetzung des Rentenalters auf 60 usw.

Der Kampf gegen die Zerstörung der Naturbedingungen des menschlichen Fortschritts hat im letzten Jahr ebenfalls an Kraft gewonnen, besonders vorangetrieben durch die Aktionen der Elbfischer gegen die Verschmutzung der Elbe.

Die Sparpläne des Senats wurden angegriffen mit Forderungen besonders der ÖTV wie ,,Sollen wir besser pflegen, brauchen wir mehr Kollegen'', ,,Keine Einsparungen in Kindertagesheimen'', ,,Knackt die Rüstungskassen, Bildung für die Massen!'' Die Schüler und Lehrer wandten sich gegen die im Schulentwicklungsplan angekündigten Schulschließungen.

Hervorzuheben sind noch die in diesem Jahr besonders großen Blöcke der türkischen und kurdischen Arbeiter mit den Hauptforderungen: ,,Nieder mit der faschistischen Militärjunta in der Türkei!'' und ,,Deutsche und ausländische Arbeiter, nur gemeinsam sind wir stark.'' Auf vielen Transparenten wurde der nationale Befreiungskampf der Völker Lateinamerikas gegen den US-Imperialismus unterstützt. Einige Transparente bekundeten ,,Solidarität mit Solidarnosc'', auf einem Transparent wurde ,,Russen raus aus Afghanistan'' gefordert.

Man konnte sich auf dieser Maidemonstration des Eindrucks einer gewissen Gedrücktheit nicht erwehren, die ihre Ursachen meines Erachtens in zwei Faktoren hat:

1. Dem Bewußtsein, in diesem Jahr den Reallohn nicht verteidigen zu können (gerade angesichts des Abschlusses bei Metall) und daß man es schwer haben wird, sich bei steigender Arbeitslosenzahl gegen die scharfen Angriffe der Kapitalistenklasse auf die Arbeits- und Lebensbedingungen zu verteidigen.

2. Der zweite Faktor ist die wachsende Kriegsgefahr, gegen die auf breiter Basis Forderungen erhoben werden, wobei Einheit darüber besteht, daß gegen die Kriegsvorbereitungen gekämpft werden muß, nicht aber darüber, *wie* gegen die Kriegsvorbereitungen gekämpft werden soll. Die DKP ist zur Zeit mit ihren Aktionen gegen den NATO-Nachrüstungsbeschluß stark in der Offensive. Es gelingt ihr, Kampuchea, Afghanistan und Polen in den Hintergrund zu drängen und davon abzulenken, daß die Hauptkriegsgefahr nach wie vor von der SU ausgeht. Eine solche Einseitigkeit ist gefährlich, aber es ist noch lange nicht ausgemacht, daß es der DKP gelingt, diese Einseitigkeit auf Dauer zu verankern. Transparente, die ausdrücklich die Auffassungen der DKP vertreten wie ,,Keine neuen Atomraketen in unser Land, Handel mit sozialistischen Ländern macht den Frieden und Arbeitsplätze sicherer'' waren ausgesprochen selten. Die meisten Forderungen richteten sich allgemeiner gegen Aufrüstung und Krieg: ,,Verhindert den Atomkrieg durch Abrüstung'', ,,Keine Atomwaffen in Europa'', ,,Raketen auf den Müll-Stadtreinigung Hamburg'', ,,Den Frieden sichern, das Wettrüsten beenden.''

Viele Transparente enthielten konkrete Forderungen gegen beide Supermächte und die Bundesregierung wie: ,,Auflösung aller Militärbündnisse und Verbot der ABC-Waffen'', ,,Weg mit dem Dreck, Ächtung aller Atomwaffen'', ,,Keine Atomwaffen in Europa'' und ,,Keine US-Mittelstreckenraketen in Europa. Verbot und Vernichtung aller Kernwaffen!''

Solche Forderungen, die davon ausgehen, daß die Kriegsgefahr aus der wachsenden Rivalität der beiden Supermächte erwächst mit der SU als aufstrebender Macht, können von uns mehr verankert werden, wenn wir die Enthüllungstätigkeit über die Verbrechen der SU gegenüber den Völkern der Welt und den Charakter der SU verbessern. In Bezug auf die USA macht uns die DKP auf diesem Gebiet einiges vor.



Diese Mittelstreckenrakete wird u.a. getragen von einem Politiker: Ich setze sie durch; einem Pfaffen: Ich segne sie; und einem General: Ich setze sie ein.



,,Ausländische und deutsche Kollegen, nur gemeinsam sind wir stark'' – Block der türkischen Arbeiter.



,,Ausländische und deutsche Kollegen, nur gemeinsam sind wir stark'' – Block der türkischen Arbeiter.

Volksfest in den Messehallen

Vielfalt demokratischer Initiativen / Schwerpunkte fehlten

thw. Über 10000 Leute strömten durch die Hallen des Volksfestes. Obwohl die Hallen damit nicht überfüllt waren, gab es oft kaum ein Vorankommen. Auf Schritt und Tritt begegnete man

keine Veranstaltung dazu, von der man sagen könnte, sie würde die Teilnehmer auch nur einigermaßen zusammenfassen. Stattdessen war sich in der Vorbereitung des Festes auf eine solche

Nachrüstungsbeschlüsse und die Perspektiven der Friedensbewegung zu keiner größeren Veranstaltung als mit 100 Teilnehmern am frühen Nachmittag gekommen ist, wurde aus dieser

gruppen ist notwendiger denn je''
,,Miete, Wasser, Energie, 4,9% decken diese Erhöhungen nie. MBB-Kollegen wollen 7,7%''
,,Metaller waren kampfbereit, der Vorstand hatte Angst vorm Streik, das ist die neue Beweglichkeit''

Durchgängig in der ganzen Demonstration wurden Forderungen erhoben für die Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen der Arbeiterklasse. Gefordert wurde in den Blöcken der verschiedenen Einzelgewerkschaften die 35-Stunden-Woche, zumeist bei vollem Lohnausgleich, das Verbot von Nacht-, Schicht-, Sonn- und Feiertagsarbeit, mehr Urlaub für Schichtarbeit, zusätzliche Freizeit für Schichtarbeit, eine Herabsetzung des Rentenalters auf 60 usw.

Der Kampf gegen die Zerstörung der Naturbedingungen des menschlichen Fortschritts hat im letzten Jahr eben-

Afghanistan'' gefordert.

Man konnte sich auf dieser Maidemonstration des Eindrucks einer gewissen Gedrücktheit nicht erwehren, die ihre Ursachen meines Erachtens in zwei Faktoren hat:

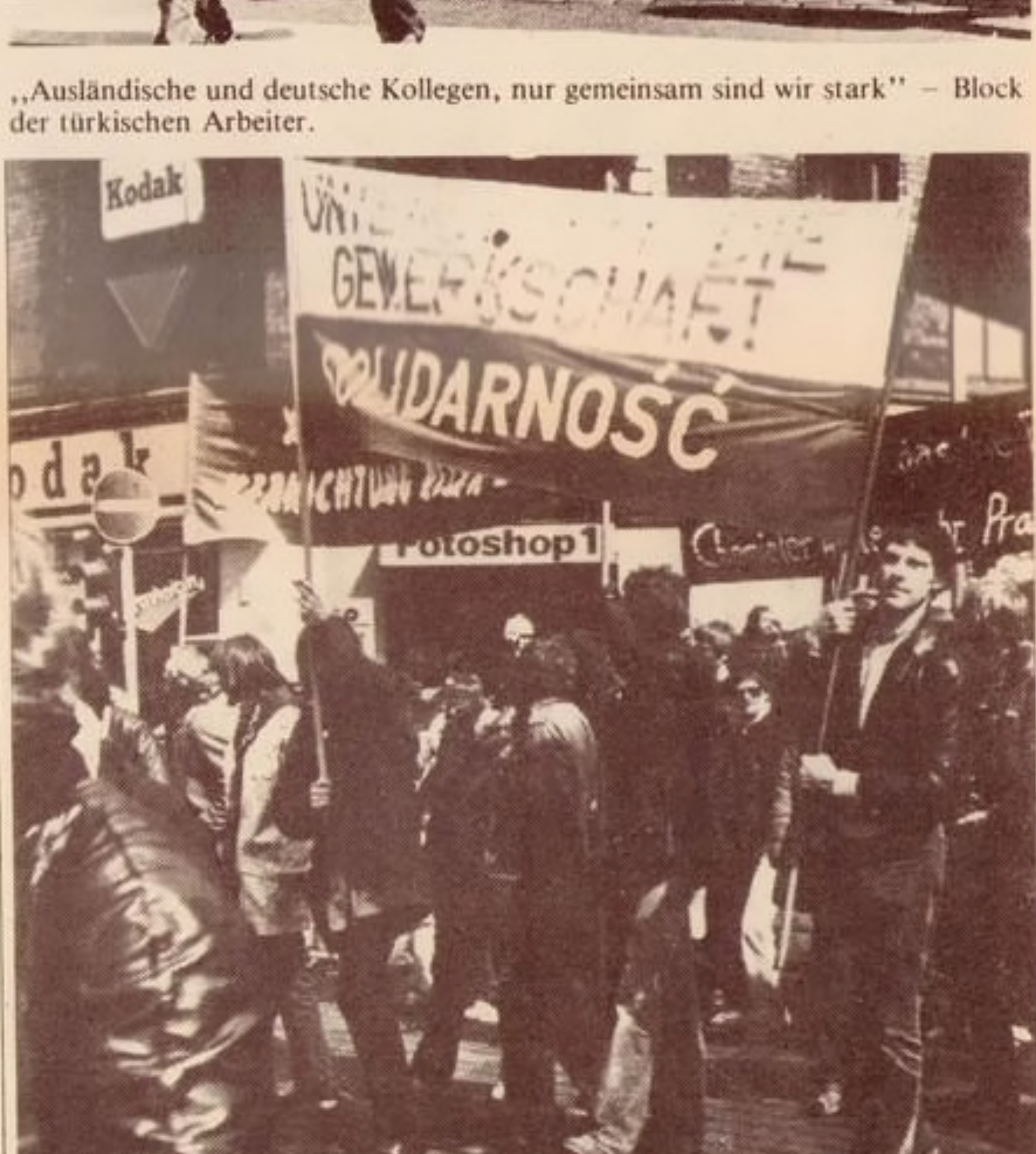
1. Dem Bewußtsein, in diesem Jahr den Reallohn nicht verteidigen zu können (gerade angesichts des Abschlusses bei Metall) und daß man es schwer haben wird, sich bei steigender Arbeitslosenzahl gegen die scharfen Angriffe der Kapitalistenklasse auf die Arbeits- und Lebensbedingungen zu verteidigen.

2. Der zweite Faktor ist die wachsende Kriegsgefahr, gegen die auf breiter Basis Forderungen erhoben werden, wobei Einheit darüber besteht, daß gegen die Kriegsvorbereitungen gekämpft werden muß, nicht aber darüber, *wie* gegen die Kriegsvorbereitun-

mächte und die Bundesregierung wie: ,,Auflösung aller Militärbündnisse und Verbot der ABC-Waffen'', ,,Weg mit dem Dreck, Ächtung aller Atomwaffen'', ,,Keine Atomwaffen in Europa'' und ,,Keine US-Mittelstreckenraketen in Europa. Verbot und Vernichtung aller Kernwaffen!''

Solche Forderungen, die davon ausgehen, daß die Kriegsgefahr aus der wachsenden Rivalität der beiden Supermächte erwächst mit der SU als aufstrebender Macht, können von uns mehr verankert werden, wenn wir die Enthüllungstätigkeit über die Verbrechen der SU gegenüber den Völkern der Welt und den Charakter der SU verbessern. In Bezug auf die USA macht uns die DKP auf diesem Gebiet einiges vor.





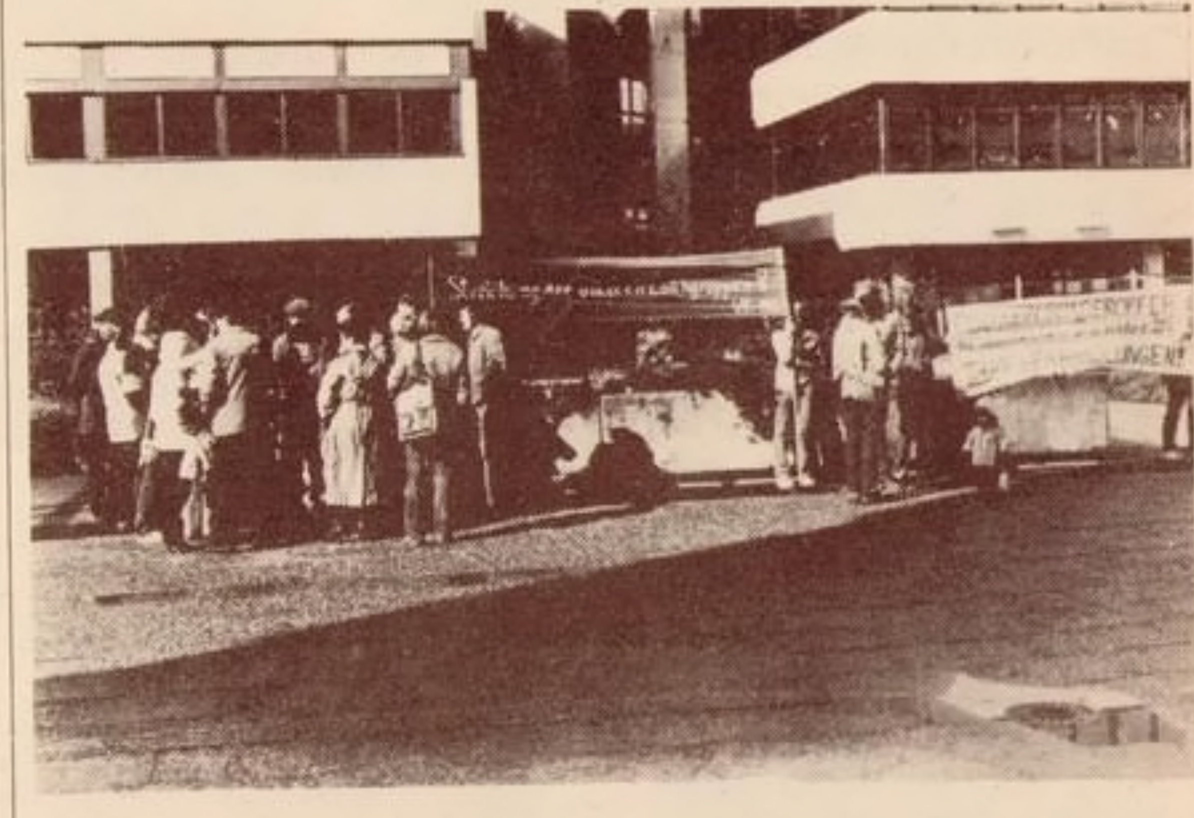
Volksfest in den Messehallen

Vielfalt demokratischer Initiativen / Schwerpunkte fehlten

thw. Über 10000 Leute strömten durch die Hallen des Volksfestes. Obwohl die Hallen damit nicht überfüllt waren, gab es oft kaum ein Vorankommen. Auf Schritt und Tritt begegnete man Bekannten, Genossen – oft lange nichts voneinander gehört – diskutierte, tauschte Informationen und Anregungen aus. Schon mal ein wirklich positiver Aspekt dieses Festes. Lehrreich und nützlich waren auch die vielen Stände und Ausstellungen der Initiativen. Das wohl herausstechendste Merkmal dabei war, insbesondere bei den Initiativen gegen die Zerstörung der Natur, daß die Initiativen mit detailliertem Sachwissen auftraten, oft ihre Forderungen mit wissenschaftlicher Untersuchung fundieren konnten.

Ein breites Kulturprogramm sorgte für beste Stimmung: Müllers Kampfkapelle (Rockgruppe mit politischen Sketchen und Liedern), Sounds of Soweto (mitreißende afrikanische Folklore; leider ohne Information über Inhalt der Lieder und Bedeutung der Tänze), Spitzen-Jazz von Stintfunk, ein gutes Programm mit zig Zugaben von Ina Deter und ihrer Band und vieles mehr. War es wirklich angebracht mit einer eigenen Halle für Büchertische und Ausstellungen, mit der Möglichkeit, in allen Hallen zusätzlich Info-Tische aufzustellen, den verschiedenen Initiativen und politischen Organisationen nebeneinander Raum für ihre Propaganda zu geben, so hat sich dieses Nebeneinander für das überdimensionierte Angebot an Diskussionsrunden und politischen Themen sehr negativ bemerkbar gemacht. Schwerpunkte des Volksfestes sollten die Unterstützung des Kampfes des Volkes von El Salvador und der Kampf für den Frieden sein. Sie sind so nicht zum Ausdruck gekommen. Es gab auf dem Volksfest keine Veranstaltung dazu, von der man sagen könnte, sie würde die Teilnehmer auch nur einigermaßen zusammenfassen. Stattdessen war sich in der Vorbereitung des Festes auf eine solche Fülle von Themen geeinigt worden, daß ein großer Teil davon bereits nachmittags um 15.00 Uhr beginnen mußte und praktisch alle Themen in einem Akkordtempo von 1-2 Stunden hintereinander und nebeneinander abgehandelt wurden. So konnten weder viele Teilnehmer konzentriert, noch das Bedürfnis nach ausführlicherer Diskussion befriedigt werden.

Es wird verschiedene Gründe für diese Programmzusammenstellung geben. Sicher hat die Auffassung eine Rolle gespielt, daß das Wichtigste sei, daß jede Initiative sich darstellen kann, oder auch, daß man es sich bei der Aktionseinheit mit keinem verderben wollte. Jetzt hinterher zeigt sich, daß eine Konzentration der politischen Debatte auf einige Themen sinnvoller gewesen wäre. Nicht zu vergessen sind die politischen Differenzen und die politischen Absichten der verschiedenen Organisationen, die das Fest veranstalteten. In der Vorbereitung des Festes war es zu einer ersten heftigen Kontroverse um den Antrag des KB gekommen, die Unterstützung des polnischen Volkes zu einem der Mittelpunkte des Festes zu machen. Die DKP erklärte das für nichts aktionseinheitsfähig und drohte mit Auszug. Insbesondere Grüne und Gruppe Z gaben daraufhin nach. Die Unterstützung Polens wurde in einen kleinen Konferenzraum verfrachtet. Einig waren sich eigentlich alle bei den Schwerpunkten El Salvador und Frieden. Warum dann die Filme zu EL Salvador nur in einem kleinen Raum gezeigt wurden, ist unverständlich. Warum es auch bei der Debatte über die Nachrüstungsbeschlüsse und die Perspektiven der Friedensbewegung zu keiner größeren Veranstaltung als mit 100 Teilnehmern am frühen Nachmittag gekommen ist, wurde aus dieser Diskussion selbst klar. Die DKP und die DFG/VK trumpften mit einer Fülle von Detailmaterial über den technologisch qualitativen Sprung der US-Imperialisten mit den Mittelstreckenraketen auf. Demgegenüber sei die Sowjetunion um mindestens ein Jahrzehnt zurückgeworfen und ein Gleichgewicht bestehe nicht mehr. Thomas Langer von den Grünen zog auf dieser Linie mit, zitierte ausführlich aus einer US-Studie von Militärexperten ,,Der Krieg ist gewinnbar''(wenn die Mittelstreckenraketen stationiert werden), um auch zu dem Ergebnis zu kommen, daß das Gleichgewicht des Schreckens jetzt vorbei wäre. Die anderen Organisationen wie z.B. KB und SB teilen ideologisch im Wesentlichen die Auffassungen über die Aufrüstung der US-Imperialisten und über den Defensivcharakter der sowjetischen Rüstung, wie darüber, daß die US-Imperialisten die Hauptkriegstreiber sind. Sie wollen an diesem Punkt zu einer Zusammenarbeit mit der DKP kommen, Differenzen zurückstellen, Hauptsache die Bewegung wird breiter. An Diskussion, an Streitgespräch bestand von dieser Seite aus deshalb für das Fest nicht viel Interesse, andererseits wollte man es vermeiden, sich auf einer großen Podiumsdiskussion z.B. von den großen Nachrüstungsexperten der DKP, DFG/VK majorisieren zu lassen. Wir unsererseits konnten auch noch nichts dazu beitragen, die Auseinandersetzung mit den revisionistischen und reformistischen Strömungen auf diesem Niveau der Konkretion zu führen. Dazu ist mehr Fachwissen erforderlich.



Wie in den letzten Jahren auch wurde die 1. Mai Veranstaltung des DGB Stade im Saal durchgeführt. Während ein vom DGB engagierter Kinderspielmannszug in der Vorhalle des Berufsschulzentrums Blasmusik vortrug, wurden von Arbeitern aus zwei Buxtehuder Metallbetrieben auf dem Schulhof Arbeiterlieder gesungen. Auf Transparenten wurden die dringlichsten Forderungen erhoben. An der Saalveranstaltung nahmen in diesem Jahr ca. 150 Arbeiter und Angestellte teil, was weniger war, als im vorigen Jahr. Das Hauptreferat hielt der Bremer Bildungssenator von Hassel. Von einigen Gewerkschaftskörperschaften war gefordert worden, die Kundgebung unter freiem Himmel durchzuführen. Angesichts der sich entwickelnden Arbeiterbewegung ist es schädlich gewesen, daß der DGB diese Veranstaltung vom Zentrum Stades an den Rand der Stadt verlegt hat.

Samad Behrangi: ,,24 Stunden Wachen und Träumen"

Ein Beispiel zeitgenössischer persischer Erzählung

... Ich beschränke mich lieber auf die Schilderung der letzten 24 Stunden meines Aufenthalts in Teheran. Vorher muß ich allerdings noch schnell erzählen, wie mein Vater und ich überhaupt noch Teheran gekommen sind. Ein paar Monate lang war mein Vater arbeitslos. Am Ende mußte er meine Mutter und meine Geschwister in unserer Heimatstadt zurücklassen, um in Teheran Arbeit zu suchen. Mich nahm er mit. Wir wußten, daß viele Leute aus unserer Stadt in Teheran Arbeit gefunden hatten. Das macht meinem Vater Mut. Einer hatte zum Beispiel einen Eisstand aufgemacht. Ein anderer kaufte und verkaufte gebrauchte Kleider und Anzüge. Ein dritter verkaufte Orangen auf der Straße. Mein Vater trieb einen alten Karren auf, schob ihn von Haus zu Haus und verkaufte Zwiebeln, Gurken, Kartoffeln. So konnten wir uns am Leben erhalten und meiner Mutter etwas Geld schicken. Manchmal ging ich mit meinen Vater mit, meistens trieb ich mich aber auf den Straßen herum und traf meinem Vater erst am Abend, jedes Mal an einem anderen Platz. Ab und zu verkaufte ich Kaugummi und Horoskope ...

Ein nagelneues Auto parkte vor mir ein. Ein Herr, eine Dame und ein Junge stiegen mit einem kahlgeschorenen weißen Pudel aus. Der Junge war ungefähr so groß wie mein Freund Ahmad. Er hatte eine kurze Hose an, weiße Kniestrümpfe und zweifarbige Sandalen. Seine Haare waren säuberlich gescheitelt und parfümiert. In der einen Hand hatte er eine weißumrandete Brille, in der anderen die Hand seines Vaters. Die Hundeleine hielt die junge Dame. Ihre Arme und Beine waren nackt. Als sie mit ihren hohen Absätzen an uns vorbeilief, ließ sie einen angenehmen Duft zurück. Ghassem nahm ein nasses Tuch und schlug es, so stark er konnte, auf den Rücken des gescheitelten Jungen. Der Junge drehte sich um und rief: ,,Gesindel, halbstarkes!" Ahmad antwortete wütend: ,,Hau bloß ab, du Muttersöhnchen!" Das war mein Stichwort, ich schrie: ,,Gleich schneide ich dir mit dem Messer die Hoden ab, Bürschchen!" Alle lachten über diesen guten Spruch. Der Vater zog den Jungen schnell in ein Hotel, das ein paar Schritte entfernt stand ...

Die Straße wurde langsam leer. Immer mehr Geschäfte machten zu. Gerade hatte jeder von uns eine Münze gegen die Wand geworfen, die Münzen lagen noch auf dem Boden, da rief Hossein: ,,Ein Bulle!" Der Polizist war mit dem Knüppel in der Hand etwa drei Schritte von uns entfernt. Hossein, der Einäugige und ich rannten weg. Mahmoud und Zivars Ältester kamen hinterher. Als Ghassem die Münzen einsammeln wollte, bekam er Knüppelschläge auf den Kopf, er fing an zu schreien und rannte auch los. Der Polizist pöbelte hinter ihm her: ,,Ihr Lumpen, ihr Spielerpack! Habt ihr denn keine Familie, kein Haus, keine Eltern!" Dabei sammlte er die Münzen auf, steckte sie in die Taschen und machte sich auf den Weg, um weiter Ordnung zu hüten.

Als wir die Kreuzung hinter uns hatten, merkte ich, daß ich allein war. Das Grillrestaurant auf der anderen Straßenseite hatte schon zugemacht. Ich war also schon zu spät dran. Denn immer, wenn an dem Grillrestaurant die Gittertür bis zur Hälfte heruntergelassen war, mußte ich mich auf den Weg machen, um meinen Vater zur treffen. So schnell ich konnte, rannte ich durch die Straßen und über die Kreuzungen. Sicher schläft der Vater schon, sagte ich mir. Hoffentlich wartet er noch auf mich. Nein, bestimmt schläft er schon. – Dann fiel mir der Spielzeugladen ein. Ob der auch schon zuhat? Niemand wird so spät abends noch Spielzeug kaufen.

Wahrscheinlich haben sie auch schon mein Kamel hineingeschafft. Wenn ich doch nur einmal mit dem Kamel reden könnte! Sicher hat es schon vergessen, was wir gestern abend miteinander ausgemacht haben. Was mache ich, wenn es heute nacht nicht zu mir kommt? Ach was, es kommt bestimmt. Es war ja ausgemacht, daß es mich durch ganz Teheran trägt. Auf so einem Kamel zu sitzen, muß ein tolles Gefühl sein! ...

Ich kletterte auf den Karren, mein Vater legte seinen Arm unter meinen Kopf, aber ich konnte nicht einschlafen. Ich hatte Hunger und preßte meinen Bauch gegen die Seite des Karrens. Mein Vater merkte, daß ich nicht schlafen konnte. ,,Du bist gestern sehr spät gekommen", sagte er, ,,ich war sehr müde und schlief ein, bevor du kamst". Ich sagte, es wären zwei Autos zusammengestoßen, da hätte ich eine Weile zugeschaut. ,,Kann ein Kamel sprechen oder fliegen?", fragte ich dann. ,,Natürlich nicht", sagte mein Vater. ,,Natürlich nicht", sagte auch ich, ,,schließlich hat ein Kamel keine Flügel".

,,Was ist mit dir los, mein Junge", fragte er, ,,jeden Morgen, wenn du aufwachst, redest du von Kamelen". Ich war mit meinen Gedanken schon woanders und sagte: ,,Es ist schon wunderbar, Geld zu haben! Alles kann man essen und sich kaufen, alles, was man sich wünscht!"

,,Sei nicht undankbar", sagte mein Vater. ,,Gott weiß, wer arm und wer reich sein soll." Das sagte mein Vater sehr oft ...

Ein Mann kam aus dem Geschäft heraus und jagte mich mit einer Handbewegung fort. ,,Verschwinde, Junge", sagte er, ,,es ist noch früh am Morgen und wir haben noch nichts verkauft. Also gibt es auch nichts zu betteln!" Ich blieb stehen und sagte keinen Ton. Der Mann scheuchte mich zum zweiten Mal weg und sagte: ,,Hau ab, frech ist er auch noch!" Ich blieb trotzdem stehen und sagte: ,,Ich bin kein Bettler!"

,,Dann entschuldigen Sie, junger Mann", sagte er ironisch. ,,Darf ich fragen, welchen Beruf Sie ausüben?"

,,Ich arbeite nicht", antwortete ich, ,,ich hab' nichts zu tun. Ich wollte mir bloß das Schaufenster ansehen."

Ich lief weiter. Der Mann ging in seinen Laden zurück. Einen schönen runden Stein sah ich in der Bordsteinrinne. Ich zögerte nicht, nahm den Stein und warf ihn mit ganzer Kraft gegen die Schaufensterscheibe. Es gab einen herrlichen Knall, und das Schaufenster fiel in tausend Stücke. Ich hatte ein Gefühl, als wäre mir eine Last von den Schultern genommen, ich fühlte mich sehr frei. So schnell ich konnte, rannte ich davon ...

Es war schon Abend, und ich weiß nicht, wie lange ich vor dem Kamel gestanden und es angeschaut hatte. Ganz in unserer Nähe hielt ein Cabriolet. Ein Herr und ein kleines hübsches Mädchen saßen darin. Das Mädchen schaute auf das Kamel und schien ganz aufgeregt. Sie zerrte ihren Vater aus dem Auto und sagte: ,,Mach schnell, Pappi, gleich kommt ein anderer und kauft es!" Als Vater und Tochter in den Laden hineingehen wollten, merkten sie, daß ich in der Tür stand und ihnen den Weg versperrte ...

Als die beiden Verkäufer das Kamel in den Wagen tragen wollten, sprang ich plötzlich dazwischen, faßte das Kamel am Bein und schrie: ,,Das Kamel gehört mir, wo wollt ihr es hinbringen? Ich laß das nicht zu!" ,,Bist du verrückt geworden, Junge", sagte ein Verkäufer, ,,verschwinde!"

,,Ist das ein Bettler?", fragte der Vater des Mädchens den Ladenbesitzer. Mehrere Passanten hatten sich um uns gesammelt. Ich ließ das Bein nicht los. Schließlich stellten die Verkäufer das Kamel wieder auf den Boden und rissen mich mit Gewalt weg. Ich hörte die Stimme des Mädchens aus dem Auto: ,,Er soll es nicht mehr anfassen, Pappi!" Der Vater setzte sich ans Steuer, das Kamel wurde auf den Rücksitz gestellt.

Als das Auto anfuhr, riß ich mich los und rannte auf den Wagen zu. Ich hielt mich am Auto fest und schrie: ,,Wohin bringt ihr mein Kamel, ich will mein Kamel haben!" Niemand hat meine Stimme gehört, glaube ich. Ich war völlig starr und nicht fähig, irgendeinen Laut von mir zu geben. Ich bildete mir nur ein, daß ich schreien würde. Das Auto setzte sich in Bewegung, jemand packte mich am Rücken. Meine Hände wurden vom Auto weggerissen, ich fiel auf den Asphalt. Ich hob meinen Kopf und sah zum letzten Mal mein Kamel. Es weinte und bimmelte wütend mit den Halsglöckchen. Mein Gesicht fiel in das Blut, das mir aus der Nase floß. Ich schlug mit Armen und Beinen auf die Straße und weinte wütend. Wenn mir doch das Maschinengewehr gehören würde, da in dem Schaufenster!

han. Wenn man unter den Tausenden Übersetzungen aus fremdsprachigen Literaturen, die jedes Jahr auf dem deutschen Büchermarkt erscheinen, nach Werken aus Ländern der Dritten Welt sucht, wird die Ausbeute äußerst mager sein. Finden wird man allenfalls Werke von Schriftstellern, die in einer der ,,europäischen Kultursprachen", Englisch, Französisch oder Spanisch schreiben. Daraus den Schluß ziehen, es gäbe keine bedeutsame literarische Produktion in den Ländern der Dritten Welt in deren ,,Originalsprache", ist aber ganz falsch. Es lohnt sich durchaus, sich mit der Literatur der Dritten Welt zu beschäftigen und diese Beschäftigung eröffnet u.a. ein besseres Verständnis der Wirklichkeit dieser Länder.

Ein Beispiel dafür ist Samad Behrangi (1938 – 1968), einer der bedeutendsten zeitgenössischen persischen Erzähler, der in Westdeutschland durch seine Erzählung „Der kleine schwarze Fisch" eine gewisse Verbreitung erlangt hat. Aufgewachsen im Elend eines Armenviertels von Täbris in der nordpersischen Provinz Aserbaidjan, absolvierte er eine Lehrerausbildung und unterrichtete Kinder in den Dörfern Aserbaidjans. Aus dieser Tätigkeit als Lehrer schöpfte er viele Anregungen für seine literarische Arbeit, ausschließlich Erzählungen, die zumeist die Probleme und das Leben der Kinder und Jugendlichen auf dem Land und in den Städten schildern. ,,Warum sollen wir dem Kind nicht sagen, daß es in seinem Land Kinder gibt, die monatelang kein Fleisch, ja nicht einmal Käse zu sehen bekommen, weil in seinem Land eine Minderheit jeden Tag ‚gebratene Gans in Wein' serviert bekommen will. Warum sollen wir dem Kind nicht sagen, daß über die Hälfte der Menschen der Welt Hunger leiden und warum sie Hunger leiden ..." (Literatur für Kinder, persische Ausgabe)

Behrangis Erzählweise ist realistisch, seine Sprache volkstümlich, was durchaus nicht selbstverständlich in der modernen persischen Literatur ist. Über die Methode der Erkenntnis schreibt er: ,,Es gibt einige Wege, wie man die Gesellschaft kennenlernt. Einer der besten Wege ist, in die Dörfer und Städte zu gehen und sich mit verschiedenen Menschen in Verbindung zu setzen. Ein anderer Weg ist das Lesen. Natürlich nicht jedes Buch. Manche behaupten, es lohne sich, jedes Buch mindestens einmal zu lesen. Diese Behauptung ist Unsinn. Auf der Welt haben wir so viele gute Bücher, wenn wir ein Viertel dieser Bücher lesen wollten, reichte unser Leben dazu nicht aus ... Eine wertvolle Geschichte kann euch ein richtiges Bild über die Gesellschaft geben und die Ursachen erklären. Geschichten lesen dient nicht nur der Belustigung. Deshalb möchte ich auch nicht, daß die vernünftigen Kinder meine Geschichten zum Zeitvertreib lesen." (Ein paar Worte, aus: Behrangi: Zwei Erzählungen, Hrsg. CIS, Köln 1978)



Neben seinen Erzählungen verfaßte Behrangi eine Reihe von Aufsätzen über das iranische Schul- und Erziehungswesen und über die aserbaidjanische Nationalkultur, in denen er die Schaffung einer wahrhaft nationalen Kultur und den Kampf gegen die ideologischen Einflüsse des Imperialismus fordert, die gerade durch das Regime des Mohammad Reza Schah gefördert wurden. Mit der Zensur dieses Regimes hatte er sich ständig herumzuschlagen, versuchte ihr teilweise durch Veröffentlichung unter Pseudonymen oder literarisch durch die Form des Märchens zu entgehen. Der Rache des Schah-Regimes vermochte er nicht zu entgehen: Im September 1968 fand man seine Leiche im Arras-Fluß in Nordpersien, ermordet von den Schergen des SAVAK. Die Verbreitung seiner Werke konnte aber auch dadurch nicht verhindert werden. Einen Höhepunkt fand sie nach der Revolution von 1979. Im Sommer 1979 konnte man an vielen Straßenecken Teherans Bilder und Bücher von Samad Behrangi sehen, feilgeboten von Straßenhändlern oder an Büchertischen politischer Gruppen oder Parteien. Jedoch gehört auch dies schon wieder der Vergangenheit an: die gegenwärtig in Iran herrschenden Despoten schämen sich nicht, neuerlich die Werke Behrangis und anderer antiimperialistischer und revolutionärer Schriftsteller von den Straßen zu verbannen, obwohl sie nicht offiziell verboten sind. Es wird auch berichtet, daß des öfteren Buchhandlungen, die Werke dieser Schriftsteller anbieten, zerstört werden oder in Flammen aufgehen. Unter diesen Umständen bleibt die folgende Aufforderung Behrangis an seine Leser aktuell: ,,Dies ist die Gesellschaft, die ihr von euren Väter geerbt habt, ihr müßt ihre Bosheit verringern oder sogar vernichten, ihre Güte müßt ihr vermehren und nach Mitteln zur Bewältigung dieser Gesellschaft suchen oder die Krankheiten vernichten. Die Gesellschaft ist kein zur Aufbewahrung gegebener Gegenstand, den man ungeändert für ewig beibehält."

Dame. Ihre Arme und Beine waren nackt. Als sie mit ihren hohen Absätzen an uns vorbeilief, ließ sie einen angenehmen Duft zurück. Ghassem nahm ein nasses Tuch und schlug es, so stark er konnte, auf den Rücken des gescheitelten Jungen. Der Junge drehte sich um und rief: ,,Gesindel, halbstarkes!" Ahmad antwortete wütend: ,,Hau bloß ab, du Muttersöhnchen!" Das war mein Stichwort, ich schrie: ,,Gleich schneide ich dir mit dem Messer die Hoden ab, Bürschchen!" Alle lachten über diesen guten Spruch. Der Vater zog den Jungen schnell in ein Hotel, das ein paar Schritte entfernt stand ...

Die Straße wurde langsam leer. Immer mehr Geschäfte machten zu. Gerade hatte jeder von uns eine Münze gegen die Wand geworfen, die Münzen lagen noch auf dem Boden, da rief Hossein: ,,Ein Bulle!" Der Polizist war mit dem Knüppel in der Hand etwa drei Schritte von uns entfernt. Hossein, der Einäugige und ich rannten weg. Mahmoud und Zivars Ältester kamen hinterher. Als Ghassem die Münzen einsammeln wollte, bekam er Knüppelschläge auf den Kopf, er fing an zu schreien und rannte auch los. Der Polizist pöbelte hinter ihm her: ,,Ihr Lumpen, ihr Spielerpack! Habt ihr denn keine Familie, kein Haus, keine Eltern!" Dabei sammlte er die Münzen auf, steckte sie in die Taschen und machte sich auf den Weg, um weiter

ein. Ob der auch schon zuhat? Niemand wird so spät abends noch Spiel-

Ein Beispiel dafür ist Samad Behrangi (1938 – 1968), einer der bedeutendsten zeitgenössischen persischen Erzähler, der in Westdeutschland durch seine Erzählung „Der kleine schwarze Fisch" eine gewisse Verbreitung erlangt hat. Aufgewachsen im Elend eines Armenviertels von Täbris in der nordpersischen Provinz Aserbaidjan, absolvierte er eine Lehrerausbildung und unterrichtete Kinder in den Dörfern Aserbaidjans. Aus dieser Tätigkeit als Lehrer schöpfte er viele Anregungen für seine literarische Arbeit, ausschließlich Erzählungen, die zumeist die Probleme und das Leben der Kinder und Jugendlichen auf dem Land und in den Städten schildern. ,,Warum sollen wir dem Kind nicht sagen, daß es in seinem Land Kinder gibt, die monatelang kein Fleisch, ja nicht einmal Käse zu sehen bekommen, weil in seinem Land eine Minderheit jeden Tag ‚gebratene Gans in Wein' serviert bekommen will. Warum sollen wir dem Kind nicht sagen, daß über die Hälfte der Menschen der Welt Hunger leiden und warum sie Hunger leiden ..." (Literatur für Kinder, persische Ausgabe)

Behrangis Erzählweise ist realistisch, seine Sprache volkstümlich, was

fen. Ich hatte Hunger und preßte meinen Bauch gegen die Seite des Karrens.

ich auch nicht, daß die vernünftigen Kinder meine Geschichten zum Zeitvertreib lesen." (Ein paar Worte, aus: Behrangi: Zwei Erzählungen, Hrsg. CIS, Köln 1978)

Neben seinen Erzählungen verfaßte Behrangi eine Reihe von Aufsätzen

woanders und sagte: ,,Es ist schon wunderbar, Geld zu haben! Alles kann

nicht verhindert werden. Einen Höhepunkt fand sie nach der Revolution von 1979. Im Sommer 1979 konnte man an vielen Straßenecken Teherans Bilder und Bücher von Samad Behrangi sehen, feilgeboten von Straßenhändlern oder an Büchertischen politischer Gruppen oder Parteien. Jedoch gehört auch dies schon wieder der Vergangenheit an: die gegenwärtig in Iran herrschenden Despoten schämen sich nicht, neuerlich die Werke Behrangis und anderer antiimperialistischer und revolutionärer Schriftsteller von den Straßen zu verbannen, obwohl sie nicht offiziell verboten sind. Es wird auch berichtet, daß des öfteren Buchhandlungen, die Werke dieser Schriftsteller anbieten, zerstört werden oder in Flammen aufgehen. Unter diesen Umständen bleibt die folgende Aufforderung Behrangis an seine Leser aktuell: ,,Dies ist die Gesellschaft, die ihr von euren Väter geerbt habt, ihr müßt ihre Bosheit verringern oder sogar vernichten, ihre Güte müßt ihr vermehren und nach Mitteln zur Bewältigung dieser Gesellschaft suchen oder die Krankheiten vernichten. Die Gesellschaft ist kein zur Aufbewahrung gegebener Gegenstand, den man ungeändert für ewig beibehält."

Weg versperrte ...

Als die beiden Verkäufer das Kamel in den Wagen tragen wollten, sprang ich plötzlich dazwischen, faßte das Kamel am Bein und schrie: ,,Das Kamel gehört mir, wo wollt ihr es hinbringen? Ich laß das nicht zu!" ,,Bist du verrückt geworden, Junge", sagte ein Verkäufer, ,,verschwinde!"

,,Ist das ein Bettler?", fragte der Vater des Mädchens den Ladenbesitzer. Mehrere Passanten hatten sich um uns gesammelt. Ich ließ das Bein nicht los. Schließlich stellten die Verkäufer das Kamel wieder auf den Boden und rissen mich mit Gewalt weg. Ich hörte die Stimme des Mädchens aus dem Auto: ,,Er soll es nicht mehr anfassen, Pappi!" Der Vater setzte sich ans Steuer, das Kamel wurde auf den Rücksitz gestellt.

Als das Auto anfuhr, riß ich mich los und rannte auf den Wagen zu. Ich hielt mich am Auto fest und schrie: ,,Wohin bringt ihr mein Kamel, ich will mein Kamel haben!" Niemand hat meine Stimme gehört, glaube ich. Ich war völlig starr und nicht fähig, irgendeinen Laut von mir zu geben. Ich bildete mir nur ein, daß ich schreien würde. Das Auto setzte sich in Bewegung, jemand packte mich am Rücken. Meine Hände wurden vom Auto weggerissen, ich fiel auf den Asphalt. Ich hob meinen Kopf und sah zum letzten Mal mein Kamel. Es weinte und bim-

Fernsehvorschau:

,,Hier hast du dein Leben"

ist der erste Spielfilm des schwedischen Regisseurs Jan Troell, der auf dem autobiographischen Roman des Nobelpreisträgers Eyvind Johnson basiert. Erzählt wird die Flucht des 14jährigen Olof aus der schwedischen Provinz durch sein Land. Zuerst schlägt er sich als Holzflößer, später als ,,Kinomaschinist", als ein Mann, der auf Jahrmärkten Filme vorführt, durch. Dabei kommt Olof immer stärker mit der Arbeiterbewegung in Kontakt, er engagiert sich in den Gewerkschaften und entwickelt ,,immer konkretere Vorstellungen von einer besseren Welt und glaubt an die Notwendigkeit von Veränderung" (tip 9/81). Die schwedische Kritik lobte diesen sozialkritischen Film, der während des 1. Weltkrieges spielt, wegen seines Realismus: ,,Troells Werk erscheint uns in glücklicher Weise entdramatisiert, vom Ballast des Theaters und übertriebener Pathetik befreit und statt dessen im Zeichen der authentischen Beobachtung, im Zeichen des Films als eigenes selbständiges, visionär-realistisches Ausdrucksmittel stehend."
Dienstag, 5.5., 22.05 Uhr, im ZDF.

,,Die Mörder sind unter uns"

Ein Nachkriegsfilm (1946) vom Regisseur W. Staudte, in dem die Frage des Nazi-Terrors und des Untertauchens von Verbrechern im Alltag behandelt wird. Gezeigt wird die Heimkehr eines Arztes , der den Hauptmann wiedertrifft, den er seinerzeit in Polen beschworen hatte, nicht Geiseln zu erschießen. Er will den vielfachen Mord dann durch Selbstjustiz vergelten. Staudte über seinen Film: ,,Was mag geschehen, wenn einer, der dem Grauen des Krieges und des Terrors entkommen ist, eines Tages einem Menschen gegenübersteht, von dem er weiß, daß er ein Verbrecher war. Ein Mörder des Nazi-Regimes, den nun keiner mehr zur Rechenschaft zieht." Die Drehgenehmigung konnte Staudte damals nur von der Sowjetunion bekommen.
Freitag, 8.5., 20.15 Uhr, im ARD.

,,Das Bergwerk"

Ein weiterer türkischer Spielfilm. Es geht um die Kämpfe von Grubenarbeitern in einer Kohlengrube Anatoliens, die sich gegen die mörderischen Arbeitsbedingungen richten und die Erzwingung von Sicherheitsmaßnahmen zum Ziel haben.
Montag, 11.5., 23.00 Uhr, im ARD.